Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 260 16. Dezember 1978 1,50 DM incl. 6% Mwst. D 1870 CX

Redaktionsschluß: Donnerstag 16 Uhr
Postanschrift: Postfach 900 343, 6000 Frankfurt 90
Telefon: 0611 / 70 43 52
Druck: Druckladen GmbH, Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt

Finanziert durch das S-Baukredit-Programm bis zur Vollfinanzierung

Hubert R., ein Geldberater der Sparkassen:

„Für das maßgeschneiderte Eigenheim die maßgeschneiderte Finanzierung."

Kritzeleien eines unbekannten Tageszeitungs-Initiativlers (am 9./10.12.78 fand ein nationales Treffen der Tageszeitungs-Initiativen statt. Dabei wurde die Verlegung der Hauptredaktion von Frankfurt nach Berlin beschlossen.)

HIN UND WIEDER VERSCHWINDET WAS...

Fort sind sie, die Manuskripte. Das passiert bei uns nicht zum ersten und nicht zum letzten Mal. Diesmal war's so: Die „tageszeitung" hat sich welche für ihre 3. Nullnummer geliehen. Und dann gingen sie verschütt'. Das war absehbar, weil ca. 30 Leute (noch dazu keine Bürokraten — das macht sie so sympathisch —) in einer heißen Schlacht an einer Zeitung herumlayouten.
Also es fehlen:

- *eine Pressemitteilung der Kamener Antifaschisten;*
- *Polizeiterror gegen Besucher von Stefan Wisniewski;*
- *Bürgerinitiative Offenbach gegen Atombomben;*
- *Hunde, wollt ihr ewig bellen...;*
- *ein Papier der Initiative gegen Zensur;*
- *etwas aus dem Emsland (Werner Bußmann) und*
- *Haftbedingungen in Österreich (Pitsch, Keplinger, Gracht).*

Die Betroffenen mögen uns bitte, wenn sie's getroffen, den ganzen Segen NOCH MAL SCHICKEN.

MOYRISH GLEN, IRLAND
1. Dezember

An den mykologischen Beirat im ID:

EILMELDUNG AUS KERRY – EILMELDUNG AUS KERRY – EILKERRY

Wir haben ihn gefunden — bloing — den Glückspilz — bloing — er schmeckt auch gut — bloing — genug der Worte — bloing — ab in den Pilz.

Bloing — Tom — bloing — Frieder — bloing

FERNSEHFILM ÜBER EINE SCHWULENGRUPPE

BIELEFELD
Dezember 78

Am Dienstag, 19. Dez. 78 um 20.15 Uhr sendet das III. Programm des WDR im Rahmen der Sendereihe "Schauplatz" einen Film über unsere SChwulengruppe. Wer an einer Farb-Video-Aufzeichnung dieses Films interessiert ist, wende sich bitte an

IHB, Initiativgruppe Homosexualität Bielefeld, c/o Asta Universität, Postfach 8640, 4800 Bielefeld 1, Tel. 0521/68717.

Es ist das erste Mal, daß im BRD-Fernsehen in diesem Umfang über eine Schwulengruppe berichtet wird.

Schwulentreffen in der Provinz

Liebe Schwestern!
Wir, die Perle der schwulen Bewegung — dekorativ, repräsentativ und unentbehrlich — sagen an: Altenmelle III — das Schwulentreffen in der Provinz findet statt, von Freitag, dem 9. Feb. bis Mittwoch, dem 14. Februar 1979 im Bildungs- und Freizeitheim Altenmelle. Es ist Platz für 80 Schwestern und wie beim letzten Mal DM 100 -- (95 DM Verpflegung/Unterkunft + DM 5,-- Organisationskosten) bezahlen. Weil wir euch kein Programm überstülpen wollen, erwarten wir eure Ideen: Provokatives, Konstruktives & Destruktives, Naives und Pompöses, (Sch)lyrik und (P)rosa ... usw. Wir werden auch etliche Nettigkeiten (? !) ausbrüten und den gesammelten Ideenreichtum kurz vorher rundschicken. Bitte schreibt uns flugs, dann schicken wir euch genauere Unterlagen zu.
Anmeldeschluß: 15 Januar 79
freundliche tel. Anfragen unter der Nr. 0521/68717

Kontakt: IHB, c/o Asta Universität, Postfach 8640, 4800 Bielefeld 1

ZENSUR–URTEIL GEGEN SCHWULE

BERLIN
13. Dezember

Die Arbeitsgruppe Repression gegen Schwule (NARGS), c/o Stefan Reiß, Postfach 104531, 69 Heidelberg 1 oder auch Tel. 030/391 2651 (Berlin) oder Wolfgang Voigt und Thomas Harig 0511/12443 (Hannover) schreibt:

Zu der Anfang Januar bevorstehenden 2. Sitzungsperiode des Russell–Tribunals, in deren Verlauf Zensurpraktiken in der Bundesrepublik Deutschland untersucht werden sollen, hat die Arbeitsgruppe Repression gegen Schwule (NARGS) ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster aus dem Jahre 1976 vorgelegt.

An diesem Urteil und seiner Vorgeschichte, die in einer umfassenden Dokumentation dargestellt und belegt worden ist, läßt sich die Praxis von Eingriffen in das Grundrecht der Meinungsfreiheit (GG Art. 5) durch ordnungs- und polizeirechtliche Maßnahmen gut demonstrieren. Den Anlaß bildete die vom OVG Münster bestätigte Verweigerung eines Informationsstandes in der Aachener Innenstadt, mit dem eine homosexuelle Emanzipationsgruppe im Jahre 1973 am Beispiel der Homosexuellen auf die Unterdrückung von Minderheiten in der Gesellschaft aufmerksam machen wollte.

FEMINISTISCHES FRAUENGESUNDHEITS-ZENTRUM IN BOCHUM GEPLANT

BOCHUM
November 78

Bei jahrelanger Beratungstätigkeit in der 218-Gruppe sind wir immer wieder auf Probleme gestoßen, die das gesamte (Gesundheitssystem) betreffen: Von Männern geschaffene und beeinflußte Institutionen, die naturgemäß nicht dazu in der Lage sind, unsere frauenspezifischen Vorstellungen von Beratung und Behandlung zu lösen bzw. zu erfüllen. (Männliche Richter – § 218, Männer als Frauenärzte, Klinikchefs). Mit dieser Erkenntnis bleiben uns zur Zeit zwei parallele Vorgehensweisen: Kritik des bestehenden frauenfeindlichen Systems und Schaffung von Alternativen in einem Bereich. Wir haben uns das Gesundheitssystem ausgesucht, dies ist bedingt durch persönliche Erfahrungen oder besser Entäuschungen mit diesem Teilgebiet auch während der Beratung in Sachen § 218. Unsere Alternativen in der Gesundheitsversorgung sollen zunächst folgende Bereiche umfassen: Krebsvorsorge (Brustuntersuchung, Abstrich), Selbstuntersuchung, Schawangerschaftsberatung und -gymnastik, Bewegungstherapie, Yoga, Massage, Kräuter, Therapie von Frauen für Frauen.

Wir sind 14 Frauen und befinden uns noch ziemlich am Anfang unserer Arbeit, bisher haben wir uns mit Kräutern und deren Anwendungsmöglichkeiten, Entspannungtraining und Yoga beschäftigt; Selbstuntersuchungen durchgeführt. Wir freuen uns über jede Frau, die aus Unmut über bestehende Gesundheitseinrichtungen zu uns kommt, um mit uns am FFGZ zu arbeiten.

Wir treffen uns jeden Mittwoch 19.00 Uhr im Frauenladen, Schmidtstr. 12, 4630 Bochum.

Zum Schluß der schon fast obligatorische Spendenaufruf, da wir zur Durchführung unseres Vorhabens noch viel Geld brauchen, sind wir für jede Spende dankbar.

Juliane Wagener FFGZ, Sparkasse Bochum Zst. Uni Center, Konto-Nr. 333479228, BLZ 43050001

die Tageszeit

ısgeber:
ıde der alternativen
zeitung e.V. Erscheinungsort: Frankfurt

ZWEI NEUE TAGESZEITUNGEN AUS BERLIN ?

FRANKFURT
14. Dezember

Eine Entscheidung ist gefallen.
Über den Ort und den Start der TAGESZEITUNG haben am Wochenende des 9./10. Dezember in Frankfurt 66 Mitglieder von taz-Initiativen abgestimmt. Unter der selbstgesetzten Bedingung einer Zweidrittelmehrheit wurde folgendes Abstimmungsergebnis registriert: 43 Stimmen für Berlin als Hauptredaktion, 30 Stimmen für Frankfurt. Mit anderen Worten: Zustände wie bei einem Juso-Parteitag.
Die TAGESZEITUNG wird demnach am 1. April (kein Witz!) in Berlin herauskommen.

Die Mehrheit am Wochenende ging davon aus, daß, wenn die taz nicht am 1. April 79 erscheint, sie nie erscheint. Unter diesem Druck hatten Manager und Finanzexperten das Sagen. Ihre Argumente: in Berlin kostet die taz im Monat 30tausend Mark weniger (fünf Prozent der monatlichen Kosten); denn in Berlin gibt der Senat Investitionshilfen für jedes neue Unternehmen; und in Berlin können Kapitaleinlagen für die taz-GmbH wesentlich günstiger abgeschrieben werden als in der Bundesrepublik.
Einige Einwände gegen die Entscheidung für Berlin: Der Redaktionsschluß wird in Berlin knapp zwei Stunden früher sein als im Bundesgebiet. Die taz wird also zwei Stunden weniger aktuell sein. Die geografische Entfernung Berlins und seine Isolation erschweren leichte und ständige Kontakte zur Hauptredaktion. Es gibt Befürchtungen, daß die Berliner Linke, die sich in einzelne Bereiche abgeschottet hat und kaum aufeinandereingeht und gemeinsam diskutiert, sich einer taz-Hauptredaktion gegenüber nur passiv, allenfalls als Konsument verhält.

Die inhaltliche Diskussion, die an diesem Wochenende gerade nur zwei Stunden gedauert hat, wollen wir mit den folgenden Beiträgen beginnen.
Der erste kritisiert das Zustandekommen der Entscheidung für Berlin und geht auf die unausgesprochenen politischen Differenzen zwischen den Initiativen ein. Der zweite konfrontiert die dritte Null-Nummer mit den Ansprüchen, wie sie seit dem PROSPEKT TAGESZEITUNG von den taz-Initiativen entwikkelt wurden.

Wenn's der Wahrheitsfindung dient: Heraus zum 2. April – Mir ist kein anderes Datum recht! Daß die Würfel gefallen sind – davon ist dramatisch die Rede seit dem letzten Wochenende. Es ist gesagt worden, daß die Entscheidung, Berlin als Zentralredaktion zu wählen, in Panikstimmung gefaßt worden sei. Das mag sein. Sicher ist, daß in Frankfurt Panikstimmung ausgebrochen ist, n a c h d e m die Entscheidung für Berlin gefallen ist. Es gab Betroffene.

Was mich in den letzten Wochen geärgert hat, war die Ignoranz gegenüber der Panikstimmung einiger (auch) Frankfurter, die gesehen haben, daß äußerste Anstrengungen unternommen werden müssen, um Bedingungen für einen Start der Zeitung zu schaffen.

Daß die fix- und fertigen Pläne schon vorher in der Schublade gelegen haben, die die Standortfrage entschieden haben, stimmt nicht. Richtig ist, daß schon seit Wochen bekannt war, daß an dem Wochenende des 9. und 10. Dezember eine Entscheidung gefällt werden m u ß – soll die Zeitung am 2. April erscheinen.

Ich bin wütend, wenn die Betroffenheit über das Versäumte sich umkehrt in einfache Freund-/Feind-Bilder. In Mißtrauen/Schuldfrage: Du gehörst nicht zu „unserer" Gruppe, wenn du gegen „uns" stimmst!

Ich habe den Vorwurf gehört, daß an diesem Wochenende kaum über die politische Dimension des Standortes diskutiert wurde.
Welche Person hat sich ernsthaft vorstellen können, daß in zwei Tagen – quasi aus dem Stand heraus – die ganze Komplexität der inhaltlichen und technischen Voraussetzungen und Zusammenhänge abgewogen, einbezogen, besprochen werden kann. – Nicht zu reden von dem Klima, das von knapp 100 Leuten gleichzeitig geprägt werden will.

Eine notwendige Vermittlung v o r dem Wochenende untereinander hat nicht stattgefunden. Es war bekannt, daß im Anschluß an die 0-Nummer-Produktion die Technik-Gruppe den Leuten aus den verschiedenen Initiativen vortragen sollte, was bislang recherchiert wurde. Daß so wenige Frankfurter diese Information anhören wollten, kann ich gut verstehen: die ganzen Tage haben sich Viele verausgabt bei der Zeitungsproduktion. Und dann als Bonbon sich Zahlen, Daten, Fakten anzuhören, ist fast wie eine Strafe.



Daß dieser Bereich der Zeitungsmache von konkreten Menschen gemacht werden muß (auch DER Bereich), ist eine Binsenweisheit.

Die Frankfurter Gruppe müßte doppelte Arbeit leisten, um den finanziellen Vorteil auszugleichen, den die taz bei Standortbeginn in Berlin hat. Ich habe nicht das Vertrauen, daß sie das hätte leisten können.

Mir scheint, daß die Nachricht verlorengegangen ist, daß die Mehrheit der Leute, die sich für den vorläufigen Standort Berlin entschieden haben, nicht politisch votiert haben. Vielmehr wurde diese Entscheidung geknüpft an einen Stufenplan, der vorsieht, daß in Frankfurt innerhalb des nächsten Jahres eine weitere Produktionsstätte aufgebaut werden soll.
Die Frankfurter Initiativgruppe ist nicht einheitlich in ihren politischen Vorstellungen, wie die taz aussehen soll, was da rein soll – so wenig einheitlich wie die Berliner und andere Initiativgruppen.

Daß Frankfurt der politisch richtige Standort für eine Tageszeitung ist – diese Einschätzung teilen die meisten mit mir. – Inwieweit die taz Elemente der „Frankfurter linksradikalen Interventions-Sumpfblüte" enthält – das ist nicht entschieden, aber das will ich.

Gisela



„BOMBARDIERT DAS HAUPTQUARTIER !"

Die Standortentscheidung Berlin war nur vordergründig eine technisch-finanzielle. So, wie die Diskussion am Wochenende gelaufen ist, wurde eine unausgesprochene politische Entscheidung über die Tageszeitung gefällt, d.h. keine Entscheidung für Berlin, sondern eine Entscheidung gegen Frankfurt.

Für Berlin gibt es keine politische oder inhaltliche Begründung; für die taz-Initiativen, die der Frankfurter Gruppe bestimmte Positionen unterstellten (Zentralismus, Sceneblatt), auf die sich Ängste und Vorbehalte bezogen, war die finanzielle Begründung deshalb die willkommene Möglichkeit, sich ohne inhaltliche Auseinandersetzung gegen Frankfurt zu entscheiden.

Begünstigt wurde das noch dadurch, daß die Frankfurter nie klare inhaltliche Vorstellungen als Initiative entwickelt haben, sondern von einer unausgesprochenen Gemeinsamkeit ausgingen, die zwar schon zu Differenzen innerhalb der Initiative führte, nach außen aber einheitlich wirkte. Außerdem lähmt uns auch der Zentralismus-Vorwurf und bereitet uns ein schlechtes Gewissen, weil er in gewisser Weise zutrifft. Offensiv vertreten hat die Frankfurter Initiative allerdings nie ihre Vorstellungen von einer Zentralredaktion, lediglich individuell, und das sehr schlecht. Ich glaube, das liegt daran, daß wir uns den Zentralismus-Begriff einiger Initiativen haben aufschwätzen lassen, statt ihn positiv zu wenden.

Wir sind immer davon ausgegangen, daß eine Zentralredaktion, die die Zeitung letztlich herstellt, ohne Regionalredaktionen und ein Netz von Informationszusammenhängen, Kontakten zur Basis wie zu „wichtigen" Leuten nicht überlebensfähig ist. Zugleich ist klar, daß solch ein Kontaktnetz nur über eine verbindliche Kontinuität aufrechterhalten werden kann, das von einzelnen verantwortlichen Leuten gewährleistet wird (Redakteure der Zentralredaktion). Das heißt aber faktisch ein Ende der lokalen Initiativen als Struktur einer funktionierenden Tageszeitung, soweit sie nicht in eine Regionalredaktion umgewandelt werden.
Wir können nämlich nicht davon ausgehen, daß, nachdem die taz mal ein halbes Jahr läuft und Euphorie in Routine übergeht, ein ständiger Kontakt von „mal-so-Mitarbeitern" zur Basis bzw. zu wichtigen Leuten am Kochen bleibt. Zumindest haben die Initiativen noch keinen Beweis (und das geht im Moment nur über die Nullnummern) erbracht, daß sie sozusagen die Vermittlungsstelle zu Basisbewegungen darstellen.

Für mich sind die Initiativen, die sich am vehementesten gegen Frankfurt aussprachen, im Gegenteil Beweis dafür, daß sie selbst einem Zentralismus das Wort reden, der jede Offenheit, Widersprüchlichkeit, Fantasie, Sensibilität gegenüber anderen erstickt. Daß die Initiativen in der Zeitung vertreten sind, war vorrangig vor den Inhalten und noch vielmehr vor dem Anspruch der taz (ich geh da mal vom „Prospekt" aus). Die Initiativen, die ihre je unterschiedlichen politischen Vorstellungen hinter der Forderung nach Dezentralisierung verstecken, wollen damit selber einen bornierten Kleinzentralismus, der die taz von den je „falschen" politischen Vorstellungen abschottet. Das Beispiel der Amnestie-Nummer belegt das sehr eindeutig. Ich halte zwar diese Nummer als Magazin für falsch, nicht aber den Versuch, eine politische Diskussion – wie mager auch immer – über die taz in Gang zu bringen. Der Boykott des Magazins durch Initiativen (ich hab da vor allem die Kölner vor augen) zeigt, daß sie politische Inhalte, die sie für falsch halten, ihrer Basis vorenthalten, sie gar nicht zur Diskussion stellen. Der Vorwurf, hier hätten die Frankfurter ein speziell Frankfurter Problem durchgepowert, fällt auf die Vorwerfer selbst zurück, zeigen sie doch, daß sie nicht die inhaltliche Auseinandersetzung führen wollen; sie machen das Problem der politischen Gefangenen zu einer Frankfurter Scene-Angelegenheit.

Daß die Art, wie die Amnestie-Forderung von der taz angegangen wurde, diskussionswürdig ist, ist unbestritten. Von daher sind das Papier der Freiburger (vgl. 3. Null-Nummer) oder die Frankfurter "Nachtzeitung" wichtig und deuten eigentlich an, wie mit solchen Sachen umgegangen werden sollte. Macht sich aber eine Initiative mit der faktischen Macht, die sie hat (regionaler Vertrieb), zum Wächter über richtige und falsche politische Inhalte, dann eignet sie sich gerade den gefährlichen Zentralismus an, der einer Frankfurter Zentralredaktion schlichtweg und ohne Beleg unterstellt wurde.

Die Wahl Berlins zum Standort der Zentralredaktion läßt die Befürchtung aufkommen, daß damit diese Art von Regionalzentralismus zementiert wird. Abgeschnitten von Bewegungen oder – und die sind fast noch wichtiger – Ansätzen, Spurenelementen von Bewegungen in Westdeutschland, sind sie mehr als jede andere Zentrale auf den Nachrichtenticker ainerseits und die Regionalzentralen angewiesen, da ein Jet-set-Journalismus der Zentralredakteure wohl hoffentlich nicht eintreten wird (oder werden dafür die monatlich eingesparten DM 30000 gebraucht?).

Das bedeutet ganz klar eine Abschottung gegenüber kontroversen Inhalten, gegenüber politischen Minderheiten, gegenüber einer Intervention der Benutzer der Zeitung. Verstärkt wird das noch damit, daß für so eine Zentralredaktion Einzelleute bestellt werden, die bestimmte Qualifikationen haben (oder auch nicht), aber nicht mehr aus bestimmten Kollektivzusammenhängen heraus arbeiten. (Ich unterschlag dabei mal bewußt die inner-Berliner Zusammenhänge)

Verstärkt wird dadurch auch noch die Tendenz zum linken Einschätzungsjournalismus, wie er für mich in einigen Artikeln zum Ausdruck kommt. Ein Journalismus, der interpretierend aus dem Schreiber selbst oder mit stets paraten prominenten Persönlichkeiten auf Nachrichten eingeht, der die Wirklichkeit und den Alltag der Betroffenen (das sind die Leute, mit denen das geschieht, was nachher zur Nachricht wird) nur noch im großen Rahmen politischer Interpretierbarkeit sieht, nicht aber in ihrer widersprüchlichen, banalen Wichtigkeit.

Alle Fehler, die man hat, sind verzeihlicher als die Mittel, die man anwendet, um sie zu verbergen.

(aus: „Bereitschaftspolizei" 11/78, S. 2)

Ich befürchte, daß dieser dezentralisierte Zentralismus dem sensationsgeilen bürgerlichen Journalismus nicht die Vielfalt von Bewegungen und Lebenszusammenhängen entgegenstellt, sondern vielmehr einen schlechten, erbärmlichen Journalismus, der – bar jeder Qualifikation im Sinne dieses Journalismus – die Welt richtig oder falsch deutet.

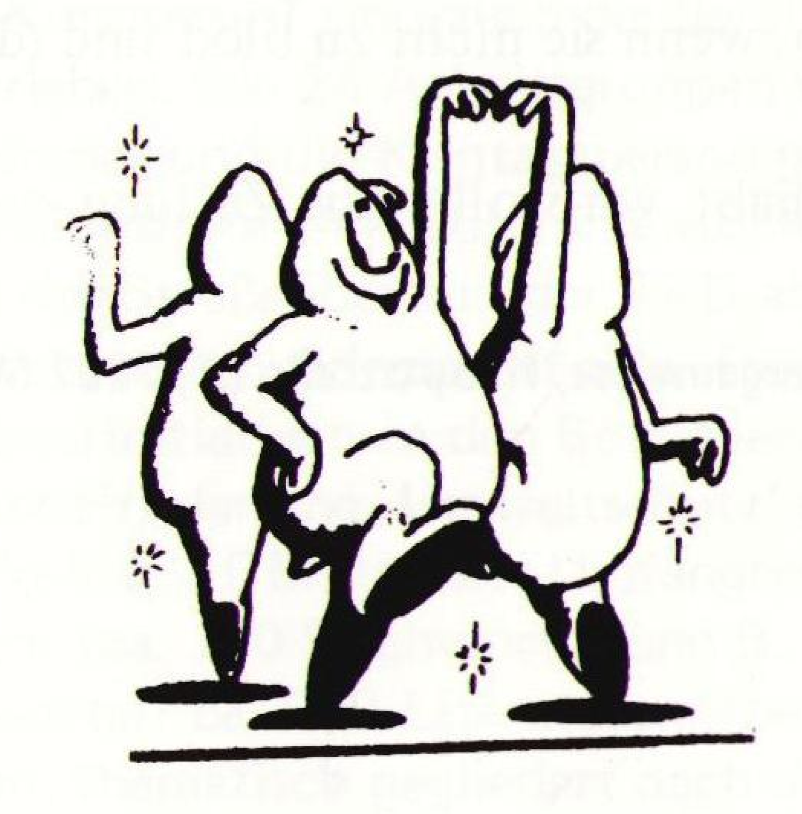
Ich kann daraus jetzt nicht glatt ableiten, daß eine Frankfurter Zentralredaktion sowas in jedem Fall nicht zulassen würde. Dazu sind unsere Vorstellungen zu vage, dazu fehlen uns auch die politischen Diskussionen. Dennoch repräsentiert Frankfurt – und das mag so Schlaumeier wie die Bremer Mehrheitsfraktion oder die Kölner beunruhigen – eine bestimmte politische Kontinuität, die unabhängig von Anbiederungstendenzen der Linken ans Volk (die Arbeiter oder wer auch immer) auch immer wieder radikal vertreten wird. Auch der ID entstammt dem Frankfurter Sumpf, und man wird ihm kaum zentralistische Gelüste nachsagen können, obwohl er von einer Handvoll Frankfurter sehr zentral gemacht wird. Und trotz mancherlei Differenzen ist die Frankfurter Initiative dem ID nicht nur räumlich sehr nah.

„...daß die einzelnen Leute eigentlich nix zählen"

Erschreckend war für mich, und betroffen hat mich gemacht, die Art, wie bei der Standortentscheidung mit Leuten umgegangen wurde, die seit geraumer Zeit Energien, Perspektive und sonstwas in das taz-Projekt gesteckt haben, und die dann sang- und klanglos untergingen. Perfekt die Auswahlkriterien vom T. aus Frankfurt: „Ich kenne nur drei Leute aus Frankfurt, die voll einsteigen würden und die für die Arbeit geeignet sind."

Zur Illustration führ ich mal meine Gefühle an, auch wenn da möglicherweise was von Beleidigtsein, Unwichtigsein, getroffenem Stolz oder so drinsteckt: Da häng ich mich seit über einem Vierteljahr in die Lay-out-Geschichten, weil ichs für wichtig halt und auch meinen Spaß dran hab. Versuch mit allen möglichen Leuten Konzeptvorstellungen zu entwickeln – auch wenn die noch nicht so richtig durchgekommen sind, versuch mich zu qualifizieren, weil ich in der taz für mich auch ne Perspektive seh. Ja, und dann sagste nach der Berlin-Entscheidung, daß du nicht mehr beim Lay-out mitmachst, weil du auf keinen Fall nach Berlin gehst. Die Reaktion ist dann, daß der R. aus Bochum, der bei der 3. Nummer das erste Mal aufgetaucht ist und den letzten halben Tag und die Nacht mitgemacht hat, sich hinstellt und verkündet, dann macht er das eben. Kopfnicken, weiter in der Tagesordnung. Ist mir schon klar, daß ein Lay-out auch ohne mich geht – vielleicht wirds sogar noch besser, aber daß die einzelnen Leute eigentlich nix zählen, deren Ansprüche, Gefühle, deutet nicht gerade darauf hin, daß die taz später mal gegenüber anderen Leuten, über die sie berichtet, die große Sensibilität aufbringen wird.

Jochen, Frankfurt



EIN SPRACHROHR FÜR LANDBEWOHNER

MAHLSTETTEN
9. Dezember

Die Wohngemeinschaft Zwergenwiese (Werner, Bettina und Pitt) schickte uns einen Beitrag zu dem Brief einer Wohngemeinschaft aus Maierhofen („Unser Holzspielzeug ist sehr schön, ID 257 Seite 3). Die Zwergenwiese beschreibt, was sie unter anderem mit ihrer Zeitung „Tante Milli" erreichen will:

„... Das Blättle soll von Landleuten und Landgruppen gemacht werden. Helfen, Kontakte und Verbindungen aufzubauen und zu fördern, ist unser Ziel. Die Isolation der einzelnen Gruppen, die fast alle doch allein vor sich hinleben, wollen wir durchbrechen.

Eine Alternativzeitung über rein theoretische Themen sind wir nicht, denn davon gibts schon sehr viele und auch bessere. Nein, man könnte sagen, wir sind ein Intimblatt („Bah, fahr ich ab", meint Werner)

Wir stellen uns das Sprachrohr in etwa so vor:

Selbstdarstellungen, Erzählungen von Gruppen und Leuten, wie sie leben, was sie machen, denken und fühlen und wollen! Vielleicht erfährt man zufällig einmal, wo die nächsten Landleute bei einem selbst in der Nähe wohnen.

Anzeigen aller Art: Wo man gesunde Tiere kaufen kann (Hühner, Ziegen, Schafe und andere Nutztiere; natürlich auch Hunde, Elefanten, Giraffen...), Quellen für gute Pflanzensetzlinge, Samen, Bio-Dünger (z.B. Urgesteinsmehl, Humofix...), Gartengeräte, Bezug von Holz, Ziegeln, Maurerarbeiten, Werkzeuge, Stoffe (Baumwolle, Leinen), Wolle, Wachs und vieles andere. Vielleicht kann man sich bei den ganzen Sachen auch untereinander helfen. Wäre sehr dufte und wichtig. Nur so kommen wir alle einigermaßen aus der Abhängigkeit heraus.

Austausch und Anbieten von Waren: Nahrungsmittel (Getreide, Gemüse, Obst, Honig, vielleicht hat jemand ne Imkerei); Handgemachtes (Holz, Ton, Kleider, Wollsachen, Schuhe); auch Kindersachen, Ersatzteile von Autos etc.; vielleicht auch Bücher (leihen?); vielleicht gibt es Möglichkeiten, einigermaßen um den Geldverkehr herumzukommen?

Leute, die anderen handwerklich behilflich sein können: Mechaniker, Maurer, Zimmerleute... (wir meinen hier keine Berufe, sondern einfach Leute, die etwas davon verstehen).

Häuser, die man kaufen oder pachten kann. Vor allem einiges über die Kaufmöglichkeiten in der BRD und sonstwo; Rezepte und praktische Tips im Haus, in der Küche oder auf dem Feld oder im Stall, in der Scheune (Brot, Einmachen, Käse, Gemüse aufbewahren, Haus (Fenster, Türen, Stall, Holzböden, Decken, Farben), praktische Anbauhinweise.

Anzeigen von guten Bio-Läden, Bücherläden, sanfte Energie (wer baut so was wie Sonnenkollektoren), Druckereien, Adressen von Heilpraktikern, Ärzten, Anwälten.

Natürlich auch Anzeigen von Leuten, die noch andere zum Mitmachen suchen oder überhaupt irgendwo einsteigen wollen.
Wir drucken alle Anzeigen ab, wenn sie nicht zu blöd sind (dann schreiben wir aber, warum).

Schreibt, wenn ihr Interesse habt, wir wollen die Zeitung zusammen machen!

Kontakt: Wohngemeinschaft Zwergenwiese, Hauptstraße 21, 7201 Mahlstetten.

ZEITUNGSKOOPERATIVE

BERLIN 9. Dezember *Seit Anfang September dieses Jahres gibt es in Berlin eine Zeitungskooperative. Die Kooperative hat uns eine Selbstdarstellung geschickt:*

„... Die Zeitungskooperative soll jedoch mehr sein als nur ein technischer Dienstleistungsbetrieb. Zur Verbesserung der Zeitungsarbeit ist ein gemeinsames Büro eingerichtet (ständig besetzt zwischen 9 und 17 Uhr, Tel. 612 30 37), das den Kontakt zu Lesern und Informanten halten soll. Wir versprechen uns davon eine erhebliche Verbesserung der Zeitungsarbeit sowie die Sicherstellung wesentlicher organisatorischer Notwendigkeiten wie Postbearbeitung, Abonnentenbetreuung, Archiv, Austausch mit westdeutschen Zeitungen usw. Dieses Büro kann sich bei entsprechender Unterstützung zu einem Informationsbüro für die linke und alternative Szene entwickeln. Neben diesen rein praktischen und ökonomischen Gesichtspunkten bietet der Zusammenschluß der Gegenöffentlichkeitsorgane einen gewissen Schutz vor den zunehmenden Repressions- und Zensurmaßnahmen. Die Kooperative ist sozusagen eine Art solidarischer Notgemeinschaft in Fällen von Übergriffen der Justiz.

Zu den Zeitungen, die anfänglich die Kooperative initiierten, „Radikal" und „Dicke Luft", sind nun noch einige Mitglieder hinzugekommen; ihre feste Mitarbeit hat „Nebelhorn" (Zeitschrift für Kultur und Kritik), die Zeitschrift „Spartacus" und die „Junge Presse Berlin" (Zusammenschluß von Berliner Schülerzeitungen) zugesagt; starkes Interesse zeigen „Einundzwanzig" (Stadtteilzeitung für Moabit), „HEZ" (Heimerzieherzeitschrift), „Südostexpress" (Kreuzberger Stadtteilzeitung), „Weddinger Neue Zeitung", „Verlag für Studien von Zeitfragen", Fotoarchiv „Zwielicht" und ein Übersetzungsbüro, das Nachrichten ausländischer Gegenöffentlichkeit zur Verfügung stellt.

Die Bereitstellung der technischen Möglichkeiten in der Zeitungskooperative (Satz-, Repro-, Lay-out-Möglichkeiten – nur der eigentliche Druck wird nicht von uns selbst gemacht) erfordert natürlich einen erheblichen Kapitalaufwand. Innerhalb kürzester Zeit mußten ca. 32.000 DM als Startkapital aufgebracht werden, deren größter Teil inzwischen von Freunden und Genossen in Form von Krediten und Einlagen vorhanden sind. Da diese Einrichtungen von irgendjemanden betrieben werden müssen, wurde eine Gesellschaft gegründet. Diese Gesellschaft ist die „Gegensatz, Druck- und Verlagsgesellschaft mbH". Gesellschafter sind vorläufig Mitarbeiter von verschiedenen Zeitungen der Gegenöffentlichkeit. Später soll die Zeitungskooperative, die als Verein konstituiert werden soll, Gesellschafter der GmbH werden, um den Laden kontrollieren zu können und um der Gefahr, daß sich einige Leute die GmbH unter den Nagel reißen, zu umgehen. Durch diese Konstruktion gelingt es uns einerseits demokratische Entscheidungsstrukturen und andererseits gesetzlich festgeschriebene Organisationsformen kapitalistischer Art unter einen Hut zu bringen.

Der wirtschaftliche Kern dieses Projektes ist der Fotosatz, dessen Kapazität durch die Arbeit für die Kooperative nur teilweise ausgelastet ist. Die Restkapazität steht zunächst sämtlichen alternativen Projekten und danach für kommerzielle Aufträge zur Verfügung. Für politische Gruppen und alternative Projekte arbeiten wir zu solidarischen Preisen. Teilweise ist die Vernetzung mit anderen Projekten schon so weit fortgeschritten (z.B. mit FDGÖ), daß die gegenseitigen solidarischen Preise Null-Preise sind. Nach unserer Kalkulation ist so eine ausreichende finanzielle Sicherheit gewährleistet; die aufgenommenen Kredite sollen in spätestens zwei Jahren zurückgezahlt sein. Die GmbH bietet zunächst einen Arbeitsplatz am Fotosatzgerät, der auch bereits besetzt ist. Weitere Arbeitsplätze sind nötig, können im Augenblick aber noch nicht finanziert werden, sodaß sie durch die unentgeltliche Initiative einiger Leute ausgefüllt werden müssen.

Wie und wo ist die Zeitungskooperative zu erreichen? Wir sind in der **Eisenbahnstraße 4 in Kreuzberg, Tel. 612 30 37** (Mo bis Fr zwischen 9 und 17 Uhr). Außerdem findet montags ab 19 Uhr als ständiger Termin die Kooperativensitzung statt. Hier soll die Vereinsgründung abgeschlossen und die Zeitungsarbeit der einzelnen Gruppen terminlich und organisatorisch koordiniert werden."



AB NOVEMBER: KINDERZEITUNG

STUTTGART
7. November

Aus dem Stuttgarter Kulturblatt, Informationen und Termine aus der Kulturszene- Olgastr. 49, 7 Stuttgart 1:

Die Idee eine Zeitung zu machen, entstand während meiner Tätigkeit in der Kinderwerkstatt der GALERIE & WERKSTATT e.V.
Wir mußten feststellen, daß speziell für die Altersgruppe 9-14 Jahre keine monatliche Publikation auf dem Markt ist, die den Interessen und Bedürfnissen dieser Altersgruppe gerecht wird.
Die an Kiosken erhältlichen Comics, Basteihefte oder ähnliche Lektüre wurde als zu einseitig gewertet und im Hinblick auf aktuelle Information und stadtbezogene Nachrichten als unbrauchbar beurteilt. Zudem erschien der Kostenaufwand von 2,50 bis 5 DM pro Zeitschrift nicht vertretbar.
So kam der Gedanke, die Kinder selbst eine Zeitung gestalten zu lassen, in der ihre Fähigkeiten entwickelt werden und ihre eigenen Ideen und Vorstellungen zu Wort und Bild kommen.
Bei einem solchen Versuch entstanden spontan Artikel zum aktuellen Geschehen, Karikaturen, Gedichte, Kurzgeschichten, mehrsprachige Berichte, Filmkritik, Buchbesprechungen etc.
Insgesamt entwickelten die Kinder dabei so gute Ideen und verfassten so originelle Texte, daß es mir als wichtig erschien, dieses Modell weiterzuführen. Eine zusätzliche Erfahrung war, daß innerhalb einer selbstentworfenen Zeitung ganz andere Prioritäten gesetzt wurden, als in den von Erwachsenen herausgegebenen Schriften. Inhaltlich wurde mehr Zeitgeschehen und gesellschaftliche Ereignisse reflktiert, das Thema Schule und Erziehung vom eigenen Standpunkt der Betroffenen aus kritisch überdacht, Anregungen zur selbstständiegen Freizeitgestaltung gegeben, eigenes Spezialwissen weitervermittelt und ein ständiger Meinungsaustausch über Themen und Probleme ihres Alters angeregt.
Inzwischen habe ich auch die „Kinderzeitung KARUSSELL, München" kennengelernt, die ein solches Modell praktiziert. Diese Stadtzeitung für Kinder wird von der pädagogischen Aktion e.V. herausgegeben und von einer Redaktionsgruppe mit 15-20 Stadtteilkorrespondenten (Kindern) unter Mithilfe von zwei Erwachsenen gestaltet.
Dies ist unser Ausgangspunkt und wir planen nun Mitte November die 0-Nummer einer Stuttgarter Kinderzeitung herauszugeben.
Dazu suchen wir Kontakte zu anderern Gruppen und Werkstätten, die mit Kindern arbeiten, zu Pädagogen und Kinererziehern, zu Initiativen, die mit Stadtteilarbeit, Aktivspielplätzen, Schülerläden, Hausaufgabenbetreuung, Ausländerkindern zu tun haben, und zu ständigen Einrichtungen, die Programm wie Theater, Musik, Literatur in Stuttgart für Kinder machen.
Bitte schickt uns Informationen über Eure Arbeit und Euer laufendes Programm im November/Dezember. Zudem solltet Ihr die Kinder und Jugendlichen in Eurem Bereich ansprechen und Anregungen geben!

Ab jetzt gibt es für dieses Projekt eine ständige Adresse:
KINDERZEITUNG STUTTGART
Im Künstlerhaus
Reuchlinstr. 4b
7000 Stuttgart - 1

Artikel, Texte, Zeichnungen, Fotos, Vorschläge und Anregungen können dorthin geschickt werden.
Konkret suchen wir noch einige Kinder, die über ihren Stadtteil Nachrichten und Berichte verfassen, Reportagen machen und über für sie wichtige Neuigkeiten berichten.

Hella Böhm

DOKUMENTATION ZUM BÜRGERINITIATIVEN-KONGRESS 1978 ERSCHIENEN

WESTBERLIN
6. Dezember

Der Kongreß, der vom 21. - 23. April 1978 stattfand und an dem sich über 250 Personen (rund 100 Bürgerinitiativen, Stadtplaner, Verkehrswissenschaftler usw.) beteiligten, war der Anfang einer Zusammenarbeit der Bürgerinitiativen im Verkehrs-, Stadtplanungs-, Landschaftsplanungs- und Umweltschutzbereich. Aus dem Verkehrskongreß sind bisher schon eine ganze Reihe weiterer gemeinsamer Aktionen der Bürgerinitiativen hervorgegangen: z.B. dezentrale Fahrraddemonstrationen zum Tag der Umwelt, weitere Fachtagungen zu bestimmten Einzelthemen und örtlichen Problemen, gemeinsame Veranstaltungen mehrerer BI's zu einem Problem, Teilnahme an der Zweiradmesse in Köln usw..

Es haben sich 24 Arbeitsgruppen gebildet, die dezentral in der Bundesrepublik und Berlin (West) arbeiten. Die gemeinsame Zusammenarbeit läuft ab jetzt unter dem Namen: Arbeitskreis Verkehr im BBU. Die Veröffentlichung: „Arbeitskreis Verkehr 1978 — Bericht und Ausblick" (Hrsg. AK Verkehr im BBU, Berlin September 1978, etwa 100 Seiten, DIN A4, Preis: 5,— DM + Porto) ist zu beziehen über die Kontaktadresse: **Arbeitskreis Verkehr im BBU, Cheruskerstraße 10, 1000 Berlin 62.** Der Preis erklärt sich aus dem Umfang der Broschüre, in der neben der Nachbereitung des Kongresses (Bericht, Stellungnahme, Teilnehmerberichte, Presseresonanz, Hinweise zur Organisation eines Kongresses) sind auch die darauf folgenden Aktivitäten beschrieben. Die 24 Arbeitsgruppen werden vorgestellt und die Teilnehmer und die Kontaktperson genannt. Außerdem ist als Diskussionshilfe eine Zusammenstellung von Fakten zur Problematik des Straßenbaus in der BRD abgedruckt.

Bei derselben Adresse ist eine ‚Quellen- und Materialsammlung für Bürgerinitiativen in den Bereichen Verkehr, Stadtplanung, Landschaftsplanung, Umweltschutz' erschienen, 92 Seiten, DIN A 4, Preis 5,— DM, Inhalt: Umfangreiche Problemübersicht A. Verkehr (ca. 150 Stichworte) und B. Bürgerinitiativen (ca. 200 Stichworte)/ ca. 300 Literaturangaben und Kurz-Buchbeschreibungen, thematisch gegliedert nach den Stichworten / über 200 Adressen von Bürgerinitiativen, Stadtteilgruppen, Vereinen, Institutionen, Universitäten, Planungsbüros, interessierte Einzelpersonen und Fachleuten. Die Sammlung ist als Ordner- System oder als Karteikarten-System zu benutzen. Alle Interessierten werden gebeten, auch weiterhin an der Fortsetzung der „Quellen- und Materialsammlung" mitzuarbeiten. Für die Beschreibung von Literatur und sonstigen Medien (Ausstellungen, Filme usw.) sind Karteikarten vorbereitet worden, die Sie kostenlos beim AK Verkehr anfordern und eventuell dann später auch selbst fotokopieren können. Die eingehenden Karten werden von uns gesammelt und wahrscheinlich im April 1979 als 2. Teil der „Quellen- und Materialsammlung" veröffentlicht. Gleichzeitig sind die Vorbereitungen für den 2. Bürgerinitiativen-Kongreß 1979 angelaufen. Er findet am 21. und 22. April 1979 im Haus der Begegnung in Mülheim/Ruhr statt. Er wird gemeinsam organisiert von der Evangelischen Akademie Mülheim, dem Arbeitskreis Verkehr im Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz Nordrhein-Westfalen e.V., dem Arbeitskreis Verkehr im BBU und der Bürgerinitiative Westtangente e.V. Berlin. Kontaktadresse: **Arbeitskreis Verkehr im LBU — NRW e.V., Volker Sperlich, Lohbecker Berg 19, 4330 Mülheim/Ruhr.**



Abriß des Löwensteinschen Palais. Teile der Fassade sollen die Hochhäuser „verzieren".

"IM WÜRGEGRIFF DER HOCHHAUSBAUTEN"

FRANKFURT

7. Dezember 1978

Gegen das Hochhausprojekt Löwenstein-Palais (s. auch ID 256) und ein zweites Bürohochhaus richtet sich ein Prozeß, der zur Zeit in Frankfurt geführt wird. Der Anlaß: eine Wohnung hat stellvertretend für alle Mieter in Nachbarhaus Klüberstraße 16 wegen der Baubelästigung eine Mietminderung von 40% beansprucht. Der Hauseigentümer klagt gegen die Mieter, aber erklärtermaßen wollen beide Parteien daß die Baulöwen zahlen. Diese werden denn auch, neben den Bewohnern der anliegenden Straßen, vom Gericht über den Umfang der Baubelästigungen vernommen.

Es ist ein altes Haus mit schönen großen Wohnungen und Bäumen im Garten, das hier durch Abriß anderer alter Häuser plötzlich mit den Hochhäusern der Frankfurter Innenstadt konfrontiert wurde. Und jetzt ist direkt neben ihm auch noch ein riesiges Loch, aus dem bald neue Riesenhochhäuser wachsen sollen, die Licht und Luft nehmen und jetzt schon die Ruhe in der ehemals verschlafenen kleinen Straße.

Der Prozeß könnte eine Musterprozeß werden, wenn mehr Leute gegen die Baubelästigungen was tun, anstatt sich in stummer Wut aus den Innenstädten vertreiben zu lassen.

Die Bewohner der Klüberstraße 16 sagen in einer Presseerklärung:

Wohnen im Würgegriff der Hochhausbauten?

"Unsere Mietminderung richtet sich dagegen, daß seit Frühjahr 1978 permanent unser Recht auf ein ruhiges Wohnen von zwei benachbarten Großbaustellen im wahrsten Sinne des Wortes zerschlagen wird. Zwar wurden die alten Häuser Klüberstr 18 und 20 noch vor dem Abbruch gerettet, aber dann war die Hölle los:

Zur Großbaustelle "Löwensteinsches Palais", wo die Bayerische Hausbau GmbH zwei Hochhaustürme von 139 m Höhe entstehen läßt, fahren von früh morgens bis spät abends die Lastwagen; in der Baugrube rattern die Baumaschinen. Wie es werden soll, wenn die 42 Stockwerke hochgezogen werden, ob nachts durchgebaut wird: die Bauleitung hüllt sich in Schwiegen. Jegliche Information, selbst die Einhaltung der Gesetze, mußte mühsam erkämpft werden. Erst als die älteren Klübersträßler beim Leiter der Bauaufsichtsbehörde, Lortz, erschienen und lautstark protestierten, bequemte sich dieser dazu, die Bauleitung zu einem Lokaltermin mit den Bewohnern zu zitieren. Seitdem werden wir wenigstens nicht mehr so häufig vor 7 und nach 20 Uhr gestört - aber der Krach ist geblieben.

Auf der Baustelle Mainzer Landstraße 2", wo ein achtstöckiges Hochhaus mit Tiefgarage "benötigt" wird, wurde wochenlang mit einer Stahlbirne das alte Betonfundament zerschlagen. Die Bewohner der Klüberstr. 16 fielen buchstäblich aus den Betten. Noch heute vibriert das ganze Haus beim Erdaushub in der Baugrube. Beschwerden? Lächerlich: Die Bauaufsichtsbehörde machte noch Termine mit dem Eigentümer des Nachbargrundstücks, Volhard, aus (der wollte nämlich geklärt haben, ob die Abgase der Tiefgarage ausgerechnet in den Nachbargarten geleitet würden), da stellte sich heraus: die Baugenehmigung war mysteriöserweise längst vorher erteilt worden, Einsprüche waren also gegenstandlos!

Bis heute wissen die Bewohner der Straße nicht, wer der Bauherr ist: mit bemerkenswertem Geschick verbirgt sich dieser hinter dem Frankfurter Rechtswanwalt Schiedermayer; der wiederum verweigert den Bewohnern selbst die primitivsten Informationen über Bauzeiten etc. mit dem ausdrücklichen Hinweis, er könne nichts sagen, was seinem Mandanten (eben dem Bauherrn) gerichtlich schaden würde...

Es geht uns nicht nur um weniger Miete. Daß unsere Wohnungen keinen "Außenwert" mehr besitzen, daß wir wegen Lärm, Dreck und Gestank die Fenster nicht öffnen, Balkone und Garten nicht benutzen können, läßt sich nicht in Geld aufwiegen. Es geht um den Stop dieser Hochhäuser. Noch sind sie nicht gebaut!

Unser Vorschlag: Die Baugrube Löwensteinpalais wird zum Anlagensee, mit Schwimmbecken, Ententeich und Liegewiesen für die sommerliche Mittagspause der Bank- und Versicherungsangestellten. Das sei nicht seriös? Wenige Meter entfernt steht das Hochhaus am Blittersdorfplatz, kaum fertiggestellt, mit 40 leeren Etagen, zur ZWANGSversteigerung an. Wer das seriöser findet, na bitte."

Bei der Zeugenvernehmung kam allerlei Haarsträubendes zutage, falls sich noch irgendjemand durch Frankfurter Baulöwenskandale die Haare sträuben läßt. So sagte ein bayerischer Bauleiter zu den Klagen, daß die Bewohner von 4 Uhr in der Nacht bis nach 22 Uhr mit Krach geplagt wurden, ihm sei überhaupt nichts von Bauzeitbeschränkungen bekannt gewesen - bis der zuständige Stadtbürokrat mit verzweifelten Mietern auf der Baustelle erschien und ihn darauf aufmerksam machte, daß vor 7 und nach 20 Uhr nichts geht.

Im anschließenden Pressegespräch ließen die Bauherrnvertreter durchblicken, daß sie aufgrund der Proteste auf die kostengünstige Gleitschalbauweise (rund um die Uhr - eine reine Freunde für Arbeiter und Nachbarn) verzichten würden. Weiter so - und schnipp schnapp Hochhaus ab

Kontakte, Informationen: Gesa Irwahn, Tel. 0611 / 72 20 31 / Richard Herding, Tel. 0611 / 72 47 82 / Heidi List, Tel. 0611/ 72 56 08 / Vreni Vogelbach, Tel. 0611 / 72 56 22.

REDAKTION DES „ATOM-EXPRESS" ZUR GORLEBEN-DISKUSSION

GÖTTINGEN Dezember '78

Nach der Veröffentlichung der DWK-internen Papiere zu den Flachbohrungen bei Gorleben diskutierte die Redaktion 'Expreß' die bisherigen Widerstandskonzepte. Sie finden,

„... daß die bisher vorliegenden Vorschläge zum Widerstand vorwiegend defensiv sind, und daß ein solches defensives Konzept in unseren Augen ein falsches Konzept ist. Es ist uns auch klargeworden, was die DWK und v.a. die Polizei mit ihrer Strategie erreichen wollen (sie sagen ja selbst), jeden auch noch so zaghaften Widerstand im Keim zu ersticken und zu versuchen, die AKW-Gegner zu spalten. Vorstellungen, Probebohrungen mit Sitzblockaden usw. zu verhindern, erübrigen sich angesichts dieser konkreten Pläne von selbst. Wenn die DWK klotzt, können wir nicht kleckern, dies sollte angesichts dieser Pläne jedem klar sein. Mit welchen Mitteln die DWK spalten will, hat sie auch schon gezeigt. Einmal die Hetze gegen die AKW-Gegner, die sich nicht von vornherein auf Gewaltlosigkeit festlegen wollen, und zum anderen „Unterstützung der friedlichen, gesprächsbereiten Kräfte" unter den AKW-Gegnern. In ihrer Werbezeitschrift "DAN" kündigt die DWK an, sie wird die örtlichen Bürgerinitiativen in ihrem Bemühen unterstützen, den Widerstand gegen die WAA ohne gewaltsame Auseinandersetzungen stattfinden zu lassen. Diese Einschätzung der DWK sollte zu denken geben.

Einer muß da auf dem Holzweg sein, entweder die DWK oder die BI Lüchow-Dannenberg mit Freundeskreisen. Wir meinen, die örtlichen BI's und die Freundeskreise sollten ihr Konzept noch einmal überprügen und darüber diskutieren, ob es angesichts des Vorgehens der DWK nicht richtiger wäre, von Anfang an mit allen AKW-Gegnern konzentriert gegen diese Maßnahmen vorzugehen.

BAUPLATZBESETZUNG

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Diskussion war die Frage der Bauplatzbesetzung. Die Bauplatzbesetzung als Mittel der Verhinderung von Baumaßnahmen ist seit Kalkar als Widerstandskonzept praktisch nicht mehr diskutiert worden. Das liegt zum einen daran, daß nach den politischen Erfolgen von Wyhl, Brokdorf und Grohnde keine Platzbesetzung mehr anstand, zum anderen daran, daß nach der Eskalierung der Auseinandersetzung an die Durchführbarkeit von Bauplatzbesetzungen nicht mehr geglaubt wurde. Eine weitere Erfahrung ist die, daß unter bestimmten Bedingungen bereits der Versuch von Bauplatzbesetzungen einen Baustopp zur Folge haben kann (Brokdorf, Grohnde). Sicherlich haben die Betreiber im Laufe der Entwicklungen viele Erfahrungen gesammelt, um Großdemonstrationen zu behindern und Bauplatzbesetzungen zu erschweren. Aber sicherlich ist es auch kein Zufall, daß das Ziel , den Bauplatz zu besetzen, umso schwieriger wurde, je weiter die Baumaßnahmen an den entsprechenden Projekten schon fortgeschritten waren, je mehr die Betreiber investiert hatten oder je mehr sie zu verlieren hatten. Von Wyhl bis Kalkar waren die Schutzmaßnahmen für die Projekte umso aufwendiger je mehr es zu schützen gab. Andererseits hat das Anti-Atomdorf in Grohnde genauso wie die Besetzungen in Wyhl gezeigt, daß eine Platzbesetzung ohne Großdemonstration möglich ist, daß auch eine Handvoll AKW-Gegner ausreichen, um ein kaum geschützes Gebiet zu besetzen. Das Gebiet der WAA ist noch offen. Möglicherweise nicht mehr lange. Eine Befestigungsanlage um ein 12qkm grosses Stück Landschaft läßt sich aber nicht aus dem Boden stampfen und ist auch nicht so einfach zu rechtfertigen. Ein Dorf auf dem WAA-Gelände ist den Betreibern sicherlich ein erheblich schmerzhafterer Dorn im Auge als das Dorf auf dem Kühl turmgelände in Grohnde. Wir hätten also schneller mit einem Räumungsversuch zu rechnen. Aber der Widerstand in Gorleben und Umgebung hat schon lange angefangen. Ein solches Dorf hätte einerseits die Aussicht, von der örtlichen Bevölkerung unterstützt zu werden, andererseits wird der Widerstand in der Umgebung allein nicht ausreichen. Um ein solches Dorf aufrecht zu erhalten und zu verteidigen, bedarf es dann des Einsatzes aller AKW-Gegner mitzumachen, zu informieren, Geld zu beschaffen und all das zu tun, was nötig ist, um ein Abräumen des Dorfes zu verhindern. Dann müssen auch dezentrale Aktionen bei der Gefahr einer Räumung stattfinden. Mensch braucht nicht am Platz zu sein, um eine Räumung so teuer wie möglich zu machen. Die Redaktion des Atomexpress ist der Meinung, daß eine solche Bauplatzbesetzung keinesfalls illusorisch ist — dazu gibt es bereits konkrete Vorstellungen. Diese Widerstandform muß in der Diskussion bleiben, ja, die Diskussion sollte sich in dieser Richtung weiterentwickeln. Wo wir sind, werden Häuser und keine Plutoniumfabriken gebaut !!!

GROSSDEMONSTRATION

Ein weiterer Teil in unseren Überlegungen betraf das Mittel der Großdemonstration. Die Wirkung, die von einer Demonstration aller AKW-Gegner ausgehen würde, ist bedeutend. Das Ziel der Großdemonstrationen in Brokdorf und Grohnde, den Platz zu besetzen und so den Bau zu verhindern, wurde zwar nicht erreicht. In Kalkar wurde dieses Ziel nur noch halbherzig angestrebt. Trotzdem ist es in zwei Fällen zu einem Baustop gekommen, was nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, daß zehntausende von AKW-Gegnern sich gemeinsam gewehrt haben. Den Betreibern und auch uns wurde klar, wieviele Menschen bereit sind, entschlossen für ihre Lebensinteressen einzutreten. Die Frage bleibt allerdings, wie eine solche Demonstration aussehen könnte, ob mensch z.B. an einer Demonstration am Bauplatz festhalten sollte. Unserer Ansicht nach darf eine Großdemonstration nicht durch zu starke Beschränkungen behindert sein. Sinn einer Großdemo ist es, unserer Macht darzustellen und mit unserer Entschlossenheit zu drohen. Eine Bedrohung aber stellt sie nicht dar, wenn schon in der Vorbereitungsphase die Sicherheitskräfte den Ablauf der Demonstration bestimmen, wenn aus der Überlegung „keine Konfrontation mit der Polizei" folgt, daß wir von der Polizei hin und hergeschubst werden können, wie es denen paßt. Jede Beschränkung in der Art unseres Vorgehens wird daher ein Schritt weg von einer machtvollen Demonstration hin zu einer Demonstration unserer Ohnmacht sein. Die Schwierigkeit leigt darin, mit möglichst wenig Beschränkungen möglichst viele Leute auf die Beine zu bringen. Wenn mensch aber einmal angefangen hat, zu behaupten, mensch müsse Rücksicht auf alle AKW-Gegner nehmen, wird mensch sich nur noch Auflagen machen und so überhaupt nichts erreichen. In der Frage, wo mensch demonstrieren soll, waren wir sehr unterschiedlicher Meinung. Es waren Bonn, Hannover, aber auch Gorleben selber in der Diskussion. Die Wahl des Ortes wird sicherlich von wesentlicher Bedeutung sein, aber viel wichtiger wird sein, welche Perspektiven sich aus einer solchen Demonstration und Kundgebung ergeben. Es ist nicht zu erwarten, daß wir mit einer Massenaktion an einem Tag ein Projekt wie die WAA oder das ganze Atomprogramm verhindern können. Damit ergibt sich die Gefahr, daß wir mit gewaltigem Aufwand zeigen, wieviele wir sind, daß aber nichts greifbares erreicht wird und daß wir hinterher vollkommen enttäuscht und hilflos nach Hause gehen. Daher wird für uns selber entscheidend sein, was wir in Flugblättern bekannt geben, was auf der Kundgebung gesagt wird, was wir an Vorstellungen und Perspektiven vorher entwickelt haben. Für uns, die wir die Demonstration mittragen, ist es wichtig, daß wir sehen: Es geht weiter!!! Unser Widerstand soll mit der Großdemonstration kein großartiges Finale haben, sondern wir fassen unsere Kräfte zusammen, um mit neuen Perspektiven weiterzumachen, Perspektiven, die jedem die Möglichkeit geben, seine Form von Widerstand zu verwirklichen. Auf diese Weise stellen wir für die Betreiber eine Bedrohung dar, die sie ernst nehmen werden. Es muß klargestellt werden, daß wir uns in der Art des Vorgehens vom Staat und auch von Teilen der AKW-Bewegung keine Vorschriften machen lassen. Wir werden uns auf kein festes Konzept einigen können, dazu ist das Spektrum der AKW-Bewegung zu groß. Wichtig ist nur, daß wir nicht zu erbitterten Feinden werden, wenn wir das gleiche Ziel mit verschiedenen Mitteln erreichen wollen. Dann liegt es nämlich in der Hand der Staatsorgane, uns in handliche Gruppen aufzuteilen und einzeln zu bekämpfen. Als ein Vorschlag wie es weitergehen könnte, war uns eben das Anti-WAA-Dorf wichtig.

PROBEBOHRUNGEN

Bei unserer Diskussion wurde uns aber bald klar, daß es uns nicht möglich sein wird, die Probebohrungen zu verhindern, wenn die Termine, die im DWK-Papier genannt sind, zutreffen. D.h. für die Zeit bis dahin müssen wir uns zusätzlich noch etwas anderes überlegen, etwas was wir schaffen können. Dabei war uns das eingefallen, was wir in Würgassen gemacht haben (ID 255). Dort war es uns allerdings ohne unsere Absicht, gelungen, mit einem Minimum an Aufwand maximale Verwirrung bei der Polizei und maximalen Erfolg bei den Bürgern von Beverungen zu erreichen. Ähnliche Aktionen in Gorleben aus verschiedenen Städten Deutschlands zu verschiedenen Terminen schwebte uns vor. Das würde die Polizei wohl in ständige Alarmbereitschaft versetzen. Andernfalls müßte sie uns ja Möglichkeiten lassen, Dinge zu tun, die ihr ja garnicht in den Kram passen. Es wird so vielleicht nicht möglich sein, die Probebohrungen zu verhindern. Aber wenn sie bohren, dann werden es wenigstens die teuersten Bohrungen, die sie je gemacht haben.

aus: Atomexpress Nr. 11, Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Postfach 45, 34 Göttingen, Tel. 0551/7700158

ES LEBE DIE SOZIALISTISCHE KERNSPALTUNG-NIEDER MIT DER KAPITALISTISCHEN HALB (WERT)ZEIT!

DETMOLD 6. Dezember *„Wir sind aus vertraulicher Quelle über folgenden Tagespunkt des DKP-Parteitages informiert worden und drucken ihn hier zur Erläuterung ab:*

Zur Kenntnisnahme an den Parteitag der DKP 1978 von: Sozialistische Einheitspartei, Deutschlands Staatsratsvorsitzender -vertraulich-

Betr.: Sozialistische Kernspaltung

Der IX. Parteitag der SED im Mai 1976 hat auf Anregung des 1. Vorsitzenden des ZK der SED beschlossen:

1. Die Kernspaltung verhält sich entsprechend der Richtlinien des ZK. Abweichendes Verhalten wird mit Ausschluß geahndet.
2. Als erste richtungsweisende Anordnung ergeht:
   a) die Halbwertzeit des Plutonium 239 wird im Rahmen des 5-Jahresplans um 50% gesenkt.
   b) das Betriebskollektiv des KKw Greifswald verpflichtet sich zum 60. Jahrestag der glorreichen Oktoberrevolution eine weitere Senkung um 20 % zu erkämpfen.
3. Zur Verpflichtung der radioaktiven Edelgase auf den Sozialismus: Das Kr-85 verliert seine “edlen“ Eigenschaften und reiht sich in den Arbeiter- und Bauernstaat proletarisch ein. Hierbei gibt es seine Strahlung an den Imperialismus zurück.
4. Das Neutron wird für seine unermüdliche Spaltungskraft zum verdienten Held der Arbeiterklasse ernannt. Es verpflichtet sich, keine gegen die Lehren des Marxismus-Leninismus gerichteten Spaltung vorzunehmen.
5. Auf Anweisung des ZK der SED werden J-129 und J-131 als Elemente kapitalistisicher Störmanöver entlarvt und mit konsequentem Ignorieren durch die volkseigene sozialistische Schilddrüse zu Bedeutungslosigkeit verurteilt.

Perspektive für den X. Parteitag:
SOZIALISTISCHE KERNSPALTUNG - NIE WAR SIE SO SAUBER WIE HEUTE!

Wir beglückwünschen die Erzfeinde UDSSR und VR China zur Einigung in der Parole: Vorwärts mit der Spaltereinheitsfront (Anfrage an die Peking-Fraktion: Gibt es Fortschritte in der Umerziehung der kapitalistisch-radioaktiven Edelgase zu Helfern des Sozialismus, falls die gewünschten deutschen AKW's geliefert werden?)"

Buchladen Distel Detmold — **Arbeitskreis-Umwelt Detmold** — **Bi gegen Atomkraft Bösingfeld**



Neun von Neuntausend am 12.12. in der Dortmunder Westfalenhalle.

STREIK BEI DEN STAHLKOCHERN

E ine Reise durch die Ruhr vom 10.–13.Dezember 1978

Dortmund/Duisburg und dazwischen...

Durch das Ruhrgebiet reisten unser Korrespondent Max Watts, Simone Hamelin von der französischen Zeitung ‚rouge' und einer vom Informationsdienst. Hier ihr „Reisebericht":

Vielleicht sollte man einen Bericht über „den ersten Streik in der Deutschen Stahlindustrie seit 50 Jahren" (stimmt gar nicht!) nicht als eine sehr persönliche (selbstbemitleidende!) Reisestory bringen. Aber ich bin sehr müde und es ist bald Redaktionsschluß beim ID. Ernsthaftere Geschichten erscheinen – hoffentlich – von anderen Redakteuren in den nächsten Nummern.

Wir sind am Freitag, dem ersten Reisetag, gar nicht - wie geplant – bis zur Ruhr gekommen, sondern nur bis zum Hauptvorstand der IG Metall in Frankfurt. Die Weiterfahrt wurde wegen Glatteis gestrichen. Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, Karl-Heinz Janzen, erklärte uns die Mitbestimmung-Montan-und andere- und wie die IG Metall weder Aussperrung noch Arbeitsplatzvernichtung verhindern kann... (Wer weitere Details dazu absolut braucht, schreibe bitte an den ID - die Redaktion).

Sonntag war es dann so weit. Wir fuhren los und schafften es sogar bis nach Dortmund-Hörde. Dort machten wir schon am ersten Abend ein langes Interview mit einer jugoslawischen „Gastarbeiterin", Jovanka (Name wurde von der Redaktion geändert – wir leben zwar unter der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, aber was Jovanka uns zuerst erzählte, war, daß bei Siemens-Witten rausfliegt, wer den Mund aufmacht. (Nur dort? ID) (Außerdem ist Siemens ein fast reiner Frauenbetrieb, kein Stahlbetrieb und wird nicht bestreikt, diese Geschichte kannst du ein anderes Mal erzählen, mein zweites Ich).

Aber Jovanka gab uns nicht nur ein Interview, sondern auch ein Flugblatt, das sie von der Frauengruppe Hörde hatte. Am nächsten Tag besuchten wir Anne Böcking von dieser Frauengruppe, die kann sehr gut für sich selbst schreiben – siehe das folgende Flugblatt:

AN ALLE!

Wir, Frauen von Kollegen des Hoesch-Werkes Phönix, wenden uns an alle Hoescharbeiter – Frauen, an alle Hörder Bürger. Ab Freitag sollen unsere Männer, zusammen mit 7 000 Arbeitern und Angestellten bei Phönix, zusammen mit zehntausenden von Stahlarbeitern im gesamten Ruhrgebiet, ausgesperrt werden.

Gegen diese Strafaktion der Unternehmer protestieren wir! Aussperrung ist Unternehmerterror!Sie muß verboten werden!

Die Unternehmer behaupten, die Forderungen der Stahlarbeiter sind übertrieben. Wir sagen: Unsere Männer haben Recht! Sie haben Recht, wenn sie mehr Lohn fordern. Das können wir Frauen am besten beurteilen. Denn wir sind es schließlich, die mit dem Geld, das unsere Männer nach Hause bringen, haushalten müssen. Und wieviele Probleme das schafft, wie oft es deshalb Streit gibt, vor allem, wenn mehrere Kinder da sind, kann sich jeder selbst ausmalen, wenn er weiß, daß so mancher Hoesch-Kollege nur 1100 DM netto nach Hause bringt und 1400 - 1500 DM (einschließlich Zulagen) bei Karl Hoesch schon als überdurchschnittlicher Verdienst gelten.

Sie haben auch Recht, wenn sie die 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich fordern. Und das nicht nur wegen der Gesundheit und weil das für die Familie besser ist. Sondern vor allem deswegen, weil wir darin die einzige Chance sehen, die bestehenden Arbeitsplätze zu sichern. Die Unternehmer behaupten, ihr Angebot von 6 Wochen Urlaub bedeute doch auch Arbeitszeitverkürzung. Aber das ist – mit Verlaub gesagt – ein Hohn! Denn drei Tage mehr Urlaub für Arbeitnehmer über 30 (denn das ist in Wirklichkeit das Angebot der Unternehmer!) sichern keinen einzigen Arbeitsplatz.

Die Forderungen unserer Männer sind richtig. Wir Frauen unterstützen sie voll und ganz!

Dabei wissen wir natürlich, daß die Unternehmer den Stahlarbeitern die 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich und mehr Lohn nicht auf dem silbernen Tablett servieren werden. Deshalb haben wir uns sehr gefreut, als 92% der Phönix-Arbeiter für Streik gestimmt haben. Denn wir wollen Männer, die kämpfen, keine, die nur eine große Klappe haben. Solche scheinen aber in der Gewerkschaftsführung zu sitzen. Was sind das für Arbeitervertreter, die unsere Männer nicht streiken lassen, obwohl sie das wollen und stattdessen seelenruhig zusehen, wie die Unternehmer die Aussperrung vorbereiten und durchführen?

Deshalb wenden wir uns an alle Hoescharbeiter-Frauen, an alle Hörder Bürger und fordern sie auf, mit uns gemeinsam einzutreten für:

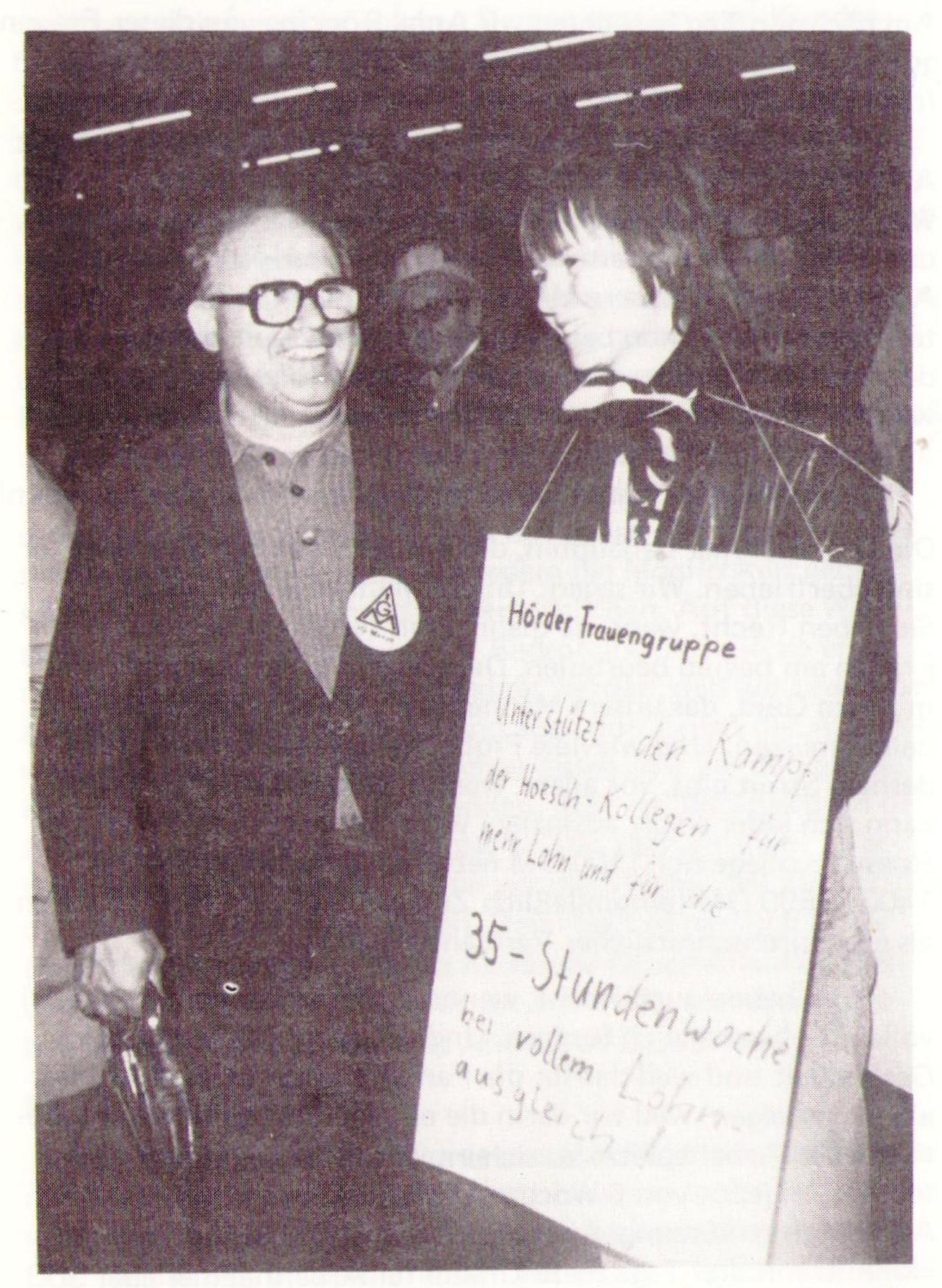
Verbot der Aussperrung! Unterstützung des Kampfes der Stahlarbeiter für mehr Lohn und die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich! Gegen Aussperrung – Streik!

WUSSTEN SIE SCHON...

daß sich in Hörde Hausfrauen und berufstätige Frauen zusammengetan haben, um gemeinsam für die Interessen von Frauen und Kindern einzutreten?

Unsere nächste Versammlung ist am Donnerstag, den 7.12. um 20 Uhr in der „Schlanken Mathilde" am Ölpfad (gegenüber Josephskrankenhaus). Wir sprechen dort über:

- Die weitere Unterstützung des Kampfes der Hoesch-Kollegen;
- Die Weiterführung unserer Aktion für das Verbot von Kriegsspielzeug und Spielzeug, das den Hitlerfaschismus verherrlicht;



Anne Böcking mit einem Arbeiter von Hoesch-Phoenix in der Westfalenhalle.

- Die Situation in den Kindertagesstätten, wo gegenwärtig eine Reihe von Eltern mit der Streichung des Tagesstättenplatzes für ihre Kinder rechnen müssen.

Wenn Sie sich über unsere Arbeit informieren oder dabei mitmachen möchten, wenden Sie sich an:

Anne Böcking, Wellinghofer Str. 187, Tel.: 0231 / 46 71 70

Obwohl die Frauengruppe Hörde sich anfänglich hauptsächlich mit Kindertagesstätten und gegen hitlerverherrlichendes Weihnachtsspielzeug beschäftigte, (anscheinend gibt es in Dortmund viele und sehr billige Hitlerfiguren im Spielzeugladen), ist sie zur Zeit voll mit dem Stahlstreik beschäftigt. Wir fragten Frau Böcking, wie das anfing. „Wir haben einen Bericht in den Ruhr-Nachrichten gelesen, in dem eine Frau gegen den Streik schimpft. Die machte den Eindruck, als wären alle Frauen dagegen, daß ihre Männer zu Hause bleiben, streikten. Da haben wir dieses Flugblatt gemacht und dann haben wir Unterschriften gesammelt, über 200, meistens von Frauen auf der Straße - für den Streik, für die 35-Stunden-Woche, gegen die Aussperrung. Wir haben die dann den Streikenden gebracht. Die Flugblätter hängen jetzt unten, beim Tor, beim Hochofen 3. Jetzt sammeln wir Geld für die Ausgesperrten und wir wollen mit der Gewerkschaft eine Weihnachtsfeier für die Kinder der Ausgesperrten, der Streikenden machen."

WEIHNACHTSFEIER? WEIHNACHTEN?

Das riecht ja nach langem Streik.

Tut es auch. Die Streikposten haben an vielen Werktoren schon Weihnachtsbäume aufgestellt und kein einziger Streiker denkt, daß der Streik noch dieses Jahr gewonnen wird. Beim Haupteingang der Hoesch-Phönixwerke fragen wir die Streikposten: „Könnt ihr das so lange aushalten? "

„Ja, wir schon. Die Gewerkschaft (IG Metall) hat Geld und falls notwendig, wird der DGB uns aushelfen; auch gibt es viele Spenden, zum Beispiel von den Leuten, die Notdienst machen. Unser Werkschutz (Betriebspolizei!) hat gerade 1100 Mark für uns gesammelt. Natürlich (?) arbeitet der Werkschutz weiter. Auch die Putzfrauen. Obwohl 100prozentig in der IG Metall, putzen sie fleißig in den Büros - mit gewerkschaftlichen Notdienstausweisen.

Vom Werkschutz und Putzfrauen kann ein bestreiktes/aussperrendes Werk wenig Gewinn erwarten, aber wir lernen von einigen Streikenden, daß in Phönix (sowie in der Westfalenhütte – 2 der 3 Dortmunder Hoesch-Hütten) Hochöfen weiter Roheisen produzieren. Heinrich Appelhans, sich selbst so bezeichnende Vorzimmerdame des Phönix-Betriebsrates, hat uns ausführlich über den Streik informiert, aber erst zufällig, als wir wieder im Flur draussen sind, hören wir, daß Phönix Hochofen 3 gerade wieder jeden Tag 565 Tonnen Roheisen an das dritte, bis jetzt nicht bestreikte, nicht aussperrende Hoesch-Werk: Union geschickt hat. Etliche Verwirrung scheint unter vielen der Arbeiter über diese Lieferungen zu bestehen."

Wir sind ausgesperrt und zur gleichen Zeit beliefert unser Notdienst ein anderes Hoesch-Werk mit Roheisen!"

Dasselbe geschieht bei der bestreikten Westfalenhütte von Hoesch. Darauf angesprochen, erklärt uns ein Betriebsrat, daß diese zwei Öfen produzieren müssen, wenn auch auf 60% ihrer Normalleistung gedrosselt, weil man sonst nicht „Das Gasrohr, das die im Hochofen stehenden Gase ableitet, 26 Kilometer lang unter Druck halten kann. Es könnte sonst explodieren". Aber ein anderer Streiker sagte uns ganz stolz: „Wir vernichten ja einen Teil des Eisens; es ist wohl wahr, daß jeden Tag 565 t zur Union gehen, aber 1150 t werden auf die Schlackenbeete gefahren (ausgekippt)." Anscheinend bedeuten diese 1150 t täglich einen großen finanziellen Verlust für den „Arbeitgeber". Eine französische Kollegin fragt, was das bedeuten soll: „Arbeitgeber". Als ich versuche, es ihr zu erklären, glaubt sie es erst nicht und fängt dann an zu lachen: „Donneur du travail!" (Ist es nicht nett von ihnen? Sie geben dir etwas und bezahlen auch noch dafür!)



Vor den Fabriktoren haben die Streikenden Weihnachtsbäume aufgestellt. Ihr Wunsch: Streik bis ins neue Jahr.

Trotzdem blieb es vielen Hoesch-Arbeitern ganz unklar, warum 1000 t Roheisen pro Tag an Hoesch-Union geliefert werden. Warum geht nicht alles auf die Schlackenbeete?
Auf diese Frage konnten auch wir keine klare Antwort bekommen.

STREIK: VOLL ODER SCHWERPÜNKTLICH?

Ähnliche Verwirrung fanden wir unter Streikenden/Ausgesperrten „Arbeitnehmern" nicht nur bei Hoesch-Dortmund, sondern auch bei den Mannesmann-Werken in Duisburg-Hamborn und anderswo.
Wenige konnten die Strategie der hohen Vorsitzenden der Gewerkschaft Metall gut verstehen. Nur einige Gewerkschaftsfunktionäre meinten, daß ein Schwerpunktstreik gezielt, auf gewisse Betriebe begrenzt, und auch dort „diszipliniert" durchgeführt (d.h. daß der Notdienst nicht nur die Anlagen in Stand hält, sondern auch weiterhin gewisse Werke mit Roheisen beliefert), daß so ein Streik sich für die Streikenden/Ausgesperrten am besten lohnt...

(Auch die Ausgesperrten bekommen Streikgeld, ID)

Die Vorsitzenden: Die Gewerkschaftskasse kann einen langen Streik nur ertragen, wenn sie nicht zu viele Arbeiter mit 600 - 1000 Mark pro Monat unterstützen muß. Wir haben mit 40 000 Streikenden gerechnet, schon jetzt kommen 30.000 Ausgesperrte dazu, das macht fünf bis sechs Millionen DM monatlich."

Aber es scheint, daß es nicht nur die Sorge um die Gewerkschaftskasse ist, die die IG-Metall-Führung davon abhält, den Streik auszuweiten. Als im Hoesch-Werk Union (Dortmund) Vertrauensleute sich für den Streik aussprachen, hat — angeblich — der erste Ortsbevollmächtigte der IG-Metall Dortund — ein gewisser Kollege Dietrich sie fast angeschrieen: „Wollt ihr denn die Stahlindustrie kaputtstreiken? "

Von unten aber schaut's anders aus: Zitat: „Knack die Nuß bis zum Schluß" oder: „Wenn gestreikt, dann schon richtig" „Vollstreik".

Den Leuten vor den Toren geht es anscheinend weniger um die „Gesundheit der Stahlindustrie" — was haben wir davon, die wollen sowieso 100 000 Arbeitsplätze vernichten" — als um Sieg oder Niederlage. Was bedeutet für die Stahlkocher „Sieg"? Keiner glaubt daran, daß sie sofort die 35-Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich bekommen werden. Wenn der holländische Gewerkschaftsführer Henk Krül in Düsseldorf sagte:
„Ab 1. Januar 79 wollen wir die 35-Stundenwoche als neue Norm so schnell wie möglich einführen", wirkt er fast revolutionär. (Krül ist sich auch bewußt, daß diese Forderung nur nach hartem Kampf erreicht werden kann; bis jetzt gab es in Holland noch keine Aussperrungen, sie ist dort auch illegal).
„Aber ich fürchte, daß das schlechte Beispiel von Deutschland — hier ist die Aussperrung gemeint — auch in Holland bei den Kapitalisten ‚Schule' machen wird."

Die Stahlarbeiter wollen „keine faulen Kompromisse". Das Gerücht, daß die IG-Metall-Führung zum Beispiel bereit wäre, eine Arbeitszeitverminderung nur für die Konti-Arbeiter anzunehmen, die Leute, die rund-um-die-Uhr fünf Tage Frühschicht, zwei bis drei Tage nicht, dann Spätschicht, dann Nachtschicht an den Hochöfen arbeiten — auch sonntags, feiertags, Neujahr — , löst überall Empörung aus.
„Daß die Unternehmer uns spalten wollen, kann man noch verstehen, aber unsere eigene Gewerkschaft? "
„Es geht ja nicht nur um die Humanisierung der Arbeit, wir kämpfen für die Erhaltung unserer Arbeitsplätze."

Wir reisen weiter

Bei Thyssen in Hamborn—Nord-Duisburg sind die Leute wirklich sauer, auch auf die Gewerkschaft. 16.000 Arbeiter stehen vor den Toren, aber fast alle von den 8.000 Angestellten,auch die IG Metall-Mitglieder, arbeiten weiter. Doch es heißt, daß 2.000 Angestellte „wegrationalisiert" werden sollen. Warum streiken die nicht mit? ? In Duisburg hörten wir überall die Forderung nach Ausweitung des Streiks. Viele meinten, daß die Gewerkschaft jetzt nurmehr von der Aussperrung redet und die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich überhaupt nicht mehr erwähnt.
Bei Mannesmann-Huckingen dagegen,am Südende von Duisburg, wo es den außergewöhnlichen Betriebsratsvorsitzenden Knapp gibt, war die Stimmung viel gehobener. Dort wird nicht nur ganz offiziell von der Gewerkschaftsführung Aussperrung mit Berufsverbot gleichgesetzt (siehe ID Nr. 259), dort scheint auch kaum eine Spaltung zwischen der „Basis" und der örtlichen Gewerkschaftsführung zu existieren. Betriebsratsvorsitzender Knapp erwähnt nicht nur die Möglichkeit, daß Gewerkschaftler den Aufsichtsrat vielleicht benutzen könnten, um die Aussperrung anzugreifen, er freut sich auch, daß mindestens eine Mannesmann-Fabrik — die Röhrenwerke in Mülheim — von allein in den Streik getreten ist. Dort wollten die „Arbeitgeber" einen Teil der BELEGSCHAFT — 6.000 Männer — aussperren. 4.000 andere sollten aber weiterhin mit Arbeit beschenkt werden. Leider aber, sagt er, war dies bis jetzt das einzige Beispiel von so einer spontanen Solidarität. Knapp findet auch überraschend, daß sich bis jetzt die große Tarif-Kommission der IG-Metall noch gar nicht getroffen hat. „Wir hatten kaum Verbindungen zu anderen streikenden Betrieben. Jetzt fangen wir an, Leute dorthin zu schicken, so daß wir von deren Streikerfahrungen etwas lernen können, und sie auch von unseren." Von Mannesmann-Huckingen geht kein Kilo Stahl aus dem Betrieb raus. Auch hörten wir dort zum ersten Mal von einem Betriebsratsvorsitzenden den Satz: „Generalstreik gegen die Aussperrung!" Aber dieser Betrieb scheint — noch — etwas Außergewöhnliches für die Ruhr zu sein.

Als wir von Huckingen, zugleich ermuntert — (wenn jede Streikführung so wäre!) und bedrückt (aber leider sind sie es nicht), die Ruhr in Richtung Süden verließen, kam noch eine interessante Meldung: Die zentrale Streikleitung, die in Essen, hat die Betriebsräte der noch nicht bestreikten Betriebe zu einer Sonderkonferenz einberufen. Die Frage ist: Doch Streikausweitung? Wir fahren jetzt erst mal zum Schlafen."

c/o Max Watts/Simone Hamelin/ID

DIREKTOR IN SEINER FABRIK EINGESPERRT

DUISBURG, 13. Dezember 78

DR.-ING. WULF D. LIESTMANN, Vorsitzender des Werksvorstandes der Mannesmann AG Hüttenwerke, erklärte zu den vorgestern erneut aufgetretenen zeitraubenden Behinderungen von leitenden Angestellten durch Streikposten an den Werkstoren: „Was bei anderen Werken reibungslos funktioniert, hat die IG Metall in Huckingen wohl nicht im Griff. Bei uns spielt der kleine Mann mit Schikanen groß auf. Daran, daß die Hütte hoffentlich bald wieder normal arbeiten wird, scheint hier kaum jemand zu denken."

*

(aus WAZ, 13.12.78)

Was war geschehen? Der verantwortungsbewußte Mannesmann-Direktor ging am 11.12. — versehen mit einer Sondererlaubnis — seiner Tätigkeit im bestreikten Werk in Duisburg-Huckingen nach; wollte aber schließlich doch wieder nach Hause. Er kam in seinem Merzedes zum Werkstor gefahren, wo er an eine dichte Kette von Streikposten geriet. Die beguckten sich seinen Sonderausweis, die vielen Stempel von Geschäfts- und Streikleitung. Sie fragten den Direktor, ob er zur Notbelegschaft gehöre. Da stimme doch etwas nicht, und außerdem sei dieses Tor viel zu klein für eine so wichtige Persönlichkeit.

Da irrte der Direktor zum nächsten Tor, dann zum übernächsten. Und kam nicht aus dem Betrieb heraus. Nun, dachte sich der Direktor, irgendjemand muß doch hier zuständig sein. Er rief die Streikleitung an. Die veranlaßte schließlich nach langen Gesprächen, daß die Streikposten ihn am vierten Tor passieren ließen.

Daran, daß die Hütte bald wieder „normal arbeiten" wird, denken die Mannesmänner aber keineswegs. Die haben sich auf einen Streik bis nach Weihnachten eingerichtet und freuen sich schon jetzt auf Weihnachtsgeschenke aus der Bevölkerung. Schließlich hatten sie schon vor zehn Jahren die 35-Stunden-Woche gefordert und während des wilden Streiks 1973 die Stahlstraßen besetzt.

Aufgespießt

„Bis zum Jahre 1975 wird der durchschnittliche Stundenlohn des Arbeiters auf 7,84 steigen, seine Arbeitszeit auf 35 Stunden in der Woche fallen."

Wahlkampfanzeige der CDU unter dem damaligen Bundeskanzler Ludwig Erhard in „Quick" Nr. 34 vom 22. August 1965.

ABENDGYMNASIUM: SCHNELL MAL EIN HAUSFRIEDENSBRUCH GEBASTELT UND ACHTUNDSIEBZIG EINGEBUCHTET

FRANKFURT
14. Dezember

Die Vollversammlung des Abendgymnasiums, die wie üblich im kombinierten Lehrer-Schüler-Raum tagte, wurde heute von dem neuen kommissarischen Schulleiter Freudel (sh. ID 259) mit der Aufforderung unterbrochen, sofort den Raum zu verlassen. Innerhalb von zwei Minuten folgte die zweite und dritte Aufforderung, so daß blitzschnell ein „Hausfriedensbruch" konstruiert werden konnte, und prompt war die Polizei zur Stelle. Achtundsiebzig Leute wurden auf dem Schulhof verhaftet, darunter elf Fachhochschüler, die bei der Vollversammlung dabeigewesen waren. Während des Polizeieinsatzes wurde Freudel vom Personalratsvorsitzenden Ego Wimmer auf dem Schulhof angeschrien: „Hier werden Leute verprügelt, tun Sie was!" Freudel sah zu, wie Polizisten auf Schüler einknüppelten, und sagte: „Hier wird niemand verprügelt."

Freudel ging mit ins Polizeipräsidium und identifizierte einige Gefangene als „Rädelsführer". Und nach kurzer Zeit waren 400 Demonstranten vor dem Präsidium und machten einen fürchterlichen Krach.

Inzwischen sind alle Schülerinnen und Schüler wieder draußen...

Kontakt und Informationen: über ID.

WEIHNACHTSHILFE FÜR DIE POLITISCH VERFOLGTEN UND DIE POLITISCHEN GEFANGENEN

BERLIN

BERLIN Dezember *Bereits in den letzten beiden Ausgaben des ID hatten wir Aufrufe für eine Weihnachtspaketaktion in den Knast, einmal von der Gefangenenselbstinitiative in Hamburg 6, Vereinstr. 48 und das andere mal vom Frankfurter Frauenbuchladen, der Weihnachtspakete an weibliche Gefangene schickt und hierzu ein Spendenkonto eingerichtet hat (Frauenbuchladen GmbH, Stichwort 'Weihnachtspaket', Kto. 265 5949–06 Dresdner Bank Ffm). Zu dieser Aktion erreichte uns folgender Brief:*

"Nach dem Aufruf im ID Nr. 258 "Weihnachtspakete in die Knäste" krieg ich richtig Lust Euch schöne Weihnachten, 'nen Haufen braune Marzipankartoffeln und selbstgebackene Weihnachtskekse zu wünschen! Hiermit mach' ich das Ganze also, allerdings ano-nym ('s wär mir peinlich das öffentlich verantworten zu müssen), rate Euch mal Bittbriefe an Höchst, Krupp und Kumpane zu schreiben (bei voller Namensnennung sind solche Leute fast immer bereit christliche Nächstenliebe zu üben) und frag' Euch warum "werden (ausgerechnet) die Feiertage zur Tortur" für Gefangene und was der "große Erfolg" der letzten "Weihnachtspaketaktion war. Sind etwa Gefangene freigelassen worden, weil ihre Zelle für die vielen Pakete zu klein war? In diesem Fall beteilige ich mich ab sofort mit meinem ganzen "Vermögen" (haha) an der Aktion.

P.S. Ich übernehm ab sofort 'n Abo für'n Gefangenen, d.h. ab Januar, damit böse Zungen nich' behaupten das wär christliche Nächstenliebe. Aba wo ich schon ma' 'ne Karte schreib' ! ..."

Weihnachtsfest hin, Weihnachten her

Tatsache ist, daß Gefangene nur dreimal im Jahr Pakete bekommen können (Weihnachten, Ostern und Geburtstag). Wie groß der Erfolg im letzten Jahr war, kann ich auch nicht sagen. Wir vom ID aus hatten 13 Pakete direkt im Frankfurter Knast abgegeben (das Geld wurde vom Frankfurter 'Sponti–Kulturzentrum' Batschkapp gestiftet) und die 13 Gefangenen hatten sich ziemlich gefreut, für mich jedenfalls ein kleiner Erfolg. Jutta, ID

WEIHNACHTEN VORM KNAST

Heute erhielten wir einen gemeinsamen Aufruf des Agit–Komitees, des Komitees "Freiheit für Horst Mahler", der Roten Hilfe e.V. und dem Öffentlichkeitsausschuß "2. Juni–Prozeß". Am 24.12. ist von der Roten Hilfe eine Kundgebung vor dem Knast Tegel angesagt.

"Viel wird beim Weihnachtsfest von den bürgerlichen Parteien und den offiziellen Medien von "Liebe, Brüderlichkeit und Frieden" geredet. Die Wirklichkeit in unserem Lande sieht aber anders aus: wer mit den herrschenden Zuständen nicht einverstanden ist, wird mit Berufsverbot, Bespitzelung, Polizei und Justiz verfolgt. Die Einschränkung oder sogar Ausserkraftsetzung elementarster Rechte wie Meinungs–, Presse–, Versammlungs– und Organisationsfreiheit ist in den vergangenen Jahren von der SPD/FDP–Regierung vorangetrieben worden. Eine freie politische Betätigung soll unmöglich gemacht und der wachsende Widerstand gegen Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit und politische Unterdrückung soll eingeschüchtert werden.



Gerade anläßlich des Festes der "Liebe und des Friedens" halten wir es für die Verpflichtung jedes fortschrittlichen Menschen, die Solidarität mit den politischen Gefangenen und den politisch Verfolgten durch die bürgerliche Justiz zu verstärken. Denn die zunehmende Rechtlosigkeit der Angeklagten und ihrer Verteidiger in politischen Prozessen und die Haftbedingungen der politischen Gefangenen müssen durch gemeinsame Schritte des Protestes bekämpft werden.

Mit der vor wenigen Monaten verabschiedeten "Beschleunigungsnovelle" sind Angeklagte und Verteidiger noch rechtloser geworden: Der Angeklagte kann vom Prozeß ausgeschlossen werden und einen Zwangsanwalt verordnet bekommen, sein gewählter Verteidiger kann jetzt noch leichter aus dem Verfahren rausfliegen. Setzen sich Rechtsanwälte entschieden für die Interessen und Rechte ihres Mandanten ein, dann werden sie mit Ehrengerichts– und Strafverfahren verfolgt. Die Öffentlichkeit des Prozesses wird durch Leibesvisitationen, Kopieren des Personalausweises und anderer Schikanen eingeschränkt. All diese Maßnahmen haben das Ziel, eine politische Verteidigung, die diesen Namen verdient, unmöglich zu machen.

Wir rufen dazu auf, durch materielle Unterstützung und Hilfe Solidarität zu üben mit den Agit–Druckern, den Angeklagten im 2. Juni–Prozeß, den politischen Gefangenen Eberhard Dreher, Christian Heinrich und Horst Mahler. Wir werden mit den in der Weihnachtshilfe gesammelten Geldern Weihnachtspakete an die politischen Gefangenen schicken, Zeitungsabbonnements bestellen und Bücherpakete verschicken. Darüberhinaus werden wir mit den Spenden die immensen Prozeßkosten des Agit–Prozesses sowie für die Wiederaufnahme des Verfahrens für Horst Mahler etwas vermindern helfen.

Weihnachten als Fest der Liebe und Brüderlichkeit ist gerade für viele Gefangene ein absolutes Horrorfest, da gerade für sie der Gegensatz zwischen Wunsch und Hoffnung einerseits und der Wirklichkeit der Unfreiheit andererseits besonders stark spürbar ist. Seelisches Zusammenbrechen und Verzweiflungsausbrüche – Weihnachten im Gefängnis.

Es gibt in Berlin viele Gefangene, die wegen ihres politischen Kampfes ins Gefängnis gekommen sind. Und es gibt viele Gefangene, die wegen ihres kämpferischen Verhaltens im Gefängnis verstärkt verfolgt wurden, wie z.B. Hans Sonntag, und heute noch verfolgt werden. Wir fühlen uns als politische Gruppen mit diesen Gefangenen in besonderer Weise verbunden. Ein großer Teil dieser Gefangenen bekommt diese Verbundenheit kaum zu spüren. Um gerade diesen Gefangenen unsere Solidarität zu zeigen, wollen wir ihnen Pakete schicken und sie durch finanzielle Hilfe bei ihren Prozessen unterstützen.

Besonders für die politischen Gefangenen im Untersuchungsgefängnis Moabit ist die Hafthilfe dringend nötig. Mit Isolierung, Kontaktsperre und Trennscheibe sollen sie seelisch und körperlich zugrundegerichtet werden. Das Kontaktsperrege-

(Fortsetzung auf Seite 17)

PETER PAUL ZAHL AN HORST MAHLER

Peter Paul Zahl und Horst Mahler führen einen Briefwechsel. Zahl schrieb an Mahler vor dessen teils erstaunlicher Einschätzung der Situation der politischen Gefangenen, die im SPIEGEL vom 11.12. veröffentlicht wurde. SPIEGEL-Überschrift: „DER FOLTERVORWURF – EINE PROPAGANDA-LÜGE". Mahler schreibt darin u.a.: „'Ein Indianer weint nicht', sagen kluge Eltern, wenn sich Kinder wehgetan haben und darüber in Tränen ausbrechen. 'Ein Revolutionär schreit nicht, wenn er vom Staat hart angefaßt wird', sollten die Linken endlich den Gefangenen der RAF zurufen." Den Brief von Peter Paul Zahl entnahmen wir dem Info-BUG vom 8.12.78.

P.P. Zahl

Sehr geehrter Herr Mahler,

Mit Schreiben vom 12.9.1978 bat ich Sie, mir, ggfls. in Form einer Erklärung an Eides statt, 15 Fragen über Ihren Haftstatus zu beantworten.

Sie taten dies nicht, sondern wiesen in einer kurzen Notiz vom 24.9. lediglich darauf hin, für Sie gälten „die gleichen Haftbedingungen wie für die übrigen ca. 600 in der Teilanstalt II der JVA Tegel untergebrachten Gefangenen." Dieser Vollzug unterscheide „sich sehr erheblich von demjenigen für Staatsschutzgefangene."

Mit kurzem Brief vom 27.9. wiederholte ich daraufhin meine Bitte und erklärte ein zweites Mal den Zweck meiner Fragen, nämlich durch Beschreiten des sog. Rechtsweges dem neuen Strafvollzugsgesetz „Fleisch geben" zu wollen, und sei es im Wege der Grundsatzklage vor dem Verfassungsgericht wegen Verletzung einiger Verfassungsartikel, insbesondere des Rechts auf gleiche Behandlung (Art. 3 GG).

Mit Schreiben vom 14.10.1978 nehmen Sie endgültig Stellung: Sie lehnen die Beantwortung der Fragen ab. Das „Geschrei über die Haftbedingungen" meinen Sie, „war und ist der Stoff, mit dem Mitleidskampagnen gefüttert werden, die nichts anderes sind als Rekrutierungsunternehmen für die RAF und ihre Ableger." Daran, so Sie, wollten Sie sich „in keiner Weise beteiligen". Sie verweisen auf Haftbedingungen politischer Gefangener „während des ersten Weltkriegs und in der Weimarer Zeit" und sagen, „daß wir mit der Folterkampagne eine schwere Schuld auf uns geladen haben: wir haben die Menschen draußen, die uns als Genossen geglaubt und vertraut haben, belogen" und verweisen im übrigen darauf hin, „ob Du unter den gegebenen Haftbedingungen kaputt gehst oder nicht, hängt nicht von diesen Bedingungen, sondern von Dir allein ab."

Der Lebensweg des Menschen Horst Mahler rundet sich: vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten über die Schlagende Verbindung in die SPD; von der SPD über den sds zur RAF, von der RAF zur KPD A-Null, von der A-Null zum Rezipienten des Frühen Marx (das muß so etwa im vorigen Jahr gewesen sein, und einem Freund, der sich über Deine immer neuen und immer mit strenger Formallogik entwickelten neuen Standpunkte wunderte, schrieb ich, Deinen Lernprozeß irgendwie anerkennend, nun stündest Du da, wo wir schon vor über 10 Jahren standen), aber der Intellektuelle Horst Mahler fraß sich im Knast weiter durch die Bücherberge: in Deinen kürzlich erschienenen Artikeln im „Neuen Forum", Wien, warst Du schon im Eilschritt bei Hegel und — Tocqueville, und zwar in einer Form, die selbst den redlichen Sozialdemokraten Nenning, der seit einigen Jahren das Bündnis von progressiver Sozialdemokratie und „progressivem" Kapital" beschwört, schon etwas zu weit ging, und nun, Herr Mahler, stehen Sie wieder kopf, rechts vom RCDS und den Schlagenden Verbindungen, rechts von den Justizministern der Länder, rechts, wo die Börse schlägt. Der Jurist Mahler, doch ein Jesuit? Mea culpa, mea maxima culpa geschrien, daß selbst jene, die Ihnen daraufhin die Halb- oder Zweidrittelstrafe schenken sollen, sich leicht angeekelt abwenden?

Man lese einen Satz wie „ob Du an den gegebenen Haftbedingungen kaputt gehst oder nicht, hängt nicht von diesen Bedingungen ab, sondern allein von Dir" mehrmals, lese dazu einen Hinweis, „nur mal so am Rande: Max Hölz brauchte bestimmt keine Stunde, um nach einer Zellenfilzung seine Sachen wieder in Ordnung zu bringen", den auf e i n e n Überlebenden aus höllischer Zeit, mit dem Sie, Herr Mahler, nicht mehr das geringste zu tun haben. Jene, die damals nicht überlebten, Selbstmord machten oder geselbstmordet wurden, jene, die physisch und psychisch gebrochen rauskamen, keine Silbe wert; der eine Überlebende aus dem Weimarer Knast genügte Herrn Mahler, darzustellen, wie „human" gegenwärtige Haftbedingungen seien — gemessen an damaligen.

Sind sie's wirklich? War Hölz Staatsschutz- oder Strafgefangener? War er in der Hand von Dr. Herolds Soldaten? Gab es damals Forschungsprogramme mit der „camera silens" in den Hamburg-Eppendorfer Universitätskliniken?

Die nach relativ kurzer Zeit Knast entlassenen Astrid Proll, Carmen Roll, die „beschränkt Verhandlungsfähigen" oder überhaupt nicht mehr Verhandlungsfähigen aus Stammheim, Kaiserslautern, Bochum, Köln-Ossendorf, die an Magen-Darm-Krankheiten schwer laborierenden Werner Hoppe, Werner Schlegel, Lothar Gend — schiere „Phänomene"? Und all die anderen, denen nur, achselzuckend oder zynisch, „vegetative Dystonie" attestiert wird, nicht von „Sympathisanten", sondern Amtsärzten, auch Sie Bedingungen unterworfen, denen sie, wie ein Horst Mahler, ganz simpel dadurch entrinnen könne, zögen sie sich selbst nur am eigenen Zopf aus dem Sumpf?

Ob einer kaputt geht oder nicht, „hängt allein von Dir ab", so der sich positiv zur Leibniz'schen Monade bekennende H.M., dessen Marx-Lektüre gewiß „Jugendsünde" war — wie so vieles.

In widerlichster Weise unterstellen Sie mir, Herr Mahler, über Haftbedingungen ein „Geschrei" anzustimmen. Ist es „Geschrei", Menschenrechte, Verfassungsrecht und Strafvollzugsgesetz einzuklagen?

In widerlichster Weise unterstellen Si mir, Herr Mahler, mit diesem „Geschrei" etwas, das Sie „Mitleidskampagnen" zu nennen belieben, zu „füttern".

Mitleid auch bei Ihnen eine Sünde, die es zu meiden gilt wie die Erbsünde, ein altes Laster? Paßt Mitleid nicht in den Katalog der Staatstugenden, deren Loblied auch Sie in letzter Zeit mitsingen?

In widerlichster Weise unterstellen Sie mir, der ich mit Hilfe von Anwälten, Freunden und Menschen, deren Gehirne und Herzen noch nicht staatsfromm verfault oder gefroren sind, Menschenrecht, Verfassungsrecht und Gesetz einklagen und erzwingen will, via „Geschrei" und Appelle ans Mitleid „für die RAF und ihre Ableger Rekruten" mobilisieren zu wollen. Das, allerdings, ist die Logik der Macht, der Machthaber und Ihrer Medienhuren, die wie Sie, Herr Mahler, Folterhaft eine „angebliche" nennen — um sie in aller Ruhe und ohne Mitleid von keinem „Geschrei" gestört zu praktizieren.

Wer den Rechtsweg benutzt (der ja noch manchmal gangbar ist, auch wenn er durch neue Gesetze und Gerichtsbeschlüsse beschwerlicher wurde), „rekrutiert ... noch mehr junge Menschen (die sich) aus Mitleid mit den Gefangenen und Empörung über angebliche Folterhaft in den politischen Untergrund treiben lassen"? so weit denkt nun auch der Herr Mahler. Wo leben wir denn, und wo lebt der Herr Mahler? (In Tegel, in „Normalvollzug", im Gegensatz zu über 99% der politischen Gefangenen und Guerilleros in der BRD und Westberlin.)

Man schneide Gefangenen die Zunge ab, und sie können nicht mehr schreien über das Unrecht, das ihnen im Namen des Rechts angetan wird.

Man schaffe das Mitleid ab, und kein Gefangener kann noch daran appellieren.

Man regeneriere sich im Normalvollzug von den Folgen der „strengen Isolationshaft" im alten, trotz allem vitalen Knast Moabit, und nenne die Bedingungen, die bei weitem schlimmeren, unter denen andere, anderswo, noch immer leiden, „angebliche", dann braucht da keine politische Identität gebrochen zu werden, denn da war keine gewesen. Oder eine höchst biegsame, schmiegsame, die nun exakt die Sprache jener spricht, die einen einst der strengen Isolationshaft (die's somit gegeben haben muß, wie ein Herr Mahler freimütig zugibt) unterworfen hatte.

Der Skandal, Herr Mahler, besteht nicht in „dem Mitleid und der Empörung junger Menschen", die sich „in den politischen Untergrund treiben lassen"; der Skandal besteht vielmehr in der Mitgleidlosigkeit und Ungerührtheit der vielen, die die Verbrechen gegen die Menschenrechte hinnehmen, ja bejahren, in der Harther-

zigkeit und Ignoranz der vielen, die sich später nicht darauf werden berufen können, „nichts gewußt" zu haben und jene Empörung der wenigen jungen Menschen erst ermöglichen, die, politisch gesehen, „schlimmeres begehen als Verbrechen, nämlich Eseleien" (Lenin — Ihr Guru noch vor wenigen Jahren).

Diese „Eseleien", die falsche Politik der Wenigen, der Verzweifelten und Verzweifelnden, zu v e r h i n d e r n , ging und gehe ich an die Öffentlichkeit und sage, was in diesem Lande mittlerweile wieder möglich ist, und appelliere in der Tat an das Bessere in den Menschen, zu dem Mitleid unabdingbar gehört und Menschenliebe; um „Eseleien" zu verhindern, hatte ich Sie gebeten, Herr Mahler, wie andere Gefangene, eine Schilderung des „normal" genannten Haftstatus zu geben, damit er — für alle! — einklagbar werde, möglich werde.

Ich wollte und werde weiterhin die Bekanntheit meiner Person und meines (typischen und tiefen) „Falles" als Vehikel nehmen für die Verbesserung des Status, der Haftbedingungen a l l e r Betroffenen. Vier von etwa hundert Gefangenen waren im vergangenen Jahr vom höchsten erkennenden Gericht dieser Republik aus der Kontaktsperre genommen worden. Ich gehörte zu diesen vier. Also läßt es sich an meinem B e i s p i e l exemplifizieren, daß in Sachen Haftbedingungen nicht Justizminister und BGH federführend sind, sondern der Staatsschutz; und daß gegen diesen und seine Methoden allerdings die moralische und politische Kraft des Besseren Deutschland mobilisert werden können, und zwar, Herr Mahler, nicht nur für P.P.Zahl, sondern für a l l e B e t r o f f e n e n. Weil die Menschenrechte unteilbar sind!

Als Sie (zusammen mit Jürgen Bäcker) vor einiger Zeit in Presse und Fernsehen eine Kritik der RAF leisteten, äußerten sich einige hohe Justizverwaltungsbeamte hier abschätzig über Sie und nannten Ihr Papier und Ihr Interview eine „Zwei-Drittel-Rede", also ein öffentliches Schuldbekenntnis des Delinquenten, um vorzeitig aus der Haft entlassen zu werden. Ich habe dieser Meinung damals widersprochen; ich hielt Ihren Sinneswandel und Ihre Selbstkritik für ehrlich. Mit Ihrem Brief vom 14. Oktober 1978 an mich, jedoch, zeigten Sie, daß es nicht gut um Sie steht, daß Sie zum Bauchredner der Herren des Morgengrauens geworden sind, daß Sie zu einer echten Selbstkritik gar nicht fähig sind, da sich Ihr Selbst alle naslang chamäleonhaft ändert, daß Sie, in einem Wort, weit über das hinausgelangt sind, was man von Ihnen fordert. Das „Vollzugsziel", heißt es im neuen Strafvollzugsgesetz, sei es, den Gefangenen zu befähigen, „künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen". Daß der „Vollzug der Freiheitsstrafe" seit Jahrhunderten exakt das Gegenteil bewirkt, sei hier einmal dahingestellt; fest steht, daß bei Ihnen das Ziel, Sie dahin zu bringen, nicht noch einmal aus dem Grunde, der Sie in den Knast gebracht hatte (Sie nennen ihn einen „politischen Irrtum"), wieder in ihn hineinkommen, erreicht ist. Nicht aber aus Einsicht, sondern aus Gründen der totalen Anpassung. Ginge es Ihnen nämlich um die „soziale Verantwortung", Sie hätten meine detaillierten Fragen nach Ihrem Haftstatus in Form einer Erklärung an Eides statt beantwortet, hätten mitgeholfen, der Klage vor Gericht, bei der Strafvollstrekkungskammer, ein wenig mehr Gewicht und Chance zu verleihen; dann, Herr Mahler, hätten Sie gefragt: „Was kann ich tun, Euch zu helfen, der ich das Glück habe, unter einem Justizsenator im Knast zu sitzen, der noch nicht oder noch nicht völlig unter der Fuchtel des Staatsschutzes ist?"

Die zur Zeit „draußen" eine völlig verfehlte Politik machen und „Eseleien" begehen, die „schlimmer als Verbrechen" sind, und verfolgt und erschossen werden, haben zumindest das edle Motiv, helfen zu wollen, in einer Lage, einer Situation, die Mitmenschlichkeit, Mitleid, Liebe zunehmend sanktioniert, in der ein tiefes Durchatmen die Verfassung zunehmend aus der Verfassung bringt. Dieses Motiv brachte sie dazu, immer mehr das Gesicht ihrer und unserer Feinde anzunehmen — zu werden wie d i e: unbarmherzig. Unbarmherzig und zunehmend unfähig zu echter Analyse und konkreter Utopie.

Nicht das Sagen der Wahrheit, Herr Mahler, „treibt junge Menschen in den Untergrund", sondern die Fakten, die der Wahrheit zugrunde liegen. Zu diesen gehört, daß es eine funktionierende bürgerliche Öffentlichkeit in diesem Lande nicht mehr gibt. Zu diesen gehört, daß der Kampf um die Menschenrechte eine Sache der wenigen geworden ist, von Spezialisten, die als wenige erfolgreich ins gesellschaftliche Abseits gedrängt werden können. Daß dies Land starke und mutige Helsinki-Gruppen benötigt, welche die andauernde und schamlose — und nun auch selbst von Ihnen, Herr Mahler, geleugnete — pausenlose Verletzung von Menschenrechten von Gefangenen, insbesondere von Staatsschutzgefangenen in diesem Lande anprangert und bekämpft.

Erst eine demokratische und antifaschistische Öffentlichkeit, die die Sache der Menschenrechte zu der ihren gemacht hat, verhindert, daß einige wenige verzweifeln und das „gut gemeinte" tun, also das Gegenteil des Guten.

Erst der Kampf größerer gesellschaftlicher Kräfte um die Menschenrechte auch der Geiseln des Staatsschutzes — denn daß politische Gefangene in diesem Lande genau das sind, bedarf keiner Erörterung mehr — verhindert zweierlei: zum einen, daß da wenige in eine vergebliche und schnelle Schlacht ziehen, die sie nicht gewinnen können, zum zweiten, daß die Gefangenen sich in das verwandeln, in das sich nun alles im Kapitalismus verwandelt hat: in Waren, die sich gegen andere Waren (sprich Menschenleben, Geld) austauschen lassen.

Es sind die Staatsschutzorgane, die bewußt und vorsätzlich, weil sie echte oder vermeintliche Gegespieler zu ihrer Macht- und Kompetenzausweitung brauchen, die Verzweiflung und Verzweifelte und, in diesem Gefolge, deren Rechtfertigungsideologien produzieren und das, was da fälschlicherweise „Untergrund" genannt wird. Nicht Mitleid mit Gefangenen und Empörung über Folterhaft treiben in den „Untergrund", sondern die Mitleidlosigkeit der Macher und der Verwalter der Krisen und die Empörungslosigkeit der vielen, die diese zulassen.

Max Hölz, den Sie erwähnen, Herr Mahler, „brauchte" vielleicht „keine Stunde, um nach einer Zellenfilzung seine Sachen wieder in Ordnung zu bringen" (als wäre d a s der Punkt), er und seine Genossen, gegen die die RAF schier ein „Kindergarten" war und ist, wußte sein Menschenrecht jedenfalls verteidigt vom Anderen, vom Besseren Deutschland. D a s gab ihnen die Kraft zum Aushalten im Knast und ihren Genossen die Kraft, keine individuellen Lösungen zu suchen, wo gesellschaftliche nötig wären und sind. Die wahrhaft menschliche, die gesellschaftliche und politische Lösung heute, jedoch ist die gleiche: Amnestie.

Nicht Amnestie für wenige Privilegierte, sondern für alle. Wir leiden nicht an Geruchshalluzinationen — es stinkt wirklich so im Land. Da muß Luft her, Durchzug, frischer Wind, ein neuer Anfang; da müssen alle Türen offen gemacht werden.

„Eine Politik, die wirklich Zukunft will, muß den Bann lösen, der ganz prosaisch dieses Land geschlagen hat... Eine Amnestie muß her, ein Gesetz zum Kontakt mit der zukünftigen Wirklichkeit"! (Ein deutscher Herbst, 1978)

Sie, Herr Mahler, meinten, mit meiner Frage nach Ihren Haftbedingungen „marschierte" ich „in eine Sackgasse."

Richtig ist, daß sich die Frage nach den Haftbedingungen nicht lösen läßt von der Frage der Verwandlung einer Stadtguerilla, die angetreten war gegen „das größte Verbrechen seit Auschwitz: den Vietnamkrieg" in eine „befreit-die-Guerilla-Guerilla"; richtig aber ist ebenso, daß wer die Haftbedingungen apostrophiert und Tatsachen „angebliche" nennt, nie aus der Sackgasse herauskommen wird: die Justizministerkonferenz nicht und Herr Mahler nicht, der sich unter der Hand und noch recht unbemerkt von der Öffentlichkeit in ihren Klaus Bölling verwandelt hat. „Ob Du an den gegebenen Haftbedingungen kaputt gehst oder nicht, hängt nicht von diesen Bedingungen ab, sondern allein von Dir.", schrieben Sie, in dem (wohl vergeblichen) Versuch, sich in der Hölle ein paar kleine, private Asbestwände zu ziehen. So können Sie als resozialisiert und „wiedereingegliedert" gelten und entlassen werden — in die nächstbeste Konzernetage.

Ich dagegen ziehe es vor, gegen diese Bedingungen anzugehen. Mit legalen Mitteln und mit Hilfe jener Öffentlichkeit, die daran arbeitet, daß k e i n e r m e h r k a p u t t g e h t. Drinnen nicht, draußen nicht.

Es mag schade sein, daß Sie, Herr Mahler, früher einmal Bruder und Genosse; eskapistisch aus der Front für die Verwirklichung der Menschenrechte im BRD-Knast ausgeschert sind, es ist aber gut, daß Sie es mich und andere rechtzeitig wissen ließen. Ich wünsche Ihrem Kampf um die Wiederaufnahme des Verfahrens und eine baldige Entlassung viel Glück.

Sie werden verstehen, daß ich unsere Auseinandersetzung der Öffentlichkeit zugänglich mache,

Freiheit und Glück — AMNESTIE FÜR ALLE!

setz, das beliebig lange jeglichen Kontakt des Gefangenen zu seinem Verteidiger oder seinen Familienangehörigen untersagt, und die Einführung der Trennscheibe sind unmenschliche Maßnahmen gegen die politischen Gefangenen. Besonders. der Hochsicherheitstrakt im Gefängnis Moabit, in dem seit langer Zeit Ilse Jandt und andere festgehalten werden, entlarvt das Gerede von Justizsenator Moritz Meyer über "liberalen Strafvollzug" als reine Heuchelei.

Wir setzen uns ein für menschenwürdige Haftbedingungen für alle Gefangenen und fordern, daß Schluß gemacht wird mit der Sonderbehandlung der politischen Gefangenen.

Durchbrechen wir mit der Weihnachtshilfe die Isolierung der politischen Gefangenen, verbessern wir den Kontakt mit ihnen".

IM FALL WERNER HOPPE: DAS SCHLIMMSTE ERSTMAL VERHINDERT

HAMBURG
11. Dezember

Werner Hoppe, der seit 1972 als Angehöriger der RAF im Knast sitzt, steht bereits seit Monaten in – medizinisch gesprochen – kritischen Gesundheitszustand (siehe ID 254). Mehr Öffentlichkeit über seinen Zustand zu schaffen. sollte unter anderem das Ziel des go-ins im Frankfurter dpa-Büro am 6. November (ID 255) sein. Seine Anwälte schlugen am 1. Dezember in einer Presseerklärung Alarm:

Gegenwärtig ist seitens des Strafvollzugsamtes beabsichtigt, unseren Mandanten Werner Hoppe trotz seines nach wie vor ernsten Gesundheitszustandes in die Haftanstalt Bergedorf zu verlegen.

In einer weitere, auf Ersuchen des Strafvollzugsamtes abgegebenen ärztliches Stellungsnahme vom 30. November hat der Gutachter Prof. Dr. Meyer vom Universitätsklinikum Eppendorf erklärt, daß für den Fall einer Verlegung nach Bergedorf eine hohe Wahrscheindlichkeit besteht, daß Herr Hoppe einen neuerlichen Gewichtsabfall in einen medizinisch-kritischen Bereich erleidet. Meyer hält eine längerfristige Unterbringung in einem allgemeinen Krankenhaus für eine medizinisch befriedigende Lösung. Aus der Sicht der Verteidigung ergibt sich aus dieser Diagnose: Eine Verlegung in eine Haftanstalt ist nach den ärztlichen Gutachten nicht möglich. Eine langfristige Unterbringung in einem allgemeinen Krankenhaus erscheint ebenfalls ausgeschlossen. Es bleibt angesichts des nach wie vor ernsten Gesundheitszustandes nur die Möglichkeit der Haftentlassung. Justizsenator Dahrendorf hat sich hierzu im Fernsehen selber wie folgt geäußert: Es gibt nur eine Alternative: Entlassung oder Bergedorf."

Öffentlichkeit für Hoppe ist für die Knastverwaltung nach wie vor tabu. Sämtliche Besuche von Presse-, Funk- und Fernsehleu ten sind im November und Dezember untersagt worden. Vertreter großer bürgerlicher Medien sind nicht weniger abgeblitzt als Linke. Übrigens will "Panorama" am 19. Dezember eine Sendung über Hoppe bringen. Ein Lichtblick, wenn auch kein großer: am 4. Dezember hat der Senat beschlossen, daß Werner Hoppe zunächst in Altona und jedenfalls auf absehbare Zeit im Krankenhaus bleibt.

Informationen über: Rechtsanwalt Uwe Maeffert und Hartmut Scharmer, Bahrenfelder Str. 93, 2000 Hamburg 50, Tel 040/ 391615/14.

SOLIDARITÄT MIT ASTRID PROLL

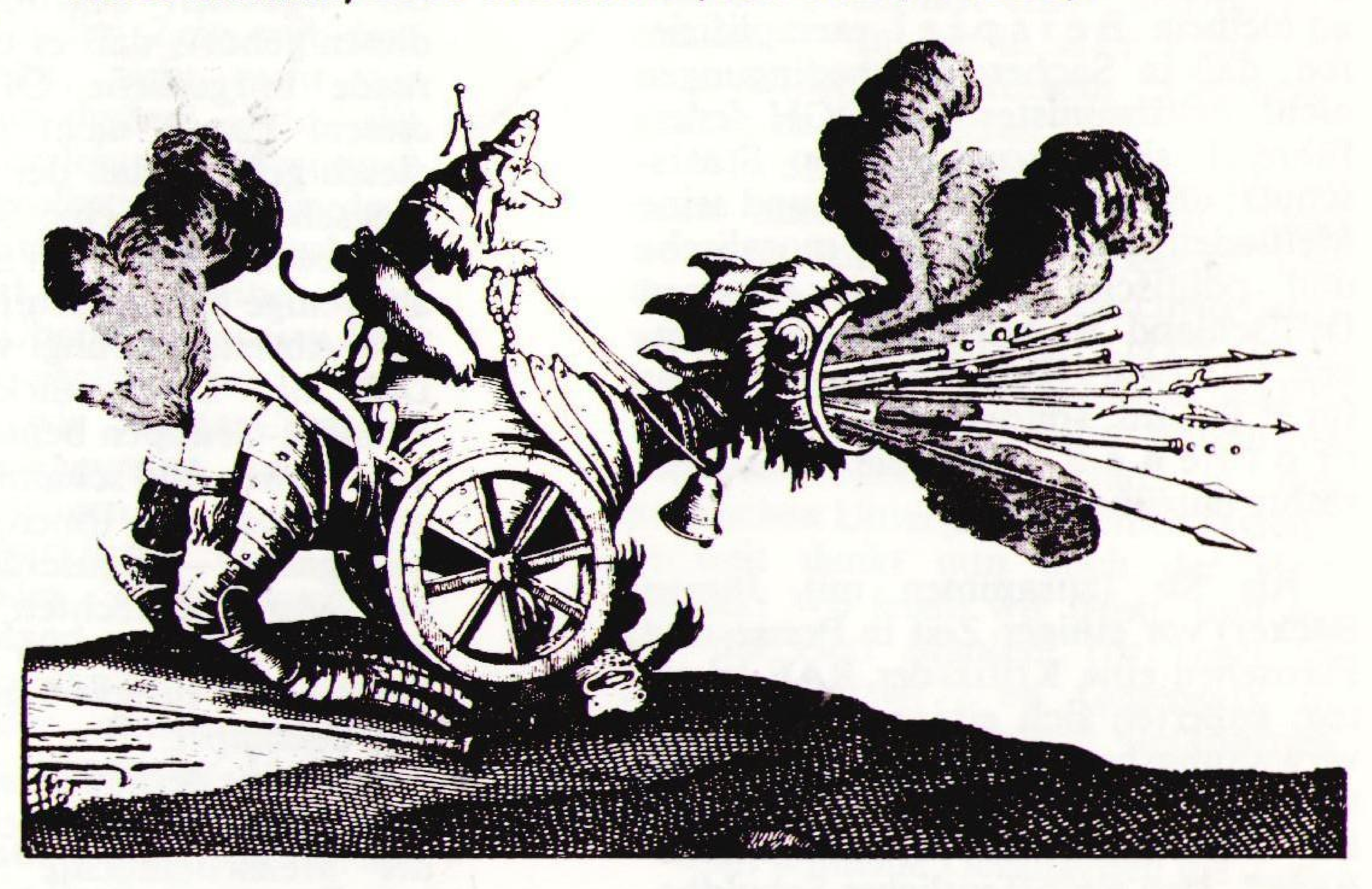
HAMBURG
9. Dezember

Eine Presseerklärung aus Hamburg:
„Am 25./26.11.1978 trafen sich in Hamburg etwa 100 Juristinnen und Anwaltsgehilfinnen aus der ganzen BRD zu einer Arbeitstagung. Die Teilnehmerinnen wenden sich entschieden gegen eine Auslieferung der in London festgenommenen Astrid Proll. Sie fordern die Bundesregierung auf, den Auslieferungsantrag zurückzunehmen. Astrid Proll muß befürchten, daß sie eine erneute Haft in der BRD nicht überleben wird. Sie mußte 1974 aufgrund medizinischer Sachverständigengutachten aus der Haft entlassen werden, da sie aufgrund der isolierenden Haftbedingungen lebensgefährlich erkrankt war. An den Auswirkungen leidet sie heute noch. Sie sagt:

„Weiß gestrichene Räume kann ich noch immer nicht vertragen, Stille in einem Wald kann mir schreckliche Angst machen, Dunkelheit macht mich depressiv, als nehme man mir mein Leben weg, immer noch habe ich das Gefühl, ich kann mich nicht bewegen, meine Freunde müssen mich daran erinnern, daß ich laufen kann."

Astrid Proll sagt, daß sie ihre Realität gefunden hat. Sie hat zuletzt in einer Lehrlingswerkstatt als Mechanikerin arbeitslose desozialisierte Jugendliche ausgebildet und unterstützt. Sie hat engagiert in der Frauenbewegung gearbeitet. Astrid Proll soll ihre Realität fortsetzen können."

Kontakt: **Jutta Bahr-Jendges, Rechtsanwältin, Osterdeich 53, Ecke Sielwall, 2800 Bremen 1 (Tel. 0421/ 74555).**

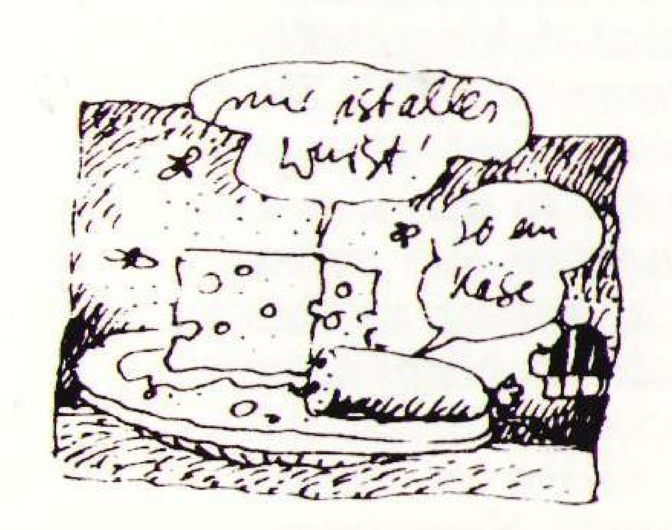


INFORMATIONEN GESUCHT

STUTTGART
9. Dezember

Eine Stuttgarter Gruppe schreibt, daß sie gerade zu den Themen: Internationale Bekämpfung des Terrorismus, Europäische Gemeinschaft, Europawahlen – Europaparlament arbeitet und darüber Informationen sucht. Außerdem wollen die Stuttgarter Kontakte zu Gruppen oder Einzelnen in Frankreich bekommen.

Kontakt: Ingrid Bauz, Bopserstr. 9, 7000 Stuttgart



AUFREGUNG UM WALTRAUD BOOCK – DOKUMENTATION

WIEN
14. Dezember

Waltraud Boock ist in Österreich inhaftiert und wird von der Justiz der RAF zugerechnet (siehe ID 254). Zu ihrer Situation erschien eine Dokumentation, für die die presserechtlich verantwortliche Inge Zimmermann zur Rechenschaft gezogen werden soll. Sie schreibt dazu:

"Als hauptverantwortliche Herausgeberin der Druckschrift erhielt ich für den 22.11. eine "Ladung als Beteiligte" von der gerichtlichen Pressepolizei. Aus beruflichen Gründen war mir die Einhaltung des Termins nicht möglich und ich ersuchte schriftlich um Verschiebung. Mein Brief ging am 21.11. beim zuständigen Amt ein. Am 23.11. gegen 10 Uhr vormittags standen zwei Zivilbeamte mit einem Vorführbefehl an der Tür. Ich selbst war nicht anwesend. Am nächsten Tag erschien ich um 8 Uhr früh bei der Pressepolizei.

Der Staatsanwalt wollte wissen, in welcher Auflagenhöhe die Druckschrift hergestellt wurde, wie sie verkauft oder verteilt wurde, an wen sie verkauft oder verteilt wurde und wo noch eventuell Exemplare zu bekommen sind.

Ich verweigerte die Auskünfte mit der Begründung, daß es keinen Paragraphen gibt, der den Staatsanwalt berechtigt, Fragen dieser Art zu stellen. Als ich dann noch die Protokollunterschrift verweigerte, kam die erste Drohung. Man werde in der Umgebung meiner Wohnung und meines Ladens die Leute befragen, ob ihnen von mir die Druckschrift angeboten wurde. Gegen diese angedrohte Maßnahme legte ich bei der Staatsanwaltschaft Beschwerde wegen Rufmord und Geschäftsstörung ein.

Obwohl uns die österreichischen Behörden schon mehrfach zu verstehen gaben, daß unsere Berichte besser nicht im Ausland veröffentlicht werden sollen: Wir lassen uns den Mund nicht verbieten – Auch nicht durch Drohungen und Einschüchterungsversuche."

Kontakt: INTER.RUK, Inge Zimmermann, Lerchenfelder Gürtel 15/8, A–1160 Wien

HERBERT SOFFEL VERHANDLUNGSUNFÄHIG

FRANKFURT
13. Dezember

Eine Erklärung aus dem Anwaltsbüro Weidenhammer:

„Am 3.11.78 verhandelte das Frankfurter Schöffengericht gegen Herbert Soffel (*siehe ID Nr. 254*) wegen Verdacht der Urkundenunterdrückung (er soll unter anderem Krankenberichte mit Hilfe eines Anstaltsbediensteten beseitigt haben).

Es kam nicht zur Verlesung der Anklage. Gleich nach dem Aufruf zur Sache stellte Soffels Verteidiger, Rechtsanwalt Weidenhammer, den Antrag, zunächst die Verhandlungsfähigkeit von Soffel wegen seines Gesundheitszustandes festzustellen. Ohne Wissen der Verteidiger und des Angeklagten waren die medizinischen Professoren Schumacher und Mondorf beauftragt worden, Soffel vor Beginn der Verhandlung deswegen zu untersuchen. Und das, obwohl Prof. Frey (Mainz) als zuletzt untersuchender und gutachterlich tätiger Facharzt beauftragt gewesen war und schon damals eingeschränkte Vollzugsfähigkeit attestiert hatte.

Die Überraschungsgutachter kamen zu dem Ergebnis, Soffel sei teilweise verhandlungsfähig; nach jeweils einer Stunde Verhandlung eine Viertelstunde bis 20 Minuten Unterbrechung.

Als sich Soffel während der Verhandlung vor Schmerzen krümmte, wurde er auf Anordnung des Vorsitzenden auf eine Krankenbahre gelegt. Die beiden Gutachter gaben daraufhin zu erkennen, daß nach ihrer Meinung die Schmerzen nur vorgetäuscht seien. Soffel bekam dann fortwährend schmerzstillende Tabletten. Trotzdem verschlimmerte sich sein Zustand zusehends.

Die Verteidigung beantragte die Unterbrechung der Verhandlung, respektive Vertagung, wegen offensichtlicher Verhandlungsunfähigkeit des Angeklagten, und lehnte die beiden Gutachter wegen Besorgnis der Befangenheit ab. Sie seien unfähig, die Folgen der Isolationshaft zu erkennen. Diese Anträge wurden ebenso zurückgewiesen wie der Antrag, Prof. Rasch (West-Berlin) als Obergutachter hinzuzuziehen.

Nach weiteren Unterbrechungen und unentwegter Klage über Schmerzen von Soffel drängte sich auch dem Gericht der Verdacht auf, daß mit den beiden Gutachten irgendetwas nicht stimmen konnte.

Die beiden Gutachter hielten für ihre ärztliche Untersuchungshandlungen und ihre gutachterliche Tätigkeit weder ein vertrauensvolles Arzt-Patient-Verhältnis für erforderlich, noch schienen sie auch nur in Umrissen die Unvollständigkeit ihrer Anamnese erahnt zu haben (Prof. Schumacher hatte Soffel frühzeitig Rechtsberatung zuteil werden lassen: „Es wäre besser für Sie, wenn der Prozeß heute durchgeführt wird!")

Bei einer Nachuntersuchung um 15.35 Uhr stellte dann endlich auch Prof. Schumacher Soffels Verhandlungsunfähigkeit fest. Er hatte zwar spät, aber immerhin erforscht, daß Soffel unter Entzugserscheinungen litt, die sein unentwegtes Hecheln und Zittern verursachten, weil ihm vom Anstaltsarzt am Verhandlungstag ausnahmsweise keine schmerzstillenden Drogen verabreicht worden waren.

Rechtsanwalt Weidenhammer sieht in diesen seltsamen Vorgängen gegen seinen Mandanten einen Verstoß gegen den Humanitätsgrundsatz."

Kontakt: Rechtsanwalt Karl Heinz Weidenhammer, Meisengasse 11, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 0611 / 28 77 59

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45
Postfach 90 03 43
6000 Frankfurt 90

Bei Bestellung bitte Stichworte angeben:
„Neuabo", „Verlängerung" oder Adresswechsel".
Außerdem die genaue Anschrift(bzw. die Abonummer)
Für ein Abonnement bitten wir um Vorauszahlung von:
18 Mark für ein Vierteljahr,das sind 12 Hefte
36 Mark für ein halbes Jahr
72 Mark für ein ganzes Jahr
Die Vorauszahlung ist zu leisten auf das
Postscheckkonto 52 52 288- 602
Postscheckamt Frankfurt (BLZ 500 100 60)

Wir hätten's gern, daß ihr für mindestens ein halben Jahr abonniert

– AUSGEWOGEN –

CELLE
10. DEZEMBER

Am 18. 12. wurden Heinz Herlitz und Harry Stürmer aus dem Berlin-Moabiter Knast in einen für „Terroristen" mit Millionenaufwand gebauten Spezialtrakt des Knastes in Celle verschleppt. Beide sind – inzwischen ‚rechts'-kräftig – wegen Waffenbesitz zu vier bzw. fünf Jahren verurteilt worden und sollten aus Berlin raus, weil die Verteilung der linken Gefangenen auf die einzelnen Bundesländer nicht „ausgewogen" ist. Aus diesem Grund sind weitere Verschleppungen abzusehen. In Celle, wo inzwischen auch Karl-Heinz Dellwo gefangengehalten wird, sind noch einige Zellen frei (der spezialtrakt hat 10 Zellen). Was die Gefangenen in diesen Trakts erwartet (in Berlin und Hamburg sind weitere im Bau), beschreibt Heinz in seinem ersten Brief aus Celle, in dem er auch über den Ablauf der Verschleppung berichtet:

Verschleppung nach – Situation in Celle

„Am 8. Dezember morgens kurz nach sieben Uhr sagen Bullen mir, in 40 Minuten geht's ab, Sachen packen, 20 kg Handgepäck kann, mit." (Heinz und Harry waren vor ein paar Wochen darüber unterrichtet worden, daß sie nach Niedersachsen verlegt würden, wann und wohin genau, wurde ihnen nicht gesagt.)
„hab einiges zum Mitnehmen gepackt (wichtigsten Sachen vergessen), rest packen verpacken Kammerbullen, wird demnächst nachgeschickt, ca. 8 Uhr durch Sonne (Durchleuchtung), dann im VW-Bus mit Harry – getrennt in Einzelkäfigen – mit mehreren zivilen Begleitfahrzeugen mit Balulicht und Fanfare zum Flugplatz Tempelhof. Da, wir beide aneinandergekettet in ein kleines weißes Flugzeug mit blauroten Streifen (Franzosen?). Neben uns ein Bulle gequetscht, gegenüber zwei SEK-Bullen, vorn uniformierter Verschleppungsleiter, dann zwei Piloten, die untereinander englisch reden. Nach ca. 3/4 Stunde in Hann0ver, dann je Einzelfessblung im VW-Bus – hinter uns zwei mit MP, einer neben uns – mit mächtigen Aufwand nach Celle – mehrere zivile Begleitfahrzeuge, Hubschrauber, mit MP's abgesperrrte Kreuzungen.

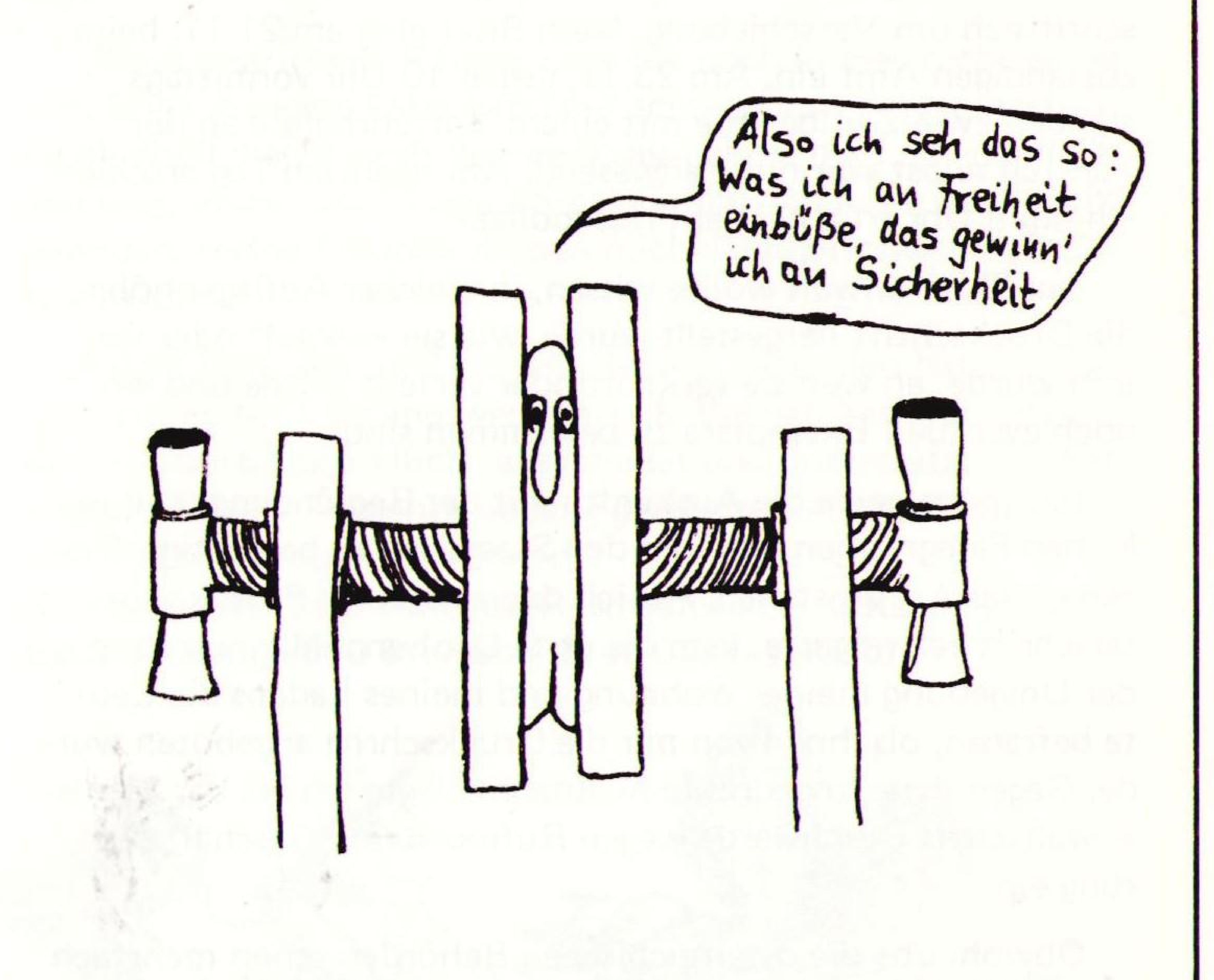
Mittage wird Karl-Heinz Dellwo mit BGS-Hubschrauber eingeflogen. In Celle, untere Station, völlig abgetrennt von anderen Stationen, ähnlich wie in Moabit im Bau, im A-Flügel.

Ca. 10 Zellen, nur Einzelzellen, 2 zueinandere rechtwinklige Flure mit Kameras und Alarmanlagen. Die Zellen haben rostfreie Blechklos und -waschbecken. Stark gesicherte Türen mit Klappen, die Panzerglasscheiben haben. Fenster sind nur von außen zu öffnen durch Sicherheitsschlösser und haben durchsichtiges Panzerglas, je zwei Scheiben. Seitlich am Fenster und gleiche Höhe, schmaler vergitterter Kasten mit Sieb und Schieber drin, außen Winkelbleche vor, dadurch soll frische Luft reinkommen. 1 Steckdose drin, Neonlicht. Knastlautsprecher gibt's nicht, dafür jeder ein knasteigenes Radio mw-lw mit Anschluß für Steckdose. Außer us dreien ist kein Gefangener auf dieser Station, kommt kein Knacki sonst rein, essenausgabe etc. alles nur durch Bullen. Wir sind völlig unter Verschluß, Einzelhofgang. „Unser" Hof ca. 5 x 25 m extra durch Mauer vom sonstigen Knast abgetrennt, Mit Kameras überwacht und je zwei Bullen. In ca. 2.50 m Höhe mit Maschengeflecht überspannt und alles mit Natostacheldraht umhangen. Eigene Wäsche gibt's nicht, hier generell alle nur Knastklamotten. Eigene Geräte: Radio-TV-Recorder etc. gibt's nicht. Zeitungen sind begrenzt: 3 Tageszeitungen, müssen je nach drei Tagen raus, 3 Wochen- oder Monatszeitungen, je nach fünf Tagen rausgeben.

Besuche sollen alle hinter Trennscheibe laufen. Pakete empfangen gibt's nicht, dafür kann vom Eigengeld eingekauft werden. Für die Isostation gibt's extra nen Vorschriftenkatalog, und Entscheidungen trifft nur das Justizministerium in Niedersachsen."

Weiter schreibt Heinz noch, daß es Anträge auf gemeinsamen Hofgang und aufschluß gestellt hat, daß sie natürlich die Einzeliso nicht mitmachen werden (auch aufschluß zu dritt ist immer noch Iso). Besuche sind einmal im Monat erlaubt (1 Std.), ob das überhaupt geht, ist wegen der Trennscheibe noch unklar. Wichtig sind für die Gefangenen alle möglichen Informationen, was wo wie und warum draußen alles so geschieht.

Schreibt den Gefangenen: Heinz Herlitz, Harry Stürmer, Karl-Heinz Dellwo, trift 14, 3100 Celle, Postfach 910
Knastgrupppen und/oder betroffene Einzelpersonen aus dem Raum Hannover / Braunschweig / Celle bitte Kontakt aufnehmen mit: Hartmut Behrens, Liebenwalderstr. 42, 1 Berlin 65, Tel.: 030 / 461 65 13



GÜNTER SONNENBERG – REVISION VERWORFEN

BERLIN
6. Dezember

Wie uns Rechtsanwalt **Philipp Heinisch, Magdeburger Platz 2, 1000 Berlin 30, Tel. 030/ 262 2023/ 24** mitteilt, hat der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs die Revision als unbegründet verworfen. Von seiten der Verteidigung soll Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingereicht werden.

HANNE KRABBE IM HUNGER– UND DURSTSTREIK

WIESBADEN
13. Dezember

Dieser Bericht stammt von Leuten, die sich in Wiesbaden um Hanne Krabbe kümmern. Hanne Krabbe beschreibt darin ihre Haftsituation:

„seit dem 5.11.78 bin ich im durst- und hungerstreik und ich werde nur dann wieder anfangen zu trinken und zu essen, wenn die dreckigen psychologischen torturen, mit denen man uns in ossendorf seit dem 18.10.77 noch zusätzlich auf die nerven geht, aufgehört haben und ich in der zelle wieder die luft und den raum finde, den ein mensch zum überleben braucht.
(Das bedeutet das ende der 24-stündigen spionkontrollen und der täglichen strips.)
und wenn jenseits der theologie der zusagen tatsächlich bedingungen hergestellt sind, die ein kontinuierliches zusammenkommen mit anderen gefangenen ermöglicht (eingliederung in den normalvollzug oder die gefangenen aus der raf werden in ossendorf zusammengelegt.)"

Wir zitieren im folgenden aus einem Bericht von Hanne zu ihren Haftbedingungen seit den Morden in Stammheim und Stadelheim:

„im märz 78 wurde die kleingruppe der vier gefangenen aus dem kommando holger meins, die einen minimalen kommunikationszusammenhang (60 minuten gemeinsamen hofgang am tag) darstellte, zerschlagen und die gefangenen auf verschiedene knäste zerstreut. lutz taufer nach schwalmstadt, bernd rössner nach straubing, karl-heinz dellwo und ich blieben in ossendorf, jedoch in völlig getrennten trakts.
auf reaktion auf einen hungerstreik im april 77 ordnete die bundesanwaltschaft vereint mit dem landeskriminalamt besuchs-, sprech- und schreibverbote an. seitdem werden briefe konfisziert und besuche abgebrochen, wenn die rede ist von: „terroristischen aktivitäten", „sympathisantenscene", „sicherungsvorkehrungen im vollzug" (was in der praxis einem sprechverbot über haftbedingungen gleichkommt, dessen rechtmäßigkeit zuvor von einem gericht immerhin angezweifelt wurde), „verfahrensbeteiligte" (also nichts über andere gefangene), „laufende verfahren", „hunger- und durststreik".
seitdem ist es normal, daß besuche unterbrochen oder abgebrochen werden: weil zu viel über „haftbedingungen" geredet wird oder weil an die nichteingehaltene Zusage der integration in den Normalvollzug erinnert wird. Die Erwähnung dieser Themen wird immer zur „grob verfälschten Darstellung" deklariert. Oder mit einem ausländischen Anwalt ist kein Gespräch über meine Klage beim Straßburger gerichtshof möglich - obwohl sich der Anwalt vor seinem Besuch als solcher legitimiert und ausdrücklich wegen dieser Klage um ein gespräch gebeten hatte.

einer besucherin wird schon an der pforte eröffnet, daß der besuch zuende ist, wenn was anderes als private dinge zur sprache käme: dann verschwinden briefe ganz und besuchsscheine für ein paar wochen – damit ich nichts vom streik von karl-heinz erfahre und von den folterungen, womit sie meinen, ihn brechen zu können.
leute, die ich nicht kenne und mir schreiben, also die ich natürlich gern mal sehen möchte, haben schon, bevor ich einen ersten besuchsantrag stellen kann, schreib- und besuchsverbot, ihre briefe, die nicht zu mir durchkamen, waren „beleidigend, vollzugsgefährdend" usw. – andere, die ich lang kenne, werden nicht mehr reingelassen, kurz: jede bestehende und jede neue connection mit freunden nach draußen wird, wenn nicht total gekappt, zerhackt und zerstümmelt.
der widersinn ist: immer wieder schreiben neue leute, kommen briefe – die ersten – durch, aber nirgends hast du die möglichkeit, daraus eine diskussion zu knüpfen: das legt den sinn offen. es ist eine sublime form der kontaktsperre, eine für die regierung zurückverlegte, die sie immerhin der schwierigkeit enthebt, sie öffentlich und international verteidigen zu müssen."

Seit dem 18.10.77 wird bei Hanne zusätzlich zu der totalen Isolation eine Dauerüberwachung durchgeführt. Zunächst wurde vor der Zelle zur permanenten Beobachtung eine Sitzwache postiert, die dann nach der Ankündigung eines Durststreikes im April 78 abgeschafft wurde. Geblieben sind die ständig laufenden Spionkontrollen, die tagsüber in Abständen von bis zu einer Minute laufen und nachts alle ein bis eineinhalb Stunden mit ziemlichem Krach stattfinden (d.h. daß dabei natürlich niemand schlafen kann).

„dieses vakuum, in dem wir festgehalten werden, in dem es weder irgendeine soziale kommunikation, noch eine intimsphäre gibt, gleicht der experimentiersituation des toten trakts, in dem goette *(Anstaltspsychiater in Köln-Ossendorf 1972, ID)* – liiert mit dem eppendorfer forschungsprojekt 'camera silens' („aggressionsforschung") – einmal neun und dann drei monate lang ulrike (meinhof) „beobachten" ließ und folterte. was jetzt läuft, ist nicht der „stille", unsichtbare streß, sondern der laute, direkte, offene.

zu diesen maßnahmen (dauerbeobachtung) wurde mir erklärt:

1. daß sie weder ärztlich notwendig noch vom anstaltsarzt angeordnet wurden (nach aussagen des anstaltsarztes Seifen),
2. daß sie solange durchgeführt werden, wie ich sage, daß die gefangenen in stammheim und stadelheim sich nicht selbst umgebracht haben, sondern ermordert worden sind."

Hannes Versuch, in den Normalvollzug integriert zu werden, wurde und wird mit allen Mitteln verhindert. Die Zusage, am allgemeinen Aufschluß und Hofgang sowie an der gemeinsamen Arbeit mit anderen Gefangenen teilzunehmen, die sie im April während eines Hungerstreiks erhalten hatte, wurde bis heute nicht erfüllt. Lediglich den Hofgang mit anderen Frauen konnte sie zeitweise machen.

„dazu mußte ich mich – alle anderen gefangenen waren eingeschlossen oder schon draußen – in einer leeren zelle vorher abtasten lassen und nach dem hofgang vor zwei beamtinnen völlig nackt ausziehen und neue klamotten anziehen. ich ging auch dann noch raus, als diese kontrollen weiter verschärft wurden und ich mich zusätzlich zweimal in der woche auch vor dem hofgang nackt ausziehen mußte. das lief alles zwei monate, in denen mir immer wieder gesagt wurde, daß diese prozeduren ein ende haben werden, berichte ans justizvollzugsamt gingen, bald aufschluß genehmigt würde usw., usw."

Als Hanne Anfang Juni die täglichen Entkleidungsprozeduren verweigerte, wurde sie zwangsweise ausgezogen und tägliche Zellenrazzien durchgeführt. Seitdem kann sie nicht mehr zum Hofgang raus und ihre Zelle nur zweimal die Woche zum Duschen verlassen, d.h. sie war seit Juni nicht mehr an der frischen Luft.

Jetzt wird mit allen Mitteln versucht, Hanne Krabbes Durst- und Hungerstreik gegen diese Bedingungen zu brechen. Schon am fünften Tag des Streiks wurde mit der Zwangsernährung begonnen, die alle zwei Tage läuft und bei der nur ein Liter Flüssigkeit zugeführt wird.

„dagegen haben am fünften tag des streiks die folterungen angefangen: zuerst zwangsweise flüssigkeitszufuhr durch die armvene. weil die venen zu schwach waren, werde ich seitdem jeden zweiten tag mit sonde zwangsernährt. auch das haben sie perfektioniert. hatte man im letzten jahr noch den anblick von bis zu einem dutzend schwitzender und schnaufender fetter grün- und weißkittel, die an armen, händen, knien, beinen und füßen rumdrehten und zerrten, wobei eine vollzugsbeamtin – dazu braucht man dann eine frau – auf meinem schoß saß und dabei gleich auf den magen drückte, so hat die funktion jetzt ein stuhl übernommen, der an mittelalterliche foltersitze erinnert: mit lederriemen über brust und bauch an vorgeschobenen rückenlehne festgezurrt, arme nach hinten über der rückenlehne unter dem ledergurt eingespannt, die hände dazu in handschellen, sitzt du mit vorgeschobenem bauch – hohlkreuz – die füße mit mullbinden aneinander gebunden und unter einem fußstutzen bzw. -kreuz festgemacht. du kannst gerade noch die knie bewegen, die sie dann gleich mit zwei mann auseinander drehen. ansonsten brauchen sie dazu nur noch den kopf an den haaren zurückziehen und an hals, kiefer, kopf gezielt drücken und zerren. den rest macht der arzt mit seinem schlauch – gegen dein pressen werden sämtliche schleimhäute kaputt und blutig geschlagen, bis irgendwann das ding nicht mehr reingehen wird.
als zusätzliche quälerei haben sie sich noch ausgedacht, mich nach jeder zwangsernährung eine stunde lang auf einer pritsche an händen und füßen gefesselt in einer leeren zelle festgezurrt liegenzulassen, unter „bewachung" von zwei vollzugsbeamten, die sich da angucken können, was ich nach der tortur an schleim, blut und zwangsernährung auszuspucken und auszukotzen versuche, um wenigstens ein bißchen luft zu kriegen."

...die ist mir jetzt allerdings ausgegangen – die Comp.

Kontakt: Ulrike Heep, Adlerstr. 36, 6200 Wiesbaden

MIT EINEM VON DER GSG 9 GETRAMPT

Den folgenden Beitrag bringen wir ausnahmsweise und ganz gegen unsere Gewohnheit ohne Namen und Kontaktadresse. Der Absender ist der Redaktion dennoch bekannt:

Vor einiger Zeit bin ich von Norden nach Süden getrampt. Auf einer Raststätte hat mich ein Autofahrer herangewunken. Ich war heilfroh, wegzukommen und stieg ein. Dann sah ich, daß der Typ (ca. 20 Jahre) eine Uniform anhatte. Bundeswehr dachte ich, nee; Polizei auch net, da sagte er auch schon, er sei von der GSG 9. Schluck! Politische Diskussion mit dem will ich jetzt eigentlich nicht mehr, dachte ich (ich war saumüde). Aber es entwickelte sich trotzdem ein Gespräch, darüber hatte ich ein Gedächtnisprotokoll gemacht: ich hatte die ganze Zeit den Eindruck, daß er sich bei mir so richtig ausgekotzt hat.

Er kam grad vom Dienst (Alarmbereitschaft zur Terroristenfahndung). Mehrere hundert Kilometer fährt er immer nach Hause. Allein schon die Hin- und Herfahrerei hat ihm gestunken; denn er hat kaum noch ein Privatleben (er ist verlobt). Aber er hat auch sonst einen recht demoralisierenden Eindruck gemacht - obwohl auch Stolz als ‚starke Jungs' hervorklang. Sie (die GSG) müßten eben für alles herhalten, bzw. den Kopf hinhalten bei der Terroristenfahndung und dem Objektschutz. Sie würden zwar als Top-Gruppe der Nation gelten, Scheel u.a. würden ihm auf die Schulter klopfen, das Bundesverdienstkreuz hätten sie bekommen. Aber da hätte er nicht viel von, außer dem relativ hohen Lohn. Er hat sich recht abfällig übers Parlament geäußert (Die machen ja eh, was sie wollen); über Innenminister Baum und seinen GSG-Chef Wegener. Die ganze Fahndung brächte kaum Erfolg. Und auf eine Handvoll Terroristen und 200 Sympathisanten mit einer solchen Fahndungshysterie zu reagieren, sei falsch. Außerdem sei es gefährlich, wenn total gereizte Bullen mit MP's herumständen.

Zu Mogadischu erzählte er einiges: Auf meine Frage,ob denn der Austausch vorbereitet gewesen sei (Ich wollte damit zur Theorie, die Gefangenen seien schon in Mogadischu gewesen, etwas herausbekommen!) sagte er, der Austausch sei von vorneherein nicht geplant gewesen.

Zu den Terroristen meinte er „die sind genauso Killer". In Südamerika und Südafrika, wenn solche Aktionen von mehreren kämen, sei das was anderes. Demonstrationen würde er auch nicht so ablehnend gegenüberstehen.

Vom Einsatzbefehl, in Mogadischu das Flugzeug freizuschießen, seien alle seine Kollegen, wie er auch geschockt gewesen. Sie hätten deshalb auch während des Flugs gesoffen. Auch deswegen seien dort Leute umgekommen. Jeder habe ein MP und eine Granate dabeigehabt. Auch er hätte „gekillt". Das würde ihm seither und wohl auch noch sein ganzes Leben zu schaffen machen. Zu sich sagte er: Er hatte bei der Musterung die Wahl, nachdem er das Gymnasium nach der 12.Klasse verlassen habe, die Wahl, zum Bund oder zum Bundesgrenzschutz zu gehen. Mangels anderer Berufsperspektive hatte er sich auf 5 Jahre zum BGS verpflichtet (2 davon hatte er hinter sich). Er wolle schon aussteigen, würde aber dann das Geld und die beruflichen Förderungsmöglichkeiten verlieren. Und was solle er schon beruflich machen ohne Ausbildung. Ich hab' ihm gesagt, er solle trotzdem aussteigen.

Ich glaubte vorher, die GSG 9 Leute seien überzeugte, mutige Männer. Daß die schon so demoralisiert sind...

P.S.Trampt Leute, trampt Leute! Ihr macht heiße Erfahrungen!!

WIEDER WIRD EINER DROGENTHERAPIE DER HAHN ABGEDREHT

REICHENAU 27. November

Aus der Drogentherapiestation des Psychiatrischen Landeskrankenhauses Reichenau schrieben uns fünf momentane Patienten im Oktober den unten abgedruckten Brief. Er steht unter anderem erst jetzt im ID, weil wir versucht haben, noch ein paar mehr Informationen über die Schwierigkeiten von (fortschrittlichen) Drogentherapieeinrichtungen in der BRD zusammenzutragen. Bis jetzt ohne Erfolg. Synanon (wird das so geschrieben?) in Berlin hat kein Interesse, dem ID was zu erzählen. (Warum eigentlich nicht?) Mal sehen, vielleicht gelingt es ja noch!

Im September 1974 entstand im Psychiatrischen Landeskrankenhaus (PLK) Reichenau eine Therapiestation für Rauschmittelabhängige (Schwerpunkt: Heroinabhängigkeit). Bis zu diesem Zeitpunkt waren drogenabhängige Patienten, die teils freiwillig ins PLK kamen, teils von der Justiz zwangseingewiesen wurden, auf den verschiedenen Stationen gemeinsam mit psychisch Kranken untergebracht. Hier konnten sie in keiner Weise wirksam therapiert werden.

Von der Direktion unterstützt, erarbeitete ein Team von Ärzten, Psychologen und Mitarbeitern ein Konzept zur Behandlung von Drogenabhängigen auf einer speziell dafür eingerichteten Station. Unsere Drogenstation wurde als Modell vom Bundesgesundheitsministerium anerkannt und als solche von 1974 bis 1976 gefördert.
Die wissenschaftliche Begleitung des Projekts lag beim Max-Planck-Institut für Psychiatrie, Projektgruppe Rauschmittel, München. Nachdem die Modell-Förderung durch den Bund ausgelaufen war und vom Land weitergeführt werden sollte, ergab sich schon im letzten Jahr das Problem der Weiterführung der Station.
Durch außerplanmäßige Sondermittel - auf ein Jahr begrenzt - konnte die Station im Jahr 1977 noch existieren.

Nun stehen wir wieder vor der gleichen Situation. Wiederum sind wir bei den zuständigen Stellen mit zermürbenden Bittgängen vorstellig geworden - jedoch vergebens!
Im Rahmen der Krankenhaus-Kostendämpfungsmaßnahmen ist es nun dem Landesministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung angeblich nicht mehr möglich, unserer Einrichtung weitere Mittel zu bewilligen.

Das Projekt Team-Station ist schwerpunktmäßig verhaltenstherapeutisch orientiert und auf einer Behandlungsdauer von 12 Monaten aufgebaut. Gemeinsam mit drei Therapeuten und vier Mitarbeitern versuchen wir hier unser Suchtproblem zu lösen, um nachher wieder ein vollwertiges Mitglied unserer Gesellschaft zu werden.
Unser Therapieprogramm beinhaltet neben den alltäglichen Arbeiten wie Putzen, Waschen, Küchendienst etc., Gruppentherapie, Verweigerungstraining, Selbstbehauptungstraining, Gruppengespräche mit Feedback, Beschäftigungs- und Arbeitstherapie, Entspannungstraining, sowie Sport und Seminare zum aktuellen Zeitgeschehen.

Zur Zeit sind wir fünf Klienten. 6 Betten stehen leer! Trotz zahlreicher Bewerber können wir die noch vorhandenen sechs Therapieplätze nicht belegen, angesichts der drohenden Schließung unserer Station.
Diese Maßnahme erscheint uns umso unverständlicher, da das Drogenproblem immer akuter und die Zahl der Therapieeinrichtungen, die auch Klienten mit gerichtlichen Auflagen aufnehmen, immer geringer wird. Da unsere Station dem PLK Reichenau angegliedert ist, war sie bisher die einzige Einrichtung in Baden-Württemberg, die auch Klienten mit gerichtlichen Auflagen aufnehmen konnte.

Uns erscheint die bevorstehende Schließung der Drogenstation nicht nur für uns als unerträglich, sondern auch für die zahlreichen therapiewilligen Drogenabhängigen, die zurückgewiesen werden müssen oder in Vollzugsanstalten gesteckt werden.
Gerade die Drogenabhängigen, die Haftstrafen verbüßen müssen, also keine spezifisch therapeutische Betreuung erhalten, haben somit auch keine Möglichkeit mehr, aus dem Kreislauf Droge - Knast - Droge auszubrechen.
Da fast alle von uns lange in diesem Kreislauf steckten, wissen wir, daß es ohne therapeutische Hilfe unmöglich ist, mit Drogen aufzuhören.

Gleichzeitig zur Schließung unserer Station plant das Ministerium in der Vollzugsanstalt Emmendingen eine Station für straffällig gewordene Drogenabhängige (sog. Drogenknast) einzurichten.
Eine paradoxe Situation. Auf der einen Seite soll aus Personalmangel eine bewährte Einrichtung geschlossen werden. Auf der anderen Seite plant man eine Neueinrichtung, die sich erst bewähren muß. Ob sich dieser "Drogenknast" je bewähren wird, erscheint uns unserer Erfahrung nach, zudem mehr als fragwürdig.
Für uns bleibt als letzte Hoffnung nur noch der Schritt an eine breite Öffentlichkeit.

Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie in Ihrer Zeitung über die bevorstehende Schließung unserer Therapiestation berichten könnten. Für eventuelle Nachfragen Ihrerseits stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung und bedanken uns schon jetzt für Ihre Bemühungen.

Mit freundlichen Grüßen 5 Patienten

ERFAHRUNGEN EINES ZIVILDIENSTLEISTENDEN BEIM DEUTSCHEN ROTEN KREUZ

SOEST,
13. Dezember 78

Diesen Basisbericht bekamen wir aus Soest. Ein Zivildienstleistender bericht von seinen Erfahrungen mit dem dortigen Deutschen Roten Kreuz:

„Liebe Leute,

wir wissen, so hoffe ich, ja fast alle, daß es keine Demokratie gibt, und beim Militär ja sowieso nicht. Und der Zivildienst ist ja so was ähnliches wie das Militär.

Trotzdem möchte ich euch eine kurze Geschichte erzählen, weil wir alle geglaubt haben (die Zivildienstleistenden), daß ein gewählter Vertrauensmann von uns und für die ZDLer nicht versetzt werden könnte (jedenfalls nicht so leicht).

Ja, und genau das ist passiert. Der Vertrauensmann war eine Woche gewählt und dann eine Woche krank. Als er sich weiter krank melden wollte (telefonisch), wurde ihm gesagt, er sei nach Solingen versetzt. Mehr wurde ihm nicht gesagt. Allerdings wurde ihm dies von Herrn Kaldewei mitgeteilt, und dieser ist der Kreisgeschäftsführer des Deutschen Roten Kreuzes Soest. Beim DRK Soest arbeiten 20 Zivildienstleistende, neun Hauptamtliche und natürlich Freiwillige. Obwohl die meisten wissen, so glaube ich, daß der Zivildienst reine Schinderei und Knete ist, und ich keine Lust mehr habe, darüber zu klagen, versuch ich, euch kurz ein Bild von unserer Arbeit zu vermitteln.

Wir arbeiten fünf, manchmal sieben Tage, von sieben bis 17 Uhr, manchmal bis 24 Uhr. Um sieben Uhr sind die ersten Fahrten. Wir fahren behinderte Kinder zur Schule. Danach bringen wir „Essen auf Rädern" rum (das Essen ist aus Pappe). Danach holen wir die Behinderten wieder ab. Ihr seht also, daß wir eigentlich ein Fuhrunternehmen sind. Bei uns im Fuhrunternehmen gibt es eine Stempeluhr (gibts die etwa in der Industrie?). Außerdem gibts einen Fahrauftrag, einen Fahrtenschreiber, nach der Fahrt noch eine Eintragung, Fahrtenbuch und Tätigkeitsnachweise. Wir aber glauben, daß das zu viel ist. Die Tätigkeitsnachweise bestehen zum Beispiel seit einem halben Jahr. Angeblich sind sie für eine Kostenstellenberechnung.

Wenn in einem Tätigkeitsnachweis nur eine Viertelstunde der Arbeitszeit nicht aufgeführt ist (oder das Aufgeführte keiner Arbeit im Sinne der Arbeitsbestimmungen entspricht), dann wird dir das von deiner Arbeitszeit abgezogen. Du merkst also, wie die Kostenstellen bei manchen Menschen berechnet werden.

Irgendwann stand mal das Fenster offen und die Dinger flogen aus den Akten durch das Fenster irgendwohin, wo sie keiner finden kann. Das passierte dann so oft, bis keiner mehr die Dinger ausfüllte. Das war sehr ärgerlich.

Abgesehen von den täglichen Drohungen, Schikanen und Provokationen überlegte sich Herr Kaldewei, daß es für uns besser sei - aus hygienischen Gründen - während der Arbeit weiße Schutzkleidung zu tragen. Er kaufte diese für über 1.500 Mark. Das Rote Kreuz hat es ja. Diese Schutzkleidung ist nicht gegen Radioaktivität, sondern soll die christliche Umwelt darauf aufmerksam machen, daß es sich auch wirklich um Behinderte handelt. Die Schutzkleidung hat natürlich noch keiner angezogen, das wäre ja wohl das letzte.

Dann steht da bei uns nebenan so eine kleine Bauruine, die steht da schon seit drei Jahren. Es sollte mal eine Kaserne werden, aber dieser Traum war wohl doch zu schön und die Winter sind sehr kalt...

Du siehst, das Rote Kreuz hat sehr viel Geld übrig.

Es verdient an einem gefahrenen Kilometer 60 Pfennig, ein Essen kostet fünf Mark, ein Altkleidersack bringt zwei Mark. Und dann noch Kostennachweise, die die Kreis- den Landesverbänden vorlegen, damit die wiederum freie Bahn für Geld schaffen.

Kleinkarierte Geschäftsführer wie der Herr Kaldewei in Soest fangen dann an, die vollgescheffelten Geldsäcke sinnlos zu verprassen. Daß er nicht nur das Talent hat, Geld sinnlos zu verprassen, sondern es auch scheffelt, zeigt uns folgende kleine Begebenheit:

Er benutzt einen von der „Aktion Sorgenkind" an das Deutsche Rote Kreuz gestifteten Schulbus für Zwecke, die von der „Aktion Sorgenkind" untersagt sind. Damit verdient er reichlich. Wir haben jetzt das Fahrtenbuch an „Aktion Sorgenkind" geschickt und erwarten eine Reaktion.

Zur aktuellen Lage:

Die Zivildienstleistenden wählen einen Vertrauensmann. Das Wahlergebnis wird dem Kaldewei schriftlich ausgehändigt. Es ist verschwunden. Ein Zivildienstleistender sieht, wie der Kaldewei ein offizielles Rundschreiben des Bundesamtes gegen Zivildienstleistende wegwirft. Zwei ZDLer, darunter der Vertrauensmann, schicken drei Dienstaufsichtsbeschwerden zum Bundesamt, obwohl sie wissen, daß alles eine Farce ist. Bei der Farce angekommen sind wir dann auch gleich wieder bei dem Anfang unserer Geschichte. Bei der Versetzung des Vertrauensmannes. Die Moral davon ist, daß Organisationen wie das Deutsche Rote Kreuz unter dem Deckmantel eines sozialen Dienstes an dem Menschen besonders alte gutgläubige Leute total ausbeutet. Leute, die sich wie der Vertrauensmann zur Wehr setzen, werden kurzerhand von der Platte gefegt.

Einige Zivildienstleistende"

Die Namen der Zivildienstleistenden sind der Redaktion der Stadtzeitung für Lippstadt bekannt: **„DuDa", Nicolaiweg 38, 4780 Lippstadt**

AKTION JUGENDHAUS FEIERT IHR WEIHNACHTSFEST

WERTHEIM
Weihnachtsmonat 78

Am 26. Dezember (zweiter Weihnachtsfeiertag) – einen Tag vor der Eröffnung des Jugendhauses in Wertheim – macht die Aktion Jugendhaus, die seit 1969 für ein selbstverwaltetes Jugendhaus gekämpft und seitdem drei Häuser 1971, 1973 und 1975 besetzt hat und auch weiterhin bestehen wird, eine große Blues-, Rock- und Folkjete in der TÖRNHALLE LUISENSTRASSE gegenüber vom Bahnhof. Spielen werden auf jeden Fall die „Jürgen Boss Blues Band" aus Stuttgart (geht in Richtung J. Geils Band) und „Thorin Eichenschild" aus Mannheim (Folk-Rock mit deutschen Texten). Anfangen wird's um 18 Uhr und bis 1 Uhr dauern. Eintritt 4 Mark.
Leute, die noch spielen wollen, sollen ihre Instrumente einpacken. Leute, die übernachten wollen, sollen Schlafsäcke mitbringen. Alle Freaks, Freunde und Genossen und natürlich Genossinnen aus nah und fern sind eingeladen. Bis dann.

P.S.: Die Theatergruppe des Jugendhauses werden ihre „Peter Krankenbett Show" uraufführen.

Kontaktadresse: Aktion Jugendhaus, Postfach 14, 698 Wertheim.

DIE REGIONALZEITUNG TRAUM(A)LAND MACHT EINE FOLKFETE

Am Freitag, den 22. Dezember, veranstaltet die Redaktion von „Traum(a)land", der Regionalzeitung von Franken-Hohenlohe zusammen mit dem „Amor(k)bacher Stadtanzeiger" eine Folkfete in der TSV Halle in Amokbach bei Miltenberg. Es spielen die Wertheimer Folgruppe „Freya" und als Hauptgruppe die bretonisch-irische Gruppe „Myrdhin" mit keltischer Folklore. Außerdem noch diverse Straßenmusikanten. Beginn ist 20 Uhr und Eintritt kostet es 4 Mark.

Übrigens: die Nr. 4 (November 78) von Traum(a)land beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit „Regionalismus in Franken". Die Nr. 5, die Anfang Januar erscheinen soll – öffentliche Redaktionssitzung am 23. Dezember um 15 Uhr in der Gaststätte „Schmelzpfanne" in Amorbach – behandelt das Thema „Provinzverplanung".

Kontaktadresse: R. Moritz, Mühlenstraße 63, 698 Wertheim

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Tel.: 0611/704 352
Verantwortlicher Redakteur: Karl F. Kassel

BUCHLADEN IN REUTLINGEN

REUTLINGEN
November '78

Eine Gruppe ehemaliger Studenten der Pädagogischen Hochschule, die schon vorzeitig die Schulflucht angetreten hat, versucht sich gegenwärtig im Aufbau eines linken Buchladens in Reutlingen. Die Gruppe steckt noch in den Anfängen und sucht Informationen und Anregungen. Die Reutlinger schreiben zu dem, was sie wollen, in einem Info:

„Nicht nur wortlos Bücher verkaufen, sondern möglichst von Anfang an Momente eines Kommunikationszentrums aufnehmen (Leseecke mit Zeitschriften, Info-Wand, Terminkalender für Reutlingen, Ausstellungen, Veranstaltungen)".
Die finanzielle Situation der Reutlinger sieht noch nicht sehr rosig aus. Sie hoffen aber, Unterstützter für ihr Projekt zu finden.

Kontakt: **Fritz Denke, Peter Reisteck, Raabestraße 43, 7410 Reutlingen; Telefon 29 04 42**

STREIKENDE IRANISCHE KWU–PRAKTIKANTEN VON DER AUSWEISUNG IN DEN IRAN BEDROHT

ERLANGEN
11. Dezember

Folgendes Schreiben erhielt einer der 400 bei der KWU angestellten iranischen Praktikanten, die seit mehreren Wochen aus Solidarität mit dem Widerstand gegen das Schah-Regime streiken (siehe ID 259), vom Ausländeramt Bruchsal.
Der ID-Leser, der uns die Fotokopie des amtlichen Erpressungsbriefes geschickt hat, schreibt, daß die Versuche, die Gewerkschaft in dieser Sache um Unterstützung zu bitten, deshalb schwierig verlaufen könnten, weil die Kollegen des DGB und der Einzelgewerkschaften keine politischen Forderungen wie „Auflösung der Geheimpolizei SAVAK" dulden.
Auf jeden Fall sei eine Veranstaltung in Erlangen geplant, um eine größere Öffentlichkeit zur Solidarität mit den Iranern aufzurufen.

„Gewerbliche Ausbildung bei der Firma Siemens AG in Bruchsal

Sehr geehrter Herr ...

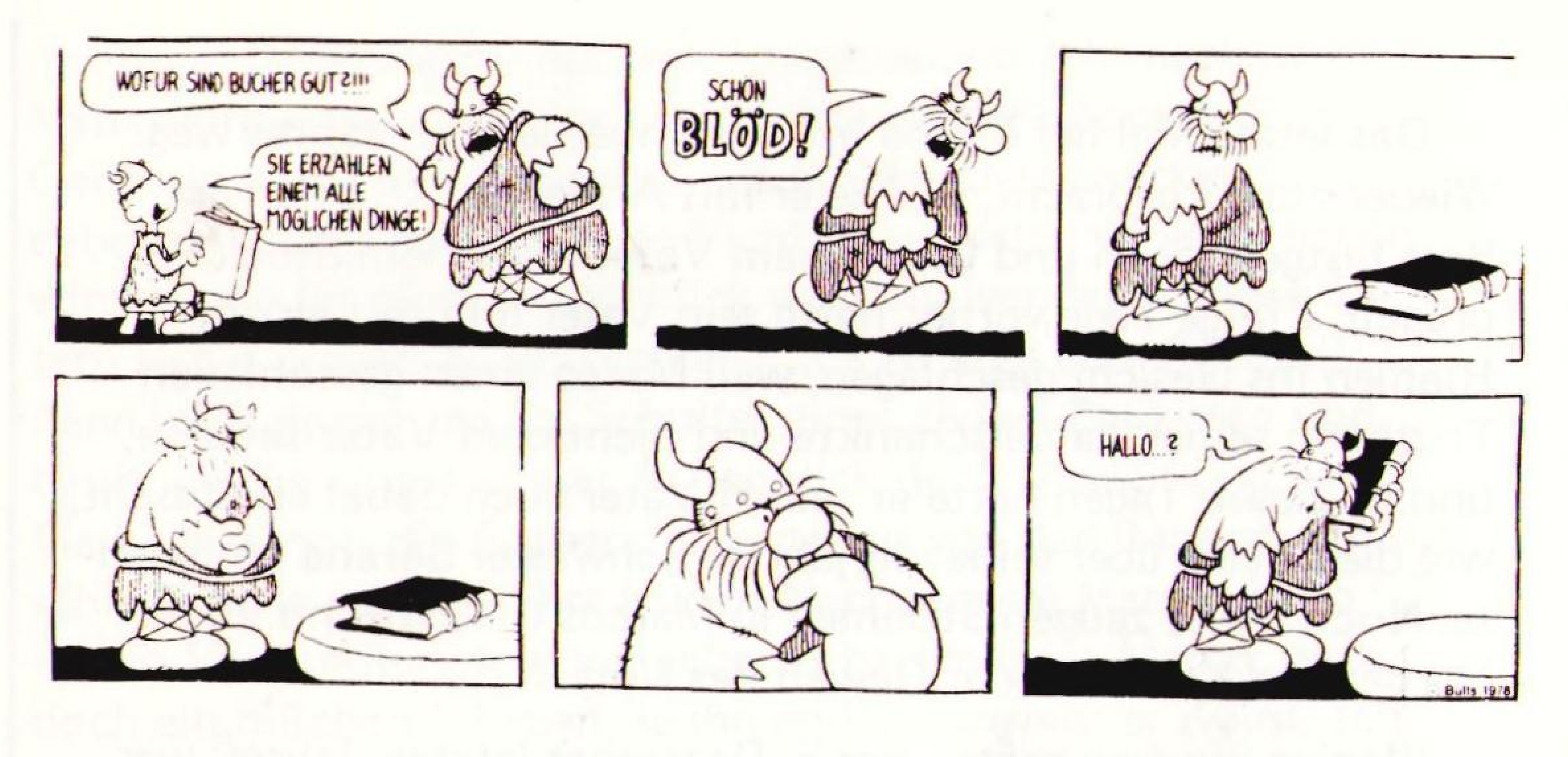
Ihre Ausbildungsfirma, die Firma Siemens in Bruchsal, hat uns davon unterrichtet, daß Sie und Ihre Kollegen bereits seit 07.11.1978 unberechtigt der Ausbildung fernbleiben würden. Als Grund hätten Sie angegeben, daß Sie sich mit den derzeitigen Unruhen in Ihrem Heimatland solidarisch erklären. Ein derartiges demonstratives Verhalten können wir nicht dulden. Sie sind in erster Linie im Bundesgebiet, um eine Ausbildung zu erhalten, die Sie zu einer beruflichen Tätigkeit im Iran befähigt. Der Ausbildungszweck und damit Ihr Aufenthalt im Bundesgebiet wird nun durch Ihr Verhalten gefährdet.

Wir fordern Sie deshalb auf, unverzüglich, spätestens am Montag, dem 11.12.1978, Ihre Ausbildung wieder aufzunehmen. Sollten Sie auch weiterhin Ihrer Ausbildung fernbleiben oder den für Ihre Ausbildung erforderlichen Arbeitswillen nicht zeigen, müßten wir annehmen, daß Sie kein Interesse an Ihrer Ausbildung haben. Sie müßten dann damit rechnen, daß Ihr weiterer Aufenthalt im Bundesgebiet beendet würde und Sie sofort in Ihr Heimatland zurückkehren müßten.

Wir weisen Sie ausdrücklich darauf hin, daß wir das Austragen politischer Streitigkeiten – gleich in welcher Form und Art – über die Verhältnisse im Iran im Bundesgebiet nicht dulden werden. Dabei spielt es keine Rolle, ob mit solchen Aktionen für oder gegen die derzeitige Staats- und Regierungsform im Iran demonstriert werden soll.

Wir nehmen an, daß wir nun in Ihrem Falle nicht zu ausländerrechtlichen Maßnahmen greifen müssen.

....."



ID BÜCHERWURMOLOGIE ID BÜCHERWURMOLO

DAS BUCH DER SAISON:

IBDK-Verlag, Postfach 225, 1000 Berlin 27 (Internationaler Bund der Konfessionslosen)

*Das theologische Untier. Der sogenannte Teufel und seine Geschichte im Christentum; Peter Maslowski. 14.70. Hier liegt eine geharnischte Abrechnung mit dem dämlichen Teufel vor. Geschrieben von einem Altkommunisten, der noch Rosa Luxemburg miterlebt hat und heute aus der Position des aufgeklärten Radikal-Humanisten gegen die brutale Dummheit der versammelten Christenheit ins Felde zieht. Das Leben, so lernen wir, hätte seit 2000 Jahren lustig, bunt voller pluraler Mythen sein können, wenn die verdammten Christen nicht alles, was sich nur leise aus dem bescheuerten Dualismus des absolut Guten und absolut Bösen raushalten wollte, mit Stumpf und Stil ausgerottet hätten. Ohne die Teufels und Höllenfurcht hätten wir schon längst das Himmelsreich auf Erden - jedenfalls beinahe. Ein frisches Buch - das erste jenes neuen Atheistenverlages.

Verlag Roter Stern, Postfach 180147, 6 Frankfurt

*Über den Umgang mit der Natur. Landschaft zwischen Ilusion und Ideal; Brigitte Wormbs. 19.80. Natur nach dem Bilde des Menschen, oder dagegen. Über Traumlandschaften, ihre Ideologien und Utopien vom Standpunkt einer kritischen Ökologie.

Verlag Klaus Wagenbach, Bambergerstr. 6, 1000 Berlin 30

*Tintenfisch 15. 9.80. Die beliebte und aktuelle Literaturanthologie

*Über den Mangel an politischer Kultur in Deutschland. Polizik 83; 8.50. Vier Beiträge und ein Gespräch . Mit dabei u.a. Thomas Schmid, Heinar Kipphardt, U. Sonnemann, Gisela Erler, Heide Gerstenberger..

*Der Aufstand der Ciompi. Über den 'Tumult',den die Wollarbeiter im Florenz der Frührenaissance anzettelten. Ernst Piper. 8.00. Demokratie und Aufstand im Jahre 1378 !

*Der Deserteur. Chansons, Satiren und Erzählungen von Boris Vian. Mit einer Biographie von Klaus Völker. 8.50 Ein literarisch-musikalischer Künstler im existentialistischen Paris. Einer der wenigen, nach denen die 'qurtier latin' Mythen vom rebellisch-poetischen Boheme Philosophen eine Spur Berechtigung hatten.

*Ein Land im Winter. Gedichte und Prosa von Heinrich Heine. 9.00

*99 romantische Gedichte. Liebesleid und Natursehnsucht: Die Antiträume des Bürgers. Mit Essay und Kurzbiographien von Lienhard Wawrzyn. 9.50. Welche Träume haben die Romantiker im Gepäck ?

*Circus. Geschichte und Ästhetik einer niederen Kunst. Günter Bose und Erich Brinkmann. 9.50. Vom fahrenden Volk bis zum organisierten Großzirkus, und zwar mit Bildern.

Trikont Plattenproduktion und Vertrieb 'Unsere Stimme', Kistlerstr. 1, 8000 München 80

*Die Musik kommt für die Tageszeitung. Benefiz für die TAZ. 18.00. Keine Platte über linke Zeitungen sondern für. Von: 3 Tornados, Tommi und Mobiles Einsatz orKester, Dicke Lippe, Klaus der Fiedler, Walter Moßmann, sogenanntes linksradikales Blasorchester. Ein flüchtiger Blick auf das Treiben der subkulturellen Musikpalette.- Geld davon an die TAZ

*Thorin Eichenschild. 18.00. vermischte Musik zu deuschen Texten.

*Viva la Vida! Carlos Andreu. Neue politische Volkslieder aus Spanien. 18.00.

Verlag Assoziation. Große Brunnenstr. 125, 2 Hamburg 50

*Lernen im Widerstand. Politisches Lernen und politische Sozialisation in Bürgerinitiativen. 16.00

*Dollars und Träume 1/78. Studien für Politik, Ökonomie und Kultur der USA.. 10.00. Diese Zeitschrift hofft auf ca einnaliges Erscheinen pro Jahr und wird von der Joseph-weydemeyer-Gesellschaft für sozialwissenschaftliche USA-Forschung herausgegeben.

Verlag das Wunderhorn. Ladenburgerstr. 82. 69 Heidelberg.

*Eröffnet seine Produktion mit dem Titel: Felix Guattari; Wunsch und Revolution. Ein Gespräch mit Franco Berardi (Bifo) und Pablo Beretto. 8.00.

Campus Verlag, c/o Institut für Sozialforschung, Senckenberganlage 26, 6000 Frankfurt/M. 1, Tel.: 0611 / 75 20 03

*Sozialdemokratie und Klassenkonflikte. Metallarbeiterstreik-Betriebskonflikt-Mieterkampf. R.Deppe, R. Herding,D.Hoß. Die Herren Sozialwissenschaftler befinden sich nach flüchtiger Durchsicht des Buches durchaus auf der Höhe linksradikaler Gesellschaftsdurchleuchtung. 26.00; für die Leidtragenden der SPD-Politik Trostpreis 10.40 bei den Autoren.

Aktion Dritte Welt (iz3w), Postfach 5328, 7800 Freiburg

*Entwicklungspolitik- Hiolfe oder Ausbeuting? Die entwicklungspolitische Praxis der BRD und ihre wirtschaftlichen Hintergründe. 8.80

OberbaumVerlag, Martin Lutherstr. 78, 1Berlin 62

*(Zusammen mit der Zeitschrift Befreiung): Supermacht Sowjetunion. Ergebnisse eines Kongresses zu Pfingsten des Jahres 1977 üver den sowjetischen Sozialimperialismus, jeber Theorie, der die KPD vertraut. 12.00

Promedia. Internationaler Literaturvertrieb ruth westerwelle, postfach 162, 1 Berlin 36

*Katalog No. 10, über Bücher, die nicht ins Regal passen. Von Klein- und alternativverlagen. Ein Reader, nach Themen gegliedert mit textproben Rezensionen, Titel-Autoren- und Verlagsregister. 7.50.

Neues im Programm vom:

Maulwurf Buchvertrieb GmbH, Waldemarstr. 24, 1 Berlin 36

*Drei Broschüren aus dem Verlag 'Allgemeine Jugendberatung':Perspektiven und Grenzen der Jug3endberatung Ergebnisse eines Symposiums zur Jugendberatung, Mediographie zur Jungendsozialarbeit.

*Der Unschuldige. Die Geschichte einer Wandlung von J.H.Mackay.8.50 Nachdruck der 1931 erschienenen Erstausgabe jenes Fürsprechers des sogennten Idividual Anarchismus.

*Schwul sein heißt sich wehren. Rosa von Praunheim. Positionen im Schwulenkampf. 2.50.

*Irland aktuell (Irland Komitee Westberlin) Nr.2, 1.50, sowie neue Ausgaben der Zeitschriften Eingriff e, Wilhelm Reichblätter, Dicke Luft (Westberliner Umweltschutzzeitung) und HEZ für Erzieher und Sozialarbeiter

*Kinder fotographieren ihre Umwelt und Familie. 12.80. Hrsg. vom Deutschen Kinderschutzbund. 'Es gibt nichts, was Kinder nicht können.'

*Fotografiere doch keine alte Frau. Reportage aus einem Altersheim von Theodor Oberheitmann. 8.00

Bürgerinitiative Westtangente, Cheruskerstr. 10/1, 1 Berlin 62

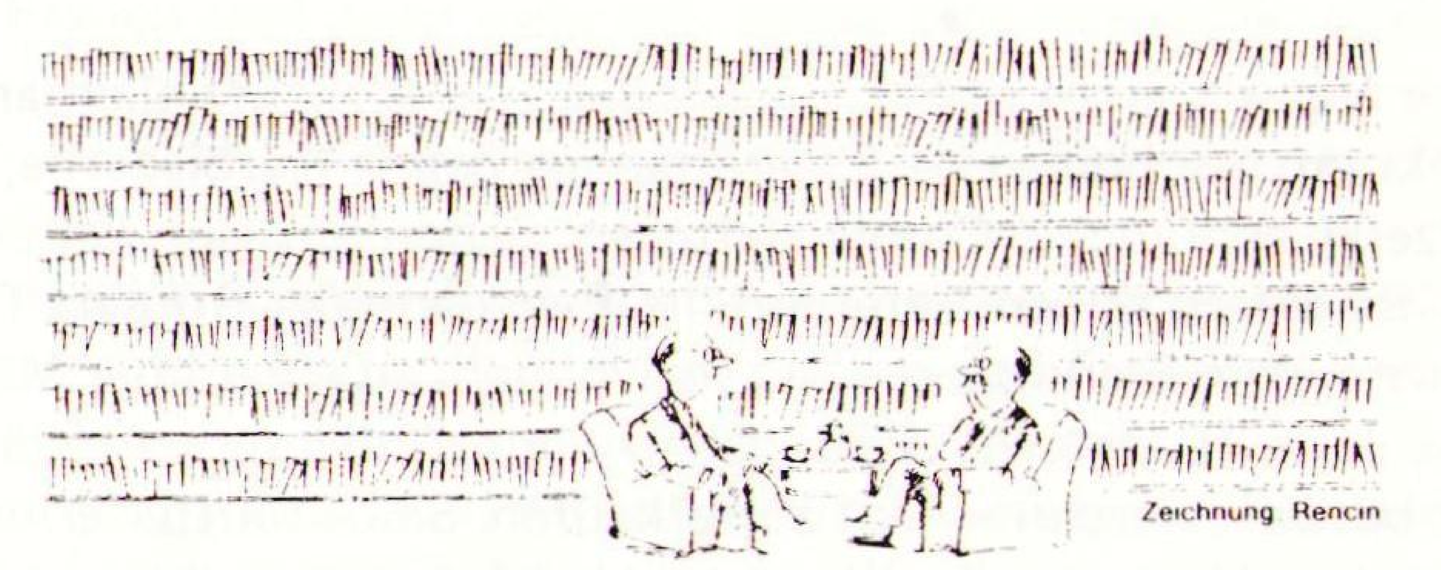
*Normenkontrollklage gegen einen Bebauungsplan der Stadtautobahn. 8.70. Steht drin wie's gemacht wird.

Eco Verlag Zürich, Postfach, CH-8021 Zürich

*Züri fürs Volk. Das andere Handbuch für die, die Zürich von unten sehen wollen. 12 sfr.

Freibord, Literaturzeitschrift, Theresieng. 53/16, 1180 Wien

Richard Zach. Zellengedichte. Ein in Vergessenheit geratener antifaschistischer Poet, der 1943 in Österreich zum Tode verurteilt wurde.



"Ich habe alles hier gelesen und mir ist alles klar – bis auf das Menschenleben"

WIR VERABSCHIEDEN DEN § 88 a

KÖLN
Dezember 78

Am **Mittwoch, den 20.12.78** treffen sich **alle**, die etwas gegen den 88 a, gegen Zensur und Selbstzensur tun wollen, die sich das Diskutieren nicht reglementieren lassen wollen, **um 16.30 Uhr am Offenbachplatz** zu einem Aufzug unter freiem Himmel. Mit dabei sein soll Musik, Theater, Masken. Kommt hin und macht mit.

Auskunft: Der andere Buchladen, Zülpicherstr. 197, 5000 Köln 41, Tel. 420214

ALLES FÜR DIE FAMILIE:
14-JÄHRIGER ERSCHIESST SEINEN VATER

ROM/FRANKFURT
10. DEZEMBER

„Padre, padrone" ist in aller Munde, der Film wird bei Filmfestspielen ausgezeichnet, jeder steht auf der Seite des Sohnes bei seinem Versuch, sich von seinem gewalttätigen Vater zu befreien.

Gleichzeitig findet in Darmstadt ein Prozeß gegen einen inzwischen 19-Jährigen statt, der versucht hat, seinen Vater zu töten; dieser hatte bei seiner Vernehmung die Öffentlichkeit ausschließen lassen, da er meinte, er müsse sich über das, was er zu sagen habe, schämen (vgl FAZ vom 7. 12. 78).

Und gleichzeitig wird in Rom Marco Caruso zu 8 Jahren und 10 Monaten verurteilt, weil er seinen Vater am 15. Dezember vorigen Jahres — im Alter von 14 Jahren — erschossen hat. Selbst die Richter haben Mitleid mit Marco, aber bestraft werden muß' er. Es gibt eben keinen Ausweg für ihn; Pech für ihn, daß er geboren wurde. Allenfalls kann man jetzt noch hoffen, daß Staatspräsident Pertini ihn begnadigt.

Marco Caruso wurde in einer Wellblechbaracke in einem der Elendsviertel weit außen an der Peripherie Roms geboren. Es ist eines jener Viertel, an die niemand denkt, wenn von Rom die Rede ist, und die von den Soziologen unter dem Stichwort „Subproletariat" abgehakt werden. Aber vielleicht erinnert sich noch jemand an Pasolinis Filme . . .

Der Vater hatte ein Jahr zuvor die damals dreizehnjährige Nina kennengelernt und wollte sie heiraten; ihre Eltern stimmten aber nicht zu, darauf vergewaltigte er Nina und Marco wurde 10 Monate später geboren — niemand sagte ihr, daß eine Schwangerschaft 9 Monate dauert. Die Eltern stimmten inzwischen der Heirat zu.

Der Vater Marcos ist Straßenhändler und verkauft allerhand Kleinkram, geschmuggelte Zigaretten, geröstete Kürbiskerne, Spielzeug, gebrauchte Comic-Heftchen. Schon mit vier Jahren begleitet Marco seinen Vater auf der Fahrt von der Borgata Torre Spaccata, dem Elendsviertel wo sie wohnen, zu einem der Märkte Roms. Vom Vater lernt er zu klauen — als Kind kann er dafür nicht bestraft werden — und zu verkaufen. Seine Mutter erinnert sich stolz: „Marco ist ein sehr guter Verkäufer, obwohl er noch so jung ist. Er konnte 30 bis 40 DM am Tag verdienen und verkaufte alles mögliche: kleine Gasflaschen für die Küche, Feuerzeuge, Schallplatten, alles was wir ihm gaben. Denn wir sind Straßenhändler und arbeiten jeden Tag,ausgenommen montags."

10 Jahre machte Marco das mit, und täglich gab es Schläge für Marco, seine drei kleinen Geschwister und seine Mutter. Wenn dem Vater etwas nicht paßte, schlug er sofort drauf los. 33 Mal rannte Marco von zuhause fort, jedesmal wurde er von den Carabinieri aufgegriffen und zurückgebracht: aus Mailand, aus Cosenza in Kalabrien . . .

Auch in der Schule kümmerte sich niemand um ihn. Einmal bekam er für einen Monat einen Schulverweis, weil er zu „lebendig" sei. Daraufhin geht Marco — mit 11 Jahren — nicht mehr zur Schule. Wenn er damit auch nicht mehr Zeit zum Spielen hatte, dann doch wenigstens dazu, zu klauen und ein bißchen Geld nach Hause zu bringen.

Das letzte Mal lief Marco im November letzten Jahres weg. Wieder zurückgebracht, wurde er mit Armen und Beinen am Bett festgebunden und von seinem Vater mit einem Stock verprügelt. Einige Tage vorher hatte sein Vater ihm mit einem Riemen ins Gesicht geschlagen, weil Marco einen gestohlenen Truthahn seiner Tante schenkte und nicht dem Vater brachte, und in diesen Tagen hatte er seinen Vater auch dabei überrascht, wie dieser sich über seine vierjährige Schwester Serena hermachte. Noch heute zeugen Striemen in Marcos Gesicht und 29 Narben am Kopf von der Gewalt des Vaters.

Wenige Wochen später, am 5. Dezember letzten Jahres, war Marcos Geduld zuende. Seine Mutter mußte wegen eines Nierenleidens das Bett hüten, neben ihr lag Serena. Der Vater kommt ins Schlafzimmer und sieht, daß eines der Spielzeuge, das er verkaufen will, kaputt am Boden liegt: es fehlt ein Rädchen. Er schreit seine Frau an, sie versucht ihn zu beschwichtigen, er schlägt los: „Ihr habt keinen Respekt mehr." Als Marco hört, wie seine Mutter verprügelt wird, holt er seine Pistole heraus, die er einen Tag zuvor gestohlen hatte, und ruft: „Vater, komm schnell". Der kommt ins Wohnzimmer: „Was ist los? " Marco antwortet: „Ich kann dich nicht mehr sehen" und drückt ab. Dann rennt er von zuhause los, beim nächsten Polizeirevier sagt er dem nächsten Polizisten, den er trifft: „Ich habe meinen Vater erschossen, weil er ein Sadist war. Ich habe ihn nicht mehr ertragen, er schlug mich jeden Tag, ohne Grund, auch meine Mutter und meine Geschwister schlug er. Ich habe lange darüber nachgedacht, bevor ich es getan habe, aber dann konnte ich mich mich nicht mehr zurückhalten und habe ihn erschossen. Jetzt hat er aufgehört uns zu quälen."

Im November fand jetzt der Prozeß gegen Marco statt. In der Öffentlichkeit gab es eine starke Bewegung für seinen Freispruch. Lotta Continua sammelte Hunderte von Unterschriften für Marcos Freilassung — angefangen von Dario Fo und Gavino Ledda, dem Autor von „Padre padrone",bis hin zu Lehrern und Schulklassen aus ganz Italien.

Vor Gericht sagte Marco: „Ich glaubte und glaube noch heute, daß es die einzige Möglichkeit war, uns von einem Mann zu befreien, der aus unserem Leben ein einziges Leiden machte. Ich war sicher, nichts dadurch zu lösen, daß ich meinen Vater wegen der dauernden Schläge angezeigt hätte. Ich war überzeugt, daß, wenn ich ihn angezeigt hätte und er eines Tages wieder aus dem Gefängnis gekommen wäre, es noch schlimmer gewesen wäre . . . ich weiß, daß ich etwas gemacht habe, was schwer wiegt, aber ich habe mich und meine Familie von einem dauernden Schmerz befreit . . . um meine Mutter und meine Geschwister zu retten, ist alles möglich und erlaubt." Für die Familie hat er gestohlen und verkauft; für die Familie sei alles erlaubt, hat ihm sein Vater eingeschärft; für die Familie hat er seinen Vater erschossen.

Der Staatsanwalt forderte 10 Jahre Gefängnis; und auch die Verwandten von Marcos Vater waren auf eine Verurteilung aus, um die Ehre ihrer Familie zu retten: „Marcos Vater war überhaupt nicht so, wie er beschrieben wurde, er war ein großer Schaffer und hat es seiner Familie an nichts fehlen lassen." — „Auch mein Mann schlägt mich, aber ich habe ihn mir gewählt und ich ertrage es." —„Es ist nicht wahr, daß Marco abgehauen ist, wei sein Vater ihn schlug, sondern weil er in der Welt herumreisen wollte, nicht in die Schule gehen, nichts tun wollte." Oder die Mutter Angelose: „Sicher, er war ein wenig nervös, aber er hat nur an die Familie gedacht. Schließlich weiß man ja, daß seine Frau nicht den besten Ruf im Stadtteil hat." Und eine Schwester von ihm: „Wo kämen wir dahin! Vorgestern schlug mich mein Mann. Nicht wahr, das geschieht doch in allen Familien. Dann ist meine vierjährige Tochter gekommen und sagte, sie wolle den Vater mit einem Messer umbringen. Da habe ich meine Tochter verprügelt."

Am 5. Dezember – auf den Tag genau ein Jahr nach dem Vatermord – dann das Urteil: 8 Jahre und 10 Monate. Eine Genossin von Lotta Continua, die bei der Urteilsverkündung dabeiwar, berichtet: „Als die Richter das Urteil verlesen haben, wird Marco für einen Augenblick wütend, wendet sich den Eltern seines Vaters zu und schreit: „Es ist alles eure Schuld!" dann wirft er sich an die Schulter eines zivilen Polizisten und heult. Nicht einmal dieser Augenblick der Verzweiflung wird Marco gegönnt, die Fotographen stehen von den Bänken auf und schießen wie verrückt ihre Bilder. Nachdem sie Marco schon in den Verhandlungspausen gebeten hatten: „Na Marco, wein doch ein bißchen", haben sie ihn endlich soweit: er weint. Ich habe selten soviel Unmenschlichkeit gesehen und will gerade gehen, als der Richter Marco zu sich ruft und beginnt: „Schau Marco, wir haben dir 8 Jahre gegeben, aber wir wollen doch nur dein Bestes, du kannst es jetzt noch nicht verstehen, aber eines Tages wirst du es verstehen."

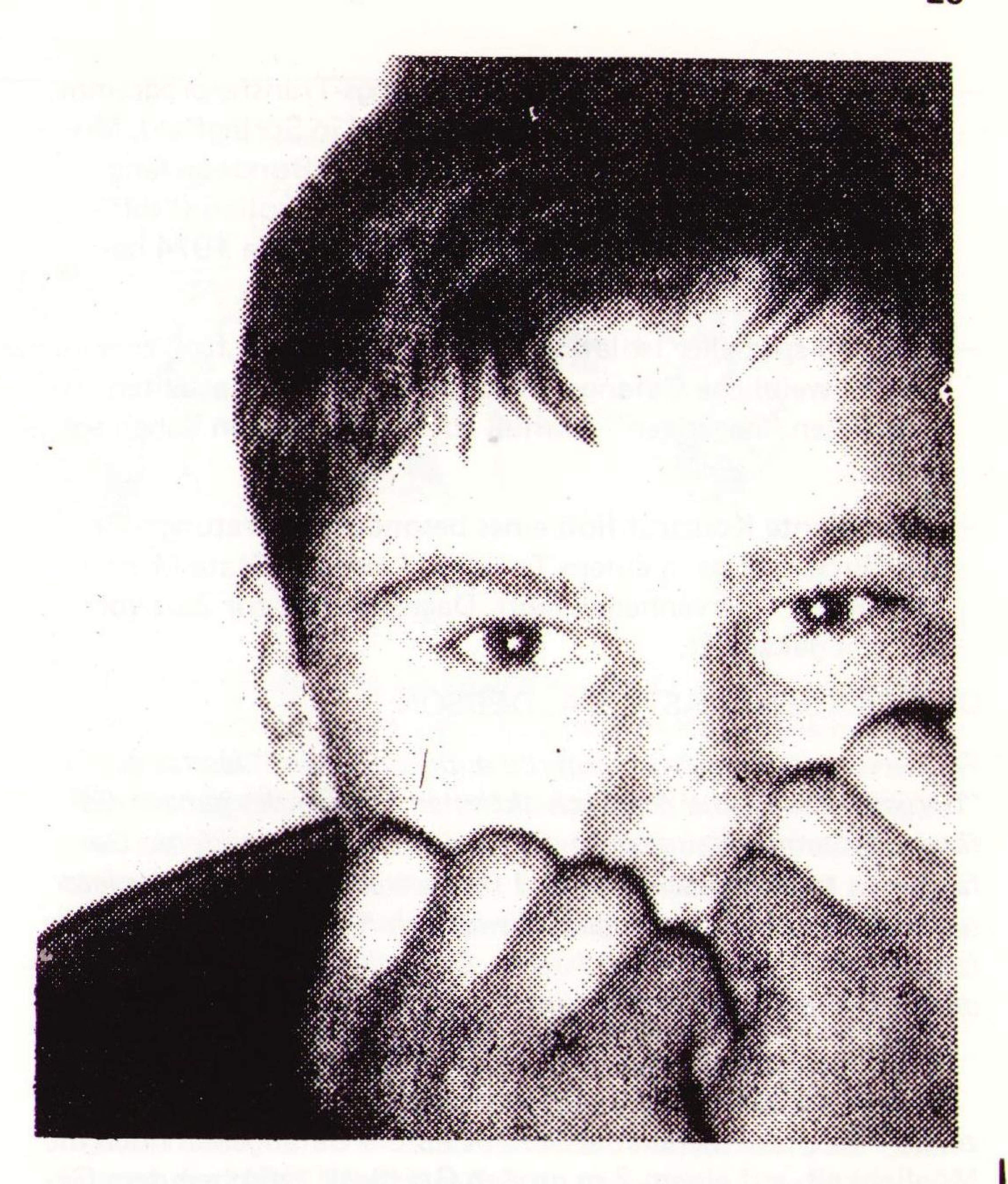
Marcos Mutter konnte nicht zum Prozeß kommen, da sie im Krankenhaus lag. Als sie von dem Urteil hört, sagt sie: " Ich habe meinen Sohn nicht geboren, um ihn ihnen zu geben . . . ich bin 28 Jahre alt, ich habe wirklich nicht gelebt. Schon mit 13 Jahren war ich Mutter, aber anstatt mit Puppen zu zu spielen, habe ich mit meinen Kindern gespielt. Aber nicht einmal das konnte ich viel, weil mein Mann so eifersüchtig war. . . . als ich das erste Mal Marco im Gefängnis besuchte, habe ich ihm einen Kuß gegeben und er hat mir gesagt: „Mamma, ich glaube, es ist das erste Mal, daß du das machst.""

Während jetzt viele auf die Entscheidung Präsident Pertinis über das Gnadengesuch warten, hat der Generalstaatsanwalt verlauten lassen, er wolle das Urteil verschärfen, da für Totschlag mindestens 10 Jahre vorgesehen seien.

Einige Genossen von Lotta Continua haben am Tag nach dem Urteil mit einigen Schulkamaraden Marcos gesprochen und sie gefragt, wieweit sie die Gewalt ihres Vaters dulden würden: „Ab und zu einen Klaps finde ich in Ordnung". –„Schon, aber einen einen Topf auf den Kopf zu schlagen, wie es der Vater Marcos getan hat, heißt, die eigenen Kinder umbringen." – „Den Kindern eine zu geben geht noch, aber die eigene Frau schlagen . . . " Und auf die Frage, ob es für Marco einen Neuanfang geben könne, wenn er aus dem Gefängnis kommt, sagen sie: „Wenn Marco herauskommt, bin ich froh, auch weil er sich eine geregelte Arbeit suchen und nicht mehr klauen will." – „Wenn er begnadigt wird, ist es besser, weil er sofort neu beginnen kann, anstatt 8 Jahre unnütz zu warten". – „Sicher bin ich froh, wenn Marco rauskommt, sein Leben muß unter uns weitergehen."

Und Marcos jüngerer Bruder Renato erzählt, was ihm kürzlich passiert ist: „Vorgestern kam bei uns ein Finanzbeamter ins Haus, weil die Möbel nicht bezahlt sind. Er fragte mich, ob er meinen Vater sprechen könne. Ich sagte, er sei erschossen. Er fragte mich, ob er meine Mutter sprechen könne. Ich sagte sie sei in der Klinik. Er fragte mich, ob er meinen älteren Bruder sprechen könne. Ich erklärte ihm, er sei im Gefängnis. Der Beamte raufte sich die Haare, rief ‚mein Gott, mein Gott!' und ging fort."

Die Informationen stammen aus Lotta Continua, Unita und FAZ.



Marco Caruso

DIE SITUATION DER GEFANGENEN IN DEN USA

Teil 3: Neue Gefängnisse für „gewalttätige Frauen"

FRANKFURT/DÜSSELDORF November 78 (Teil 1, Vorgeschichte und Entstehung, ist im ID 254 nachzulesen; Teil 2, die Gehirnwäsche-Programme, sind im ID 257 abgedruckt).

Frauen sind nicht mehr still, geben sich nicht mehr zufrieden. Sie haben angefangen sich zu wehren - drinnen und draußen, im Knast und in der Gesellschaft, in Beziehungen und Sexualität.
Sie wurden für den Staat zum neuen Faktor, zur "neuen Brut gewalttätiger Frauen". Die Justiz fällt gegen Frauen härtere Urteile als bisher üblich und die Strafvollzugsbehörden plädieren für spezielle Trakte, in denen weibliche Gefangene, die "verrückt" oder "gefährlich" sind, unter Kontrolle gebracht werden sollen. Versuche mit bestimmten „Therapie-"Programmen an Frauen im Knast, deren zentrale Elemente Rassismus und Sexismus sind, laufen schon seit einiger Zeit:

- Der Bau eines Hochsicherheits-Traktes im Bundesgefängnis für Frauen in Alderson, West Va. vor einem Jahr. Gedacht für "berüchtigte" Frauen, die als aufrührerisch gelten, bei denen Fluchtgefahr besteht, die in "raffinierte kriminelle Aktivitäten" verwickelt oder mit subversiven Organisationen verbunden sind.
- Das STEADY-Programm beinhaltete die Verlegung von "lästigen" Frauen aus dem Bedford Hills Prison - wo einige Streiks und Protestaktionen stattfanden - in das 'Mattawan State Hospital for the Criminally Insane'. (insane = geisteskrank) Dieses Programm wurde durch eine Klage beendet.

— START, ein anderes Verhaltensänderungs-Transferprogramm im 'Medical Center for Federal Prisoners' in Springfield, Missouri, war ein Programm für Gefangene aus Bundesgefängnissen, die nur schwer zu beaufsichtigen sein sollen ("difficult to manage"), das ebenfalls durch eine Klage 1974 beendet wurde.

— APU, ein spezieller Isolationstrakt in Kalifornien für "zersetzende" weibliche Gefangene, die sich weigern zu arbeiten oder einen "negativen" Einfluß auf andere Frauen haben sollen.

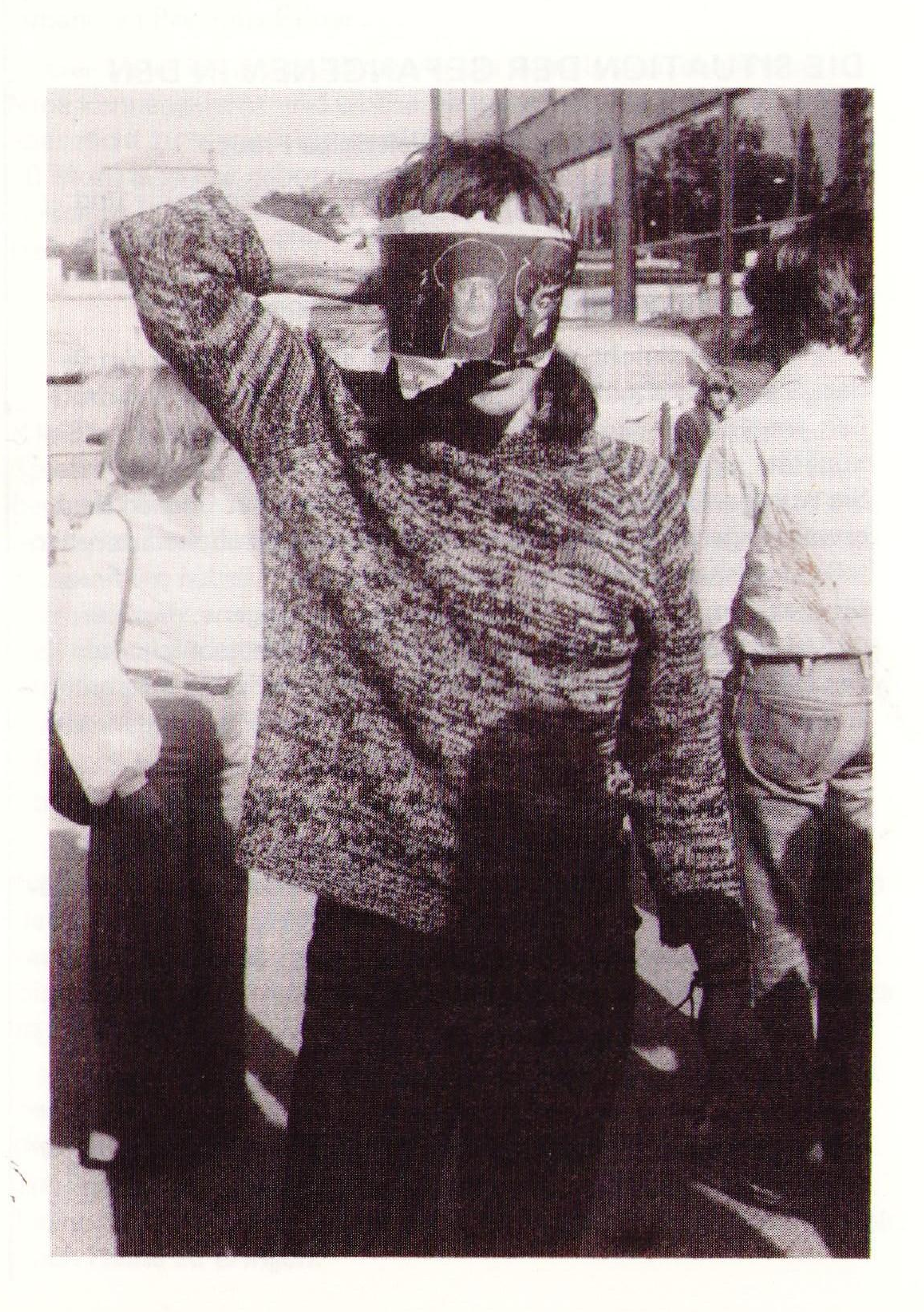
— Die geplante Konstruktion eines besonderen Beratungs-/Behandlungstraktes in einem Teil des 'Worcester State Mental Hospital' (= Nervenheilanstalt). Dagegen wird zur Zeit vor Gericht gekämpft.

DER FRAUENKNAST IN ALDERSON

"Alderson wurde gebaut, um die unbeliebtesten, "lästigsten", "berüchtigsten" und politisch aktivsten Frauen des ganzen Gefängnissystems einzusperren. Sie werden von den anderen Gefangenen total abgeschirmt. (...) Ihnen wird auch noch das letzte bißchen Freiheit entzogen, die letzten Rechte, die sie als Gefangene im Normalvollzug hätten. Die politische Bedeutung dieses Traktes ist offensichtlich."

National Prison Project

Der besondere Trakt in Alderson hat 35 Zellen, 3 angrenzende Flure und manchmal besteht für die Gefangenen noch die Möglichkeit, auf einem 2 m großen Grasfleck zwischen dem Gebäude und dem Zaun spazieren zu gehen. Der Zaun ist mit Nato-Stacheldraht abgesichert - großen Spiralen aus rasiermesserscharfem Metall. Den einzigen Schlüssel zum Zauntor sowie zur Tür des Gebäudes besitzt ein draußen befindlicher Wärter, der erst über Telefon oder Funk gerufen werden muß, um die "inneren" Wärter heraus- und hereinzulassen. Dieser Trakt ist völlig von allen anderen Teilen des Gefängnisses isoliert, es gibt nur notdürftige medizinische und rechtliche Versorgung.



Die Verlegung einer Gefangenen in diesen Trakt wird nie schriftlich formuliert, sondern stets formlos vom Personal übermittelt: Die Gefangene hat z.B. einen "schlechten Charakter" oder ist eine "Gefahr für die Sicherheit". Da kein Berufungsverfahren existiert, kann eine Gefangene, die einmal in dem Trakt ist, solange dort festgehalten werden, bis sie ihre Strafe abgesessen hat. In diesem Trakt befinden sich Frauen, die sich im Knast organisiert haben, die schon mal versucht haben zu fliehen, die emotionale Probleme haben (obwohl es natürlich keine therapeutischen Möglichkeiten dort gibt) und Frauen, die wegen politischer Taten verurteilt werden: Rita Brown von der George Jackson Brigade (zu 25 Jahren wegen mehrerer Banküberfälle verurteilt); Assata Shakur aus der Black Liberation Army und die angeblichen Präsidentenmörderinnen Lynette "Squeaky" Fromme und Sarah Jane Moore.
So bedeutet der Trakt einmal Sicherungsverwahrung, steht aber auch als Warnung für alle weiblichen Gefangenen im Bundesgefängnissystem. Sie alle können 1000 Meilen weit weg von ihrer Heimat dorthin gebracht werden, wenn sie sich nicht anpassen. Alderson hat also die gleiche Funktion für Frauen wie 'Marion' für Männer.

Das 'National Prison Project' hat eine Protestkampagne begonnen, um das US-Bureau of Prisons zu zwingen, den Trakt in Alderson zu schließen. Es gab in der letzten Zeit aber drei Entscheidungen des obersten Gerichtshofs der USA, die den Gefangenen das Recht auf eine gerichtliche Anfechtung des Trakts verweigerten. ...

WORCESTER STATE MENTAL HOSPITAL

Zur gleichen Zeit kämpft in Massachusetts die 'Coalition Against Institutional Violence' (Koalition gegen institutionelle Gewalt) gegen die Einrichtung eines speziellen Beratungs-/Behandlungstrakts (10 Zellen), in denen laut Angaben der Behörde weibliche Gefangene und geisteskranke Patientinnen kommen sollen, die "für sich und andere eine Gefahr darstellen" oder eben "geisteskrank" sein sollen. Es gibt weder ein detailliertes Behandlungsprogramm, noch Kriterien für die Aufnahme. Es ist vorgesehen, daß der Leiter des Programms ohne Kontrolle von außen eine Verlegung selber anordnen kann. Da die erforderlichen Anhörungen und Voruntersuchungen, um die Notwendigkeit eines solchen Programms zu beweisen, nicht stattfanden, hat die Coalition, die sich aus Frauengruppen, Teilen der Knastbewegung und "Aktivisten für die Rechte der Nervenkranken" zusammensetzt, eine Klage eingereicht.
Der Worcester-Trakt dient offensichtlich als Kontrollblock für das 'Framingham State Women's Prison', so wie Alderson und 'Marion' für das Bundesgefängnissystem.

Kontaktadressen:
National Prison Project, 1346 Connecticut Ave. N.W., Washington, D.C. 20036, USA
Coalition Against Institutional Violence, c/o Sunny Robinson, 7 John Andrew St., Jamaica Plain, Mass. 02130, USA
AKAS, Postfach 3o21, 4000 Düsseldorf 1

(übersetzt und zusammengefaßt aus: The Open Road, Nr. 7/78)

Die im ID gekürzt veröffentlichten Informationen zur Situation der Gefangenen in den USA sind unter dem Titel „PASS DICH AN ODER STIRB! — GEHIRNWÄSCHE IN US-KNÄSTEN", vor wenigen Tagen ungekürzt als Broschüre erschienen. Gegen 2,50 (incl. Porto) für Einzelbesteller oder 1,50 pro Stück bei Bestellungen ab 10 Stück, kann die Broschüre beim AKAS bestellt werden. (Den Betrag in Briefmarken der Bestellung beilegen.)



PLANMÄSSIGE LANDSCHAFTSZERSTÖRUNG DURCH HYDRO-ELEKTRISCHE ENTWICKLUNG DER BEIDEN NORWEGISCHEN FLÜSSE ORKLA UND ALTA

OSLO
Anfang Mai '78

Diese Information ist ein Hilferuf des „Ring of Ecopolitical Cooperation Norway" (Ökopolitischer Zusammenarbeits-Ring Norwegen), an alle Natur- und Umweltschutz-Verbände, ökopolitischen Organisationen und andere interessierte Gruppen und Personen im Ausland.

ORKLA: Das Fluß-System Orkla mit vielen Nebenflüssen befindet sich im nördlichen Teil Südnorwegens (im Süd-Trøndelag Distrikt) und ist das größte unverdorbene Fluß-System in Norwegen südlich des arktischen Kreises. Es ist eines der besten Gebiete für Lachs- und Forellenfischerei und eine Reihe von blühenden landwirtschaftlichen Gemeinschaften hängt davon ab, daß das Flußsystem freifließend bleibt. Der bedauerlichste Aspekt des hydro-elektrischen Vorhabens welches in ein paar Wochen auf der Tagesordnung des Norwegischen Parlaments sein wird, ist, daß die Überschwemmung von zwei Talsohlen erforderlich würden, von denen ein großer Teil aus landwirtschaftlich hochqualitativem Boden besteht. Beide zur Überschwemmung vorgesehenen Gegenden gehören zu Gemeinden mit gedeihender tatkräftiger Landwirtschaft: Nerskogen und Kvikne, bestehend aus kleinen Bauernhöfen, deren Ausbau mit entscheidender Nutzbarmachung der beiden, jetzt von geplanter Überschwemmung bedrohten Gebiete die eingesessene Landbevölkerung seit einiger Zeit begonnen hat. Die zu überschwemmenden Flächen machen zusammen 1550 Hektar aus; 75% davon sind von größter Fruchtbarkeit, die allein bei vollem Ausbau dem Ausmaß von 150 neuen Farmen von wirtschaftlich lebensfähiger Größe entsprechen würden. Zudem würden bis in den sehr späten Frühling hinein auf den künstlichen Seen große Eisflächen bleiben, sodaß die Landwirte und Umweltschützer befürchten, daß dadurch die Umgebungs-Temperatur unterdie bisherigen Werte gedrückt und die Anbauperiode verkürzt würde.

ALTA: Das Alta-Flußsystem ist eines der größten in Nord-Norwegen und fließt durch das Herz des einzigen übrigbleibenden großen Rentier-Distrikts Laplands, der Finnmark-Ebene. Tatsächlich ist dies noch die einzig übriggebliebene größere Gegend, welche die Lappen ihre eigene nennen können in ganz Skandinavien (d.h. in der Welt) und die noch nicht durch Bergbau, Industrie, Tourismus, Straßenbau usw. verdorben ist.

Wenn jetzt Grünes Licht für eine Wasserkraft-Entwicklung in diesem Gebiet gegeben wird, so würde das letztenendes bedeuten, die Möglichkeit, Rentierherden in Lappland zu halten, entscheidend zu reduzieren. Da aber die Identität der Lappen-Kultur und Lappen-Gesellschaft eng verbunden ist mit dem Bestehen von Rentier-Herden und mit dem noch einzig übriggebliebenen freien Land, so würde dies der letzte Nagel am Sarg der Lappen-Nation bedeuten.

Die Energieentwicklung des Alta würde in der Tat den jahrhundertelangen norwegisch-schwedischen Kolonialismus in Bezug auf das sehr viel ältere Heimatland der Lappen zu einer Art Endlösung bringen. Sie würde eine lange Tradition von expansiver Unterjochung und Zerstörung eines anderen Volkes vollenden — eines Volkes, das eine Kultur besitzt, die auf ökologischer Erkenntnis und einer tiefen Beziehung zum Land und zu allem Leben aufgebaut ist.

NACHSCHRIFT VOM SEPTEMBER 1978: Das norwegische Parlament hat inzwischen seine Zustimmung zum Orkla-Projekt gegeben, aber örtliche Bürgerinitiativen versuchen, wenigstens den oberen Flußteil zu retten, insbesondere die Überflutung des INNERDALEN-Tals zu verhindern. Die Bürgerinitiativen (mit einem starken Anteil von Bauern der betroffenen Gebiete) erstellen gegenwärtig ein Weißbuch, in dem die Parlamentsdebatte über den Orkla-Fall untersucht wird.

Bitte richtet entsprechende Protestschreiben Eurer Organisation an:

- **An das Präsidium des norwegischen Parlaments Stortinget, Oslo 1**
- **An die norwegische Regierung, zu Händen des Herrn Premierministers Regjeringsbygget, Oslo**

mit Kopie an:

- **Ring of Ecopolitical Cooperation, c/o Sigmund Kvalöy, AHO, Box 6768, St. Olavs pl., Oslo 1.**

Informiert eure Basis und wenn irgend möglich, auch die Presse. Die Aktion ist dringend: Ein Parlamentsbeschluß steht bevor! Wir danken im voraus für euren Einsatz. Wir schlagen auch vor, einen Tourismus-Boykott für Norwegen anzudrohen!

PROTEST DEUTSCHER ENTWICKLUNGSHELFER GEGEN BUNDESREGIERUNG UND ORTRAG

ARUSHA/TANSANIA
5. November 1978

Der Grund dafür, daß die Entwicklungshelfer eine Veröffentlichung ziemlich wichtig finden, ist folgender: Voriges Jahr hat die Vertreterversammlung aller westdeutschen Entwicklungshelfer in Ostafrika (vom Deutschen Entwicklungsdienst, kurz DED) in einem Beschluß die Südafrika-Politik der BRD angegriffen und den Beschluß auch veröffentlicht. Daraufhin wurde (offenbar auf Druck des Auswärtigen Amtes der BRD) allen Gliederungen des DED von der Geschäftsleitung verboten, sich an die Öffentlichkeit zu wenden, das darf jetzt nur noch die Geschäftsleitung. Bisher haben sich alle DED-Unter-

gliederungen daran gehalten und Beschlüsse, Eingaben, Resolutionen und weiß-der-Henker-was an die Geschäftsleitung geschickt – und nichts mehr davon gehört. Der beiliegende Beschluß zur Zaire-Politik der Bundesregierung ist der erste, der wieder ausdrücklich an die Presse gehen soll (trotz der weiterhin bestehenden Maulkorb-Verfügung):

„Die VV 78 (Vertreterversammlung) nimmt bezug auf Beschluß 14 der VV 77 (TAN), in dem die Geschäftsleitung aufgefordert wurde, zu den damals publik gewordenen Aktivitäten der ORTRAG (Deutsche Raketenfirma) in Ost-Zaire Stellung zu nehmen. Die damals von der Bundesregierung dementierten Vorgänge sind inzwischen unleugbare Tatsachen:

- die menschenrechtswidrige Abtretung von Hoheitsrechten über zairisches Staatsgebiet an die private Firma ORTRAG,
- die Vertreibung der dortigen Bevölkerung,
- die militärische Einbeziehung der ORTRAG-Anlagen und
- Transportflugzeuge zur Bekämpfung der Aufstände in der Shaba-Provinz 1977.

Durch die Unterstützung der ORTRAG durch die Bundesregierung über HERMES-Bürgschaften und staatliche Forschungskredite trägt die Bundesregierung Mitverantwortung an den Ereignissen in Zaire. Über die Ereignisse in Zaire und die Verbindung BRD – ORTRAG ist die Öffentlichkeit systematisch getäuscht worden.

Als Entwicklungshelfer in Tanzania werden wir in dem Maße unglaubwürdiger, in dem die Diskrepanz zwischen den Ereignissen in Zaire und den Verlautbarungen der Bundesregierung offenbar wird. Deshalb fordern wir die Geschäftsleitung auf, ihren Standpunkt gegenüber dem ORTRAG-Skandal klar und öffentlich darzulegen.

Des weiteren fordern wir die Geschäftsleitung auf, auf die Bundesregierung einzuwirken, die kürzlich bekanntgewordenen Bombardierungen der Dörfer Kiniekela und Simbi, nördlich des ORTRAG-Gebietes, im Hinblick auf eine Beteiligung der ORTRAG zu untersuchen.

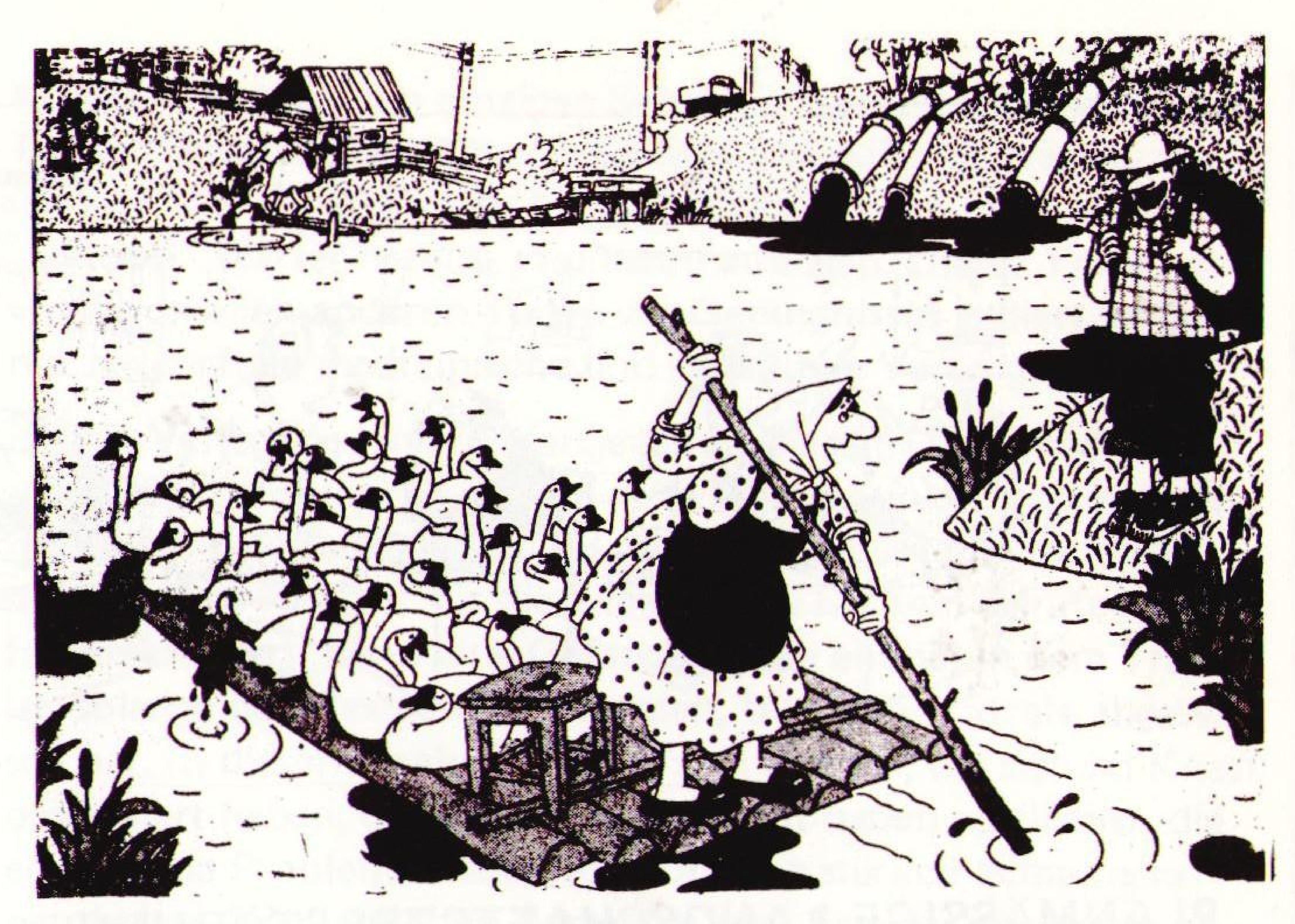
VV der Entwicklungshelfer des DED in Moshi, 3.11. bis 5.11.78 "

URANABBAU IN AUSTRALISCHEN RESERVATEN

TÜBINGEN 17. November „Bei einem kürzlichen Besuch einer Delegation australischer Ureinwohner (Aborigines) in Tübingen berichteten diese von ihrem Kampf gegen die Ausbeutung der Bodenschätze auf ihren Reservaten. In letzter Zeit ist besonders der Abbau von Uran in den Vordergrund gerückt.

Nach einer von der australischen Labour-Regierung 1975 eingesetzten Untersuchungskommission anläßlich eines der größten geplanten Uranabbauprojekte (Ranger Mine, inzwischen begonnen) wird der Uranabbau folgende Auswirkungen auf das Leben und Gebiet der Ureinwohner haben:

1. Verlust des Landes, das für die Aborigines die Lebensgrundlage darstellt. Zerstörung ihrer Kultur durch Überfremdung und Bau von Minenstädten (Alkohol, Prostitution).
2. Für den radioaktiven Schlamm der Mine muß ein Gebiet von 1 qkm mit einem bis zu 40 m hohen Erddamm umgeben werden. Dieses „Becken" soll 45 Millionen t radioaktiven Schlamm fassen. Entsprechend der Giftigkeit des Materials muß der Damm hunderte von Jahren Bestand haben. Ein Leck im Damm würde die Pflanzen- und Tierwelt der Umgebung zerstören.



Umweltschutz in der sowjetischen Karikatur: „Warum schwimmen die denn nicht im Wasser?" — „Weil sie nicht dreckig werden wollen!"

In diesem Zusammenhang verdient das bekannte Beispiel der Rum Jungle Mine Erwähnung: Seit Beendigung eines 14jährigen Uranabbaus im Jahre 1963 ist ein 100 qkm großes Überschwemmungsgebiet des Finnis River verseucht, und das Wasser des Flusses ist auch heute noch nicht für menschlichen Gebrauch nutzbar.

Die Aborigines sind grundsätzlich gegen den Uranabbau und für die Erhaltung ihres Lebensraums. Nach den gegenwärtigen gesetzlichen Bestimmungen haben die Ureinwohner jedoch kein Vetorecht gegen den Abbau von Uran auf ihren Gebieten, sie können lediglich an Verhandlungen über die Abbaubedingungen teilnehmen. Weigern sie sich, oder scheitern die Verhandlungen, so setzt die Regierung die Bedingungen fest. Die Aborigines werden so praktisch zum Verhandeln gezwungen, um überhaupt einen minimalen Einfluß ausüben zu können. Dadurch laufen sie Gefahr, in Australien die Unterstützung der starken (weißen) Bewegung gegen Uranabbau und -export zu verlieren. Da es in Australien keine Atomkraftwerke gibt, wird das Uran von multinationalen Konzernen für den Export abgebaut. Aus der Bundesrepublik ist die ‚Deutsche Uran GmbH' am Abbau in Australien beteiligt. Sie hat in folgenden Gebieten Konzessionen:

1. Birgryli, 250 km nordwestlich von Alice Springs auf Gebiet der Ureinwohner (1,7 Millionen kg Uranoxid; Anteil der Uran GmbH 34,22 %).
2. Walbiri, Bei Bigryli (680 t Uranoxid; Anteil der Uran GmbH unbekannt).
3. Yeelirri, Haupturanvorkommen in Westaustralien, 400 km nördlich von Kalgoorlie (46000 t Uranoxid; Anteil der Uran GmbH unbekannt). Die Vorbereitungen für den Abbau sind trotz starker Protestaktionen der betroffenen Aborigines weit fortgeschritten.

Die englische Organisation CIMRA hat in der Frage des Uranabbaus auf Gebiet der Aborigines die Erfahrung gemacht, daß bei entsprechender Alarmierung der Öffentlichkeit, die Konzerne verunsichert werden und bei Neuinvestitionen bzw. Wahrnehmung bestehender Abbaukonzessionen zögern.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker sammelt Unterschriften gegen den Uranabbau in Aborgien. Vordrucke gibt es bei: **Gesellschaft für bedrohte Völker, Ortsgruppe Tübingen, c/o Annette Keimburg, 7400 Tübingen, Tel.: 07071/ 212511.**

WOHNHILFE IN ÖSTERREICH

WIEN
4. Dezember

Auch die Österreicher haben Wohnprobleme. Eine Gruppe schreibt:

„Auf einer Initiative der Wiener Programmzeitung ‚Falter' aufbauend, haben wir vor, eine Wohnhilfezentrale zu gründen. Wohnungssuchen in Wien ist ein richtiges Drama. Ausser du hast eine größere Geldmenge übrig, um dem Vermittler drei Monatsmieten Provision und dem Hausbesitzer oder -verwalter oder beiden eine zwar ungesetzliche aber immer teure „Ablöse" zu zahlen.

Wohnungen für Wohngemeinschaften zu finden ist fast nicht drin, meist muß mensch sich als Pärchen oder Familie tarnen.

Die Aufgaben, die wir uns vorstellen: Wohnungsvermittlung (nicht nur für Wohngemeinschaften), Erfahrungsaustausch, legale Beratung, Aktionen gegen die Wohnungsvermittlungs-Lobby, Politisierung des Themas (in Wien stehen viele Altbauwohnungen leer), Wohngemeinschafts-Info-Austausch, Zentrale für Übernachtungsmöglichkeiten.

Wir bitten um Anregungen und Hinweise von anderen Wohnhilfeorganisationen (Ziele, Organisationsform, Erfahrungen und Dauer des Bestehens, Finanzen, Adressen).

Kontakt: „Wohnhilfe", c/o Falter, Eßlinggasse 17/11, A-1010 Wien.

OST–TIMOR: INDONESIENS KLEINES VIETNAM

FRANKFURT
Dezember 78

In der ersten Dezemberwoche fand in der BRD eine Rundreise von Vertretern der Ost-Timor Befreiungsfront FRETILIN statt, die zusammen mit den Ost-Timor Solidaritätskomitees in verschiedenen Städten, darunter Frankfurt, Veranstaltungen durchführten.

Jetzt, am vergangenen 28. November, war der dritte Jahrestag der einseitigen Unabhängigkeitserklärung von DROT, der Demokratischen Republik Ost-Timor. Nach 400 Jahren kolonialer Ausbeutung durch Portugal – 90 Prozent Analphabeten, höchste Tbc-Rate der Welt und fast vollkommenes Verschwinden der wertvollen Sandelholzwälder sowie vorherrschende Kaffeemonokultur in der Landwirtschaft bei mangelhafter Lebensmittelproduktion – gab der Zusammenbruch des portugiesischen Faschismus am 25. April 1974 den für die Unabhängigkeit kämpfenden Kräften großen Auftrieb.

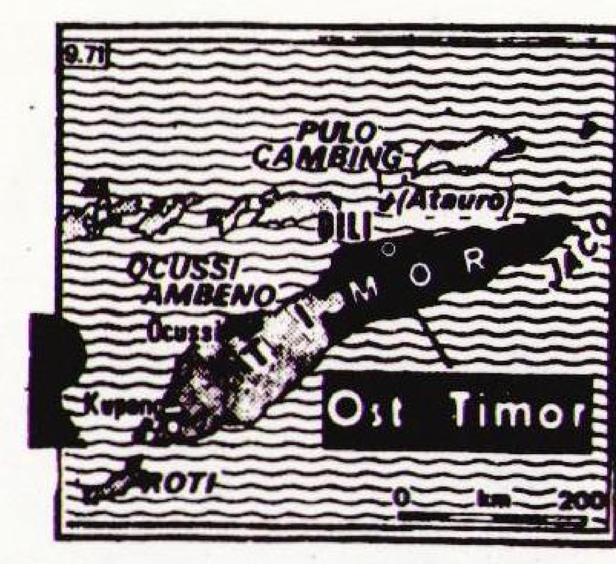
Neben der UDT, die von den privilegierten Schichten gestützt wurde und für eine neokoloniale Lösung im Verbund mit Portugal eintrat, der APODEITI, die von Indonesien gelenkt wurde und für den Anschluß an Indonesien eintrat, konstituierte sich nach einem Arbeiterstreik in der Hauptstadt Dili (25 000 Einwohner) die FRETILIN aus einer Gruppe, die schon seit 1970 illegal für die Unabhängigkeit kämpfte.

Die FRETILIN gewann gegenüber den anderen Gruppen rasch großen Einfluß. Bei den Wahlen der Dorfoberhäupter 1975 waren 90 Prozent der Gewinner Kandidaten der FRETILIN. Im Juni 1975 bildeten die FRETILIN-Kader und fast die gesamte Studentenschaft Dilis revolutionäre Brigaden und gingen aufs Land, lebten mit der Dorfbevölkerung, bildeten Landwirtschaftskollektive und organisierten die Alphabetisierungskampagne, die Gesundheitskampagne und bauten Dorfmilizen auf.

Nach einem gescheiterten Putschversuch der UDT im August zogen die Reste der portugiesischen Kolonialverwaltung endgültig ab und die FRETILIN errichtete eine Selbstverwaltung.

Am 16. Oktober errichtete die indonesische Marine eine Seeblockade um Ost-Timor und die Armee begann von West-Timor





(indonesische Provinz) her eine Invasion. Schon kurz hinter der Grenze wurden die Indonesier zurückgeschlagen. Am 28. November wurde unter dem Jubel zehntausender Timoresen in Dili die DROT ausgerufen. Eine Woche später, zwölf Stunden nachdem Gerald Ford und Henry Kissinger ihren Besuch in Indonesien beendet hatten, begann eine neue indonesische Invasion von See und Land her. Dieser Krieg wird von Indonesien mit großer Brutalität geführt und dauert bis heute an, aber die Indonesier konnten nur wenige Küstenstädte besetzen. Sie kontrollieren nur knapp 20 Prozent des Territoriums mit 5 Prozent der Bevölkerung. In das gebirgige Landesinnere gab es nur einige Vorstöße während der Trockenzeit, aber ständige Bombardements der Dörfer und Felder, wobei auch Phosphor und Entlaubungschemikalien eingesetzt wurden.

Im August 1978 besuchte eine Delegation ausländischer Botschafter die von Indonesien gehaltenen Zonen Ost-Timors. Die wenigen dort zurückgebliebenen Timoresen müssen in einer Art Camp unter miserabelsten Bedingungen leben. Es fehlt an Nahrungsmitteln, Kleidung und minimalster medizinischer Versorgung: Malaria, Tbc, Lungenentzündungen und fortgeschrittene Unterernährung seien der Regelfall, heißt es im Bericht der Botschafter (nach Eastern Economic Review vom 29. September). Der australische Senator Bernard Kilgariff sprach von „Völkermord" (The Australian, 12. September).

In den befreiten Gebieten, in vollkommener Isolation von Aussenbeziehungen, konnte über eine Art Subsistenzwirtschaft (auf Selbstversorgung ausgerichtet) die Ernährung der Bevölkerung sichergestellt werden. Andere notwendige Güter werden von einfachen, traditionellen Handwerksbetrieben erzeugt und über Tauschhandel vertrieben. Die Waffen der FALINTIL (bewaffneter Arm der FRETILIN) stammen überwiegend noch aus Beständen der portugiesischen Kolonialarmee oder sind von den Indonesiern erbeutet. Die DROT entwickelte auch Staats- und Verwaltungsstrukturen, darunter eine Rot-Kreuz-Organisation, und unterhält auch eine Radiostation (Radio Maubere), die in der Tetum-Sprache sendet.

Heute wird die DROT von 16 Ländern diplomatisch anerkannt (darunter die ehemaligen portugiesischen Afrikakolonien, Guinea-Conakrey, Albanien, Vietnam, Laos, Kampuchea (Kambodscha) etc.); 20 andere unterstützen die FRETILIN.

Der Krieg in Ost-Timor bringt für Indonesien große ökonomische Schwierigkeiten, die nur durch US-Hilfe aufgefangen werden können. Bei den 50 000 Mann Invasionstruppen sind auch etwa 60 amerikanische Berater. Auch Australien unterstützt offiziell Indonesien, es gibt in Australien aber auch eine relativ starke Ost-Timor Solidaritätsbewegung. Die BRD lieferte Waffen nach Indonesien, U-Boote, Hubschrauber des Typs Bo-105 und Handfeuerwaffen.

Das imperialistische Interesse an der indonesischen Kontrolle über Ost-Timor liegt zum einen an seiner strategischen Lage (Tankerroute nach Japan) und den großen Rohstoffreserven der Region. Im Ost-timoresischen Küstensockel werden große Öllager vermutet.

Weitere Informationen über Ost-Timor (vierzehntägiges Informationsbulletin, Dias, Filme etc.) gibt es beim
Ost-Timor Solidaritätskomitee in der BRD, Seltersweg 73, 6300 Gießen.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX

ID Nr. 260

Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

Nummer des Abos **bez. bis ID Nr.** **Exempl.**

Achtung liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, heißt das, daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 5252 28-602 überwiesen werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalten...
KEIN GELD AUFM KONTO – KEIN ID IM KASTEN!

KUZMELDUNGEN

MEDIEN

ÖKOLOGIE

BETRIEB

KNAST

SONSTIGES

INTERNATIONALES

Photos zum Streik der Stahlarbeiter sind in reichlicher Menge und Auswahl beim ID-Bilderdienst zu bekommen